

# Stenographischer Bericht

über die

## Verhandlungen des Bayerischen Landtags

### Achtzehnte öffentliche Sitzung

Nr. 18

Freitag, den 30. Mai 1947

I. Band

	Seite
Geschäftliches . . . . .	523, 558
Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Chard . . . . .	523
Erklärung des Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Baumgartner . . . . .	524
An der Aussprache hierzu beteiligten sich:	
Dr. Gundhammer (CSU) . . . . .	526
Dr. Horlacher (CSU) . . . . .	526
Stoß (SPD) . . . . .	528
Vorik (WV) . . . . .	528
Dr. Sinnert (FDP) . . . . .	529
Kiene (SPD) . . . . .	530
Staatsminister Dr. Baumgartner . . . . .	531, 533
Wimmer (SPD) . . . . .	532
Antrag des Parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung von Mißständen im bayerischen Wirtschaftsministerium und in den Landes- und Regierungswirtschaftsämtern auf Vorlage eines Gesetzentwurfs über die Warenbewirtschaftung auf dem industriellen und gewerblichen Sektor (Beil. 333).	
Fortsetzung der Aussprache.	
Redner:	
Weidner (FDP) . . . . .	534
(Die Sitzung wird unterbrochen.)	
Mittel (CSU) . . . . .	535
Bezdold Ditto (FDP) . . . . .	536
Meißner (WV) . . . . .	537
Hauß Georg (CSU) . . . . .	537
Piebler (SPD) . . . . .	538
Kaiser (CSU) . . . . .	539
Staatssekretär Geiger . . . . .	540
Stoß (SPD) [zur Geschäftsordnung] . . . . .	541, 542
Dr. Sinnert (FDP) [desgleichen] . . . . .	541
Dr. Kroll (CSU) [desgleichen] . . . . .	541
Dr. Sacherbauer (CSU) [desgleichen] . . . . .	542
Dr. Dehler (FDP) [desgleichen] . . . . .	542
Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung . . . . .	550
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weidner und Genossen betreffend Erlaß eines Gesetzes zur Änderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 (Beil. 188).	
Hierzu Zusatzantrag der Abgeordneten Dr. Sinnert und Genossen.	
Antrag der Abgeordneten Dr. Bühner und Genossen und	
Antrag der Staatsregierung (Notgesetz).	
Fortsetzung der Beratung.	
Redner:	
Dr. Bühner (CSU) . . . . .	542
Peschel (SPD) . . . . .	550
Dr. Sinnert (FDP) . . . . .	552
Einführung des Unterausschusses zur Untersuchung der Mißstände im bayerischen Wirtschaftsministerium des Innern, Gesundheitsabteilung . . . . .	557
Staatsminister Seifried . . . . .	557

Scheßbeck (CSU) [zur Geschäftsordnung] . . . . . 557  
Der Gegenstand wird an den Ausschuß für Verfassungsfragen zurückverwiesen.  
Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung der Zeit und Tagesordnung der nächsten Sitzung . . . . . 558  
(Die Sitzung wird vertagt)  
Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 10 Uhr 10 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.  
Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.  
Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Eder, Egger, Dr. Hille, Huth, Kramer, Körner, Käßler, Dr. Laforet, Laumer, Dr. Müller, Piechl, Sauer, Schütte, Sühler und Dr. Wittmann.

Ich bedauere außerordentlich, daß die Presse heute noch nicht mit genügend vielen Vertretern anwesend ist. Ich habe es vorhin festgestellt. Es kommt auch daher, daß die Herren der Presse sich sagen, sie hätten ja ohnehin keinen Raum. Ich möchte auch diese Gelegenheit benützen, festzustellen, daß dem Beschluß, den wir gefaßt haben, auf irgendeine Weise unbedingt Rechnung getragen werden muß. Demokratie ohne Presse, ohne Berichterstattung in den wichtigsten Lebensfragen unseres Volkes ist ein Unding. Alles Interesse muß darauf gerichtet werden, diese Verhältnisse zu beheben.

In der heutigen Sitzung haben sich zwei Mitglieder der Staatsregierung, der Herr Ministerpräsident und ein Minister, außerhalb der Tagesordnung zum Wort gemeldet. Nach Art. 24 Abs. 2 S. 2 müssen sie jederzeit gehört werden. Wir nehmen deshalb als ersten Punkt der Tagesordnung:

#### Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Meine verehrten Frauen und Männer des Bayerischen Landtags! Ich habe Ihnen vorgestern über die Ministerpräsidentenkonferenz, die demnächst in München stattfinden soll, verschiedene Mitteilungen gemacht und dabei bereits angedeutet, daß eine Nachricht der Ministerpräsidenten der Ostzone angekündigt ist, die auch im Radio angedeutet worden ist. Diese Nachricht ist gestern abend eingetroffen. Sie kommt von den Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, Thüringen und Mark Brandenburg. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Das Zusammentreffen des Sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs mit Ihnen in Hof hatte den Zweck, auf Grund Ihrer Einladung die Beratung gesamtdeutscher Fragen vorzubereiten und deren erfolgreiche Durchführung anzustreben. In der Erkenntnis der Not unseres Volkes sind wir bereit, jeden Weg zu gehen, welcher der Behebung dieser Not dient. Mit Bedauern entnehmen wir aus dem Bericht des Sächsischen Ministerpräsidenten, daß Sie unserem Vorschlag, die Beratung der gesamtdeutschen Frage auf breiter demokratischer Grundlage zu stellen, nicht zugestimmt haben. Die Probleme, deren Lösung wir gemeinsam anstreben, betreffen das ganze deutsche Volk und gehen über den Rahmen der einzelnen

(Ministerpräsident Dr. Ghard)

Länder weit hinaus. Bei ihrer Größe und ihrer Bedeutung sind sie nur durch Mitwirkung des gesamten Volkes und seiner berufenen Vertreter zu lösen. Bis zum Zustandekommen einer gesamtdeutschen Volksvertretung halten wir in erster Linie auch die Parteien und Gewerkschaften für die berufenen Vertreter gesamtdeutscher Interessen. Wir sind der Auffassung, daß der in der Hofier Besprechung gemachte Vorschlag, Parteivertreter oder Landtagspräsidenten lediglich als Begleiter der Ministerpräsidenten mitzubringen, diesen Erfordernissen nicht gerecht wird. Eine Konferenz, die ausschließlich von Ländervertretern besetzt ist, schließt nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte die Gefahr des Vorwärtstreibens partikularer Länderinteressen und damit einer Aufspaltung unseres Volkes in sich. Die Not unseres Volkes verlangt gebieterisch, alles zu unterlassen, was geeignet ist, den Einheitswillen zu gefährden. In unserem Streben, die Not der Bevölkerung zu mildern und an allem mitzuwirken, was gesamtdeutsche Fragen im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu lösen in der Lage ist, betonen wir unsere Bereitschaft zur Teilnahme an einer Beratung, die der Lösung dieser Fragen dient. Wir wissen uns mit Ihnen in dem Bestreben einig, nur erfolgversprechende Lösungen anzustreben und Wege zu vermeiden, welche Hoffnungen erwecken, die dann nicht erfüllt werden können. Eine der entscheidendsten Voraussetzungen zur Behebung der wirtschaftlichen Not unseres Volkes ist die möglichst rasche Bildung einer zentralen Verwaltung für Deutschland und die Verwirklichung seiner wirtschaftlichen und politischen Einheit.

Eine Konferenz, welche es sich zum Ziele setzt, die Lösung dieser Aufgaben vorzubereiten, kann als wirksames Mittel der Bekämpfung der Not unseres Volkes angesehen werden. Deshalb schlagen wir Ihnen vor:

1. nochmals ernstlich zu prüfen, die Konferenz unter Einbeziehung der Vertreter der Parteien und Gewerkschaften einzuberufen; das um so mehr, als Aussicht besteht, daß sich die Parteien in Kürze über eine gesamtdeutsche Beratung und die Schaffung einer nationalen Repräsentation verständigen werden;
2. in den Mittelpunkt der Tagesordnung die Schaffung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu stellen, da nur durch sie den Nöten der Länder und des deutschen Volkes mit Aussicht auf Erfolg begegnet werden kann;
3. in Anbetracht des gesamtdeutschen Interesses den Tagungsort nach Berlin,

(Zurufe: Aha!)

der Hauptstadt Deutschlands, zu verlegen, die zudem der Sitz der vier Besatzungsmächte und des Kontrollrats ist.

Die erste Lage unseres Vaterlandes erfordert, alles Trennende beiseite zu stellen und nur ein Ziel zu sehen: Milderung der Not unseres Volkes und Herbeiführung der Einheit Deutschlands.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Stellungnahme im Sinne unserer Vorschläge einer nochmaligen Prüfung unterziehen würden. Wir bitten Sie, uns das Ergebnis bald mitteilen zu wollen, damit eine etwa erforderlich werdende Verzögerung tunlichst kurz ausfällt.

Ich darf bemerken, daß unter diesem Telegramm die Unterschrift des Oberbürgermeisters von Berlin nicht steht. Der Oberbürgermeister von Berlin hat seine Teilnahme hier in München bereits zugesagt.

Ich habe darauf mit folgendem Telegramm an die fünf Ministerpräsidenten, jedem einzeln, geantwortet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Telegramms vom 28. zu bestätigen, in dem Sie zu der Einladung der bayerischen Staatsregierung vom 8. Mai Stellung nehmen und sich zu der Aufforderung äußern, an der Konferenz der deutschen Ministerpräsidenten zur Beratung gemeinsamer Notmaßnahmen teilzunehmen.

Die Gesichtspunkte, die der Herr Sächsische Ministerpräsident Dr. Friedrichs in der Besprechung mit mir am Abend des 23. Mai in Hof vorbrachte, wurden hier noch einmal einer eingehenden Prüfung unterzogen. Wir sind

mit Ihnen einig, daß Probleme, deren Lösung wir gemeinsam antreiben, das ganze deutsche Volk betreffen und über den Rahmen der einzelnen Länder hinausgehen. Gerade dieser Erwägung entsprach die Initiative der bayerischen Staatsregierung. Für ihre Verwirklichung steht die bayerische Staatsregierung auch nach dem bisherigen Anlauf der Vorbereitungen keine andere Möglichkeit als die der ursprünglich geplanten Form in München. Von den Regierungen der Länder und freien Städte der drei anderen Zonen und der Stadt Berlin wurden bereits Zusagen auf die von hier ergangenen Einladungen, die ausdrücklich an die Regierungschefs gerichtet waren, erteilt. Eine Änderung des Rahmens und des Tagungsortes würde diesen hoffnungsvollen Auftakt wieder in Frage stellen. Aus dem Echo auf die Einladungen entnimmt die bayerische Staatsregierung, daß die Regierungen und die Bevölkerung in allen Zonen ihre Erwartungen und Hoffnungen teilen, die Münchener Besprechungen möchten einen Anfang für weitere und engere Zusammenarbeit bilden, um in der gegebenen Notlage alle Kräfte, soweit es in der Macht der deutschen Regierungen steht, zur Bekämpfung der uns alle bedrängenden Not zu vereintigen und gangbare Wege für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands zu weisen.

Für die Aufstellung des Entwurfs einer Tagesordnung bittet die bayerische Regierung, ein bevollmächtigtes Delegationsmitglied zu Vorbesprechungen am Mittwoch, den 4. Juni, um 10 Uhr in die Bayerische Staatskanzlei nach München zu entsenden. Die Festlegung der endgültigen Tagesordnung für die Arbeitsitzungen würde zweckmäßigerweise in der Besprechung der Regierungschefs am 5. Juni abends erfolgen, wobei auch der in Ziffer 2 Ihres Telegramms enthaltene Vorschlag beraten werden sollte. Die Einberufung weiterer Konferenzen und die Festlegung ihres Rahmens kann auf der kommenden Konferenz zur Sprache gebracht werden, wobei die bayerische Regierung auch eine spätere Tagung in Berlin durchaus begrüßen würde.

Ich wiederhole die Einladung zu der Konferenz in München mit besonderer Herzlichkeit und darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierung, der Sie vorstehen, unserer Initiative zur Zusammenfassung aller deutschen Länder und freien Städte zu praktischer Arbeit ihre Unterstützung leihen wird. Ich glaube, damit auch im Namen der Regierungen und Länder zu sprechen, die die Einladung bereits angenommen haben. Für eine baldige Zusage unter Bekanntgabe der Namen der Sie begleitenden beiden Delegierten wäre ich dankbar. An die Präsidenten, die gemeinsam an mich drachteten, habe ich in gleichem Sinne telegraphiert.

Das Telegramm ist in dieser Form weggegangen. — Ich habe dafür Sorge getragen, daß es um 10 Uhr der Presse zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall.)

Präsident: Das hohe Haus hat von der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten Kenntnis genommen. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wir kommen zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

**Erklärung des Herrn Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Staatsminister Dr. Baumgartner.**

Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Meine Herren Abgeordneten! Drei einschneidende Maßnahmen der Militärregierung muß ich dem hohen Hause unverzüglich zur Kenntnis geben:

1. Das totale Brauerverbot durch das Amt der amerikanischen Militärregierung für Deutschland.

2. Die Anweisung der Militärregierung zur Ausfuhr von rund 65 000 Stück Großvieh nach außerhalb Bayern allein im Monat Juni 1947.

(Hört!)

3. Die Anweisung, sofort eine Million Zentner Kartoffeln von Bayern nach Westfalen und Württemberg-Baden zu liefern.

(Hört!)

Die Anweisung über das Brauerverbot lautet wie folgt:

1. Gemäß den uns vom Amt der Militärregierung für Deutschland (US) zugegangenen Weisungen werden Sie

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

benachrichtigt, daß in Bayern die Herstellung von Bier für die deutsche Zivilbevölkerung ab sofort einzustellen ist, jedoch dürfen alle derzeitigen Biervorräte verteilt werden.

(Hört!)

- Die gesamten für die zivile Bierherstellung bei Brauereien und Mälzereien lagernden Gerste- und Malzmengen sind zwecks Verteilung an Lebensmittelverarbeitungsbetriebe dem bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Verfügung zu stellen.

Meine monatelangen Bemühungen um die weitere Genehmigung zur Herstellung eines hier ähnlichen Notgetränkes kennen Sie. Die Militärregierung hat in den im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart geführten Verhandlungen die Frage der Genehmigung nicht negativ behandelt. Auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat, der an die zuständige amerikanische und britische Militärregierung weitergeleitet wurde, waren wir vor kurzer Zeit der Genehmigung zur Herstellung einer kleinen Menge von Dünnbier wie im vorigen Jahre ziemlich nahe. Dem Inhalt der Ausführungen von Oberst Hester anlässlich seines letzten Besuches in München konnte ich entnehmen, daß die amerikanische Militärregierung zu diesem Zeitpunkt der Herstellung eines hier ähnlichen Notgetränkes absolut loyal gegenübergestanden ist. Leider sind alle unsere Hoffnungen, die sich ausschließlich auf das Wohl der arbeitenden Bevölkerung bezogen, trotz unseres einstimmigen Landtagsbeschlusses nicht ohne Zutun der deutschen Stellen in der britischen Zone

(Hört!)

nunmehr zunichte gemacht.

(Zurufe: Unerhört!)

Aus einem heute morgen geführten Telefongespräch mit dem Ernährungsministerium in Frankfurt a. Main geht hervor, daß eine ähnliche Weisung über ein Verbot der Rotbierherstellung dort für Hessen bis heute nicht besteht.

(Hört!)

Hessen stellt nach meinen Informationen ein 0,6prozentiges Ersatzgetränk her. Das gleiche trifft auf Württemberg zu. Ich erfahre heute telephonisch, daß auch in Württemberg kein Brauerverbot bekannt ist.

(Hört!)

Zu der Anweisung, im Monat Juni rund 11 000 Tonnen, das sind zirka 65 000 Stück Großvieh, nach außerhalb Bayerns zu liefern, muß ich folgendes feststellen:

In der 101. Periode im Monat Mai hat Bayern bei größten Anstrengungen und unter Zurücksetzung der Deckung des eigenen Bedarfs im Lande Bayern 3 600 Tonnen, das sind rund 22 000 Stück Tiere, allein nach Berlin geliefert. Da diese Lieferungen auf Befehl der Militärregierung vorrangig an erster Stelle zu erfüllen waren, konnte Rheinland und Hessen mit Fleisch leider nur in geringem Ausmaße berücksichtigt werden. Unsere anderen Lieferungen in Fett und Käse dagegen konnten wir erfüllen.

Obwohl von unserer Seite gegen die uns jeweils auferlegten Lieferverpflichtungen in Vieh schärfstens mündlich und schriftlich Einspruch eingelegt wurde mit der Begründung, daß Bayern unmöglich in der Lage ist, jeweils 5500 Tonnen Fleisch pro Monat, das sind rund 30 000 Stück Tiere, aufzubringen, ist uns in der Weisung der Militärregierung die Auflage gemacht worden, die für Nordrhein-Westfalen und Hessen zwangsläufig ziffernmäßig bestehenden Rückstände in der 102. Periode aufzuholen, das sind rund 5200 Tonnen.

Gleichzeitig sollen wir für die laufende 102. Periode liefern nach Nordrhein-Westfalen	3 637 Tonnen,
nach Berlin	1 600 Tonnen,
und nach Hessen	252 Tonnen,

das sind zusammen neue Lieferungen	5 500 Tonnen,
insgesamt also ziffernmäßig an zwangsläufigen Rückständen für die 101. Periode	5 200 Tonnen und
für die 102. Periode neu	5 500 Tonnen,

also insgesamt im Monat Juni 10 700 Tonnen,

das sind rund 65 000 Stück Großvieh, nach außerhalb Bayerns.

Besonders beachtenswert ist, daß uns diese Rückstände durch die Auflage der Militärregierung zur Anrechnung kommen, obwohl in den Ländern, für die diese Rückstände bestehen, statt Fleisch Zucker- und Fischzuteilungen erfolgten.

(Hört, hört!)

Der Bedarf für Bayern selbst beträgt 4200 Tonnen monatlich, das sind rund 25 000 Stück Großtiere, so daß also die unmögliche Auflage von zirka 90 000 Stück Großvieh für den Monat Juni auf Bayern entfällt.

Dazu erübrigt sich für jeden, der die Struktur der bayerischen Landwirtschaft kennt, jede weitere Ausführung. Zu der Auflage, aus Bayern sofort eine Million Zentner Kartoffeln nach Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden zu liefern, ist folgendes festzustellen:

Bayern hat bis jetzt 176 000 Tonnen, das ist weit mehr als im Durchschnitt der letzten sechs Jahre, nach außerhalb Bayerns geliefert, obwohl die Kartoffelernte im vorigen Jahre schlechter war als im Durchschnitt der letzten Jahre und obwohl die eigene Versorgung Bayerns noch nicht garantiert ist.

Die Militärregierung hat, wie Sie aus der Presse entnommen haben, auf Grund verschiedener Stichproben die Meinung vertreten, daß Bayern noch in der Lage sei, 100 000 Tonnen, das sind zwei Millionen Zentner, aus der alten Ernte aufzubringen. Von diesen 100 000 Tonnen sollte diese eine Million Zentner = 50 000 Tonnen für außerbayerische Lieferungen herausgenommen werden. Ich habe der Militärregierung gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die von ihr errechnete Zahl von 100 000 Tonnen mit der tatsächlichen Aufbringungsmöglichkeit nicht in Einklang zu bringen ist. Nach unserer verantwortlichen Würdigung können die von der Militärregierung durchgeführten Stichproben keinen Maßstab für die Aufbringungsmöglichkeit des ganzen Landes geben, weil der größte Teil der ablieferungspflichtigen Bauern bereits keine Lieferverpflichtungen hundertprozentig und mehr erfüllt hat.

Ich habe in den letzten Tagen, wie Ihnen bekannt sein wird, Maßnahmen erlassen, die garantieren, daß der letzte Rest unter strengstem Vorgehen erfasst wird. Ich kann jedoch jetzt schon feststellen, daß die in der Anweisung der Militärregierung geforderte Zahl unter keinen Umständen aufkommen wird. Im Gegenteil, ich habe, wie ich es in meiner letzten Rede zum Ausdruck gebracht habe, die große Befürchtung, daß auch Bayern nicht in der Lage ist, die berechtigten Forderungen der Verbraucherschaft auf Zuteilung von Kartoffeln voll zu erfüllen.

Zur besseren Würdigung des furchtbaren Ernutes der Lage für Bayern möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, daß in dieser Weisung des Amtes der Militärregierung für Deutschland folgende Forderungen enthalten sind:

Der deutsche Volksgenossenschaft hat dafür zu sorgen, daß, falls irgendein Land, das Exportverpflichtungen hat, den laufenden Verpflichtungen für die 102. Periode nicht nachkommt, der Aufruf in diesem Land für die 103. Zuteilungsperiode für unterbelieferte Lebensmittelarten den niedrigsten Aufruf nicht überschreiten darf, den irgendein Land während der 102. Periode aufwies, an welchem es eine Lieferpflicht hat. Die so eingesparten Lebensmittel sind zum Ausgleich der Exportfehlmengen zu verwenden. Derselbe Grundsatz gilt für Exportverpflichtungen in den folgenden Zuteilungsperioden.

Meine Herren Abgeordneten! Sie können aus dieser neuen, von mir kurz geschilderten Situation entnehmen, daß sich unsere Lage in Bayern von Monat zu Monat ohne unser Verschulden immer mehr verschlechtert. Meine unaufhörlichen Bemühungen nach allen Seiten hin, dies aufzuhalten, sind Ihnen zur Genüge bekannt. Ich werde trotz dieser ersten Lage nicht den Mut verlieren und mit allen Kräften versuchen, im Benehmen mit den verantwortlichen Stellen unserer Militärregierung für Bayern eine gerechte Lösung zu finden, die der ersten Ernährungslage der außerbayerischen Gebiete, aber auch den berechtigten Interessen unseres Landes Bayern selbst entspricht.

Ich bitte das hohe Haus, mich auch weiterhin nach Möglichkeit in dieser schweren Verantwortung für Deutschland und für unser Land Bayern zu unterstützen.

(Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Gundhammer.

**Dr. Gundhammer (CSU):** Die Mitteilung, welche uns der Herr Staatsminister für Landwirtschaft soeben gemacht hat, ist von außerordentlich schwerwiegender Bedeutung. Der bayerischen Landwirtschaft werden Verpflichtungen auferlegt, die insbesondere bei Vieh weit über das hinausgehen, was aus der laufenden Produktion heraus erfüllbar ist. Es muß ein Eingriff in den Viehbestand vorgenommen werden, der die Fortführung der laufenden Produktion sehr bedenklich zu schwächen droht. Soll im kommenden Winter der Hunger nicht als noch viel drohenderes Gespenst erscheinen als er gegenwärtig vor uns steht, so ist es unumgänglich, daß man der Landwirtschaft die Produktionsmöglichkeiten so wesentlich erschwert.

(Sehr richtig!)

Man kann aus unseren Ställen auf die Dauer nicht mehr herausnehmen, als was produziert wird, genau so wenig wie man aus dem Industriebetrieb neben den Erzeugnissen auch noch die Maschinen entfernen kann.

(Sehr richtig!)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neuen Auflagen, die unserer Landwirtschaft gemacht werden, eine schwere Beunruhigung in unser Volk zu tragen drohen. Wir müssen unsere Bevölkerung bitten, mit aller Ruhe die Entwicklung hinzunehmen. Wir haben zum Staatsminister für Landwirtschaft das Vertrauen, daß er nichts unterläßt, was geschehen kann, um eine Regelung der Gesamtverhältnisse zu erreichen, die tragbar ist. Es ist aber zweifellos notwendig, daß auch von diesem Forum aus mit allem Nachdruck auf die große Sorge hingewiesen wird, mit der die uns neu gemachten Auflagen uns alle erfüllen müssen.

(Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher.

**Dr. Horlacher (CSU):** Meine verehrten Damen und Herren! Wir stehen hier vor außerordentlich ersten Fragen, die unserem Volk an den Lebensnerv gehen. Ich möchte jetzt nicht so sehr als Abgeordneter, sondern als Präsidialmitglied des Bayerischen Bauernverbands sprechen. Wir haben nichts so sehr begrüßt — und kein Mensch wird uns mehr davon abbringen — als eine enge Zusammenarbeit zwischen Bauernverband und Gewerkschaften. Es muß eine enge Querverbindung der großen Berufsstände, die die Verantwortung für das Schicksal unseres Volkes tragen, durch sämtliche Parteien hindurch geschaffen werden. Wir, Bauern, Arbeiter und unsere gesamte Bevölkerung sind gemeinsam an der Lösung der Ernährungsfrage interessiert. Es ist nicht allein eine Bauernfrage, sondern es ist auch eine Frage unserer verbrauchenden Bevölkerung. Wir wollen in diesen Lebensfragen unseres Volkes nicht mehr so, wie es früher der Fall gewesen ist, eine Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land, sondern wir erstreben in der Not unseres Volkes ein gegenseitiges Sichverstehen, ein gegenseitiges Zusammenarbeiten zwischen Stadt und Land. Und welches Bündnis sollte schöner sein als die Zusammenarbeit der schaffenden Menschen, nicht nur bei uns, sondern in Deutschland! Wir wollen ja diese Zusammenarbeit nicht auf Bayern beschränkt wissen, sondern unser sehnlichster Wunsch ist, sie auf ganz Deutschland ausgedehnt zu sehen.

Hinzu kommt, was ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, von vornherein betonen möchte: Das vertrauensvolle Zusammenarbeiten mit der amerikanischen Militärregierung in Bayern, gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Ernährung, ist ausgezeichnet. Wir können uns auf diese vertrauensvolle Zusammenarbeit berufen. Wir möchten diese Zusammenarbeit auch in keiner Weise stören, andererseits aber möchten wir auch den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß auch auf die berechtigten Lebensinteressen unseres Volkes Rücksicht genommen wird und diese Lebensinteressen auch jetzt in die Waagschale geworfen werden, wo es unbedingt notwendig ist.

Wir haben uns außerordentlich darüber gefreut, daß eine amerikanische Kommission aus landwirtschaftlichen Genossenschaftlern und Farmern bei uns gewesen und mit uns hinausgegangen ist aufs Land und draußen die Meinung der Bauern in Diskussionsabenden erforscht hat. Da

sind die Probleme aufgetaucht, und die Herren haben uns gesagt, sie sind bereit, diese Probleme nicht nur bei uns erörtern zu lassen, sondern sie auch hinüberzutragen, damit das Verständnis und die gegenseitige Zusammenarbeit bei den Völkern wieder hergestellt wird. Das ist sicher eine große und schöne Aufgabe.

Die Schwierigkeiten lassen sich aber nicht so günstig lösen, wie wir das wünschen würden, wenn wir in unserem eigenen Lande Störungen erleben, die wir einfach nicht mehr ertragen können. Das ist keine lächerliche Angelegenheit, sondern das ist eine todernste Angelegenheit. Bei uns ist es nun einmal so, daß die Bierfrage mit zur entscheidenden Frage unseres Volkes gehört. Wenn die heiße Jahreszeit kommt und der ehrliche Arbeiter und der ehrlich schaffende Mensch nicht mehr über das verfügen kann, über das er bei uns immer verfügt hat — und er ist ja genügend genug, um sich mit dem Dünndier abzufinden —, dann bedeutet das für uns, gelinde ausgedrückt — Sie werden dem zustimmen —, eine Katastrophe.

(Sehr richtig!)

Wenn zu der geringen Ernährung noch hinzukommt, daß der Mann in der heißen Jahreszeit nicht einmal seinen dringendsten Durst an dem Getränk löschen kann, an das er gewöhnt ist, dann bedeutet das bei uns ein Niedersinken jeder Arbeitslust. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Ich bewundere unsere Menschen, daß sie mit dem zufrieden sind, was wir ihnen überhaupt notdürftig geben können. In diesem Augenblick steht vor mir auch ein Stück bayerische und süddeutsche Geschichte auf. Da tut einem das Herz weh, wenn man so eine Art Trockenlegung Bayerns vor sich sieht. Die Trockenlegung hat in Amerika Schiffbruch erlitten, und bei uns führt sie zu einer Katastrophe in unserer Bevölkerung, besonders in einer Zeit, in der die Ernährungsschwierigkeiten so groß sind. Das klingt vielleicht absurd, weil man sagen könnte, man soll die Gerste zur Broterzeugung hernehmen. Wenn man aber weiß, daß die zur Bierherstellung verwendete Gerste nur einen geringen Teil ausmacht und daß das Brauerverbot die Ernährungsfrage nicht von Grund auf bessern kann, und auf der anderen Seite sieht, daß die Leute in der heißen Jahreszeit die dringendsten Bedürfnisse des Durstes nicht mehr befriedigen können, bedeutet das bei uns eine zusätzliche Belastung, die wir einfach nicht mehr ertragen können.

Nach meiner Ansicht hätte die Militärregierung Veranlassung, dem, was hier im hohen Hause, im Hause der Demokratie, zum Ausdruck gekommen ist, auch eine gewisse Berücksichtigung zuteil werden zu lassen, um so mehr, als ja die Landwirtschaftsminister bei dem Zweizonenamt für Ernährung und Landwirtschaft in Stuttgart sich mit Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Bierherstellung in der US-Zone ausgesprochen haben. Das ist für uns eine sehr ernste Frage. Ich habe auch die amerikanischen Farmer darauf hingewiesen, daß die Frage gelöst werden kann.

Man soll doch endlich einmal nach einem bestimmten Plan vorgehen! Wenn wir die Wirtschaftsgeschichte Bayerns und auch Süddeutschlands ansehen, dann hat bei uns die Bierherstellung einen Mittelpunkt für unser gesamtes gewerbliches Leben in der Stadt und auf dem Lande draußen dargestellt. Es geht ja bei der Bierherstellung kein Nahrungsmittel verloren, es kommt das alles der Bevölkerung zugute. Was abfällt, kommt der Bevölkerung wieder in der Milchleistung unserer Tiere zugute. Es ist ja nur ein anderer Umlauf der Verhältnisse und dient gleichzeitig zur Befriedigung der Bedürfnisse unseres bayerischen Volkes, an die es gewöhnt ist.

Ja, es geht sogar noch weiter. Ich habe den amerikanischen Farmern gesagt, man soll uns die Möglichkeit geben, endlich einmal nach einem bestimmten Plan eine Industrie — das wäre bei uns in Bayern die Brauindustrie — auf vollen Touren laufen zu lassen, damit wir exportieren können. Praktisch steckt doch im Exportbier ein wertvoller Bestandteil an Rohen. Das Exportbier ist doch ein Devisenbringer. Die Gerste, die wir dazu verwenden, können wir in Form von Getreide vielfach wieder zurückführen. Man soll uns also diese Möglichkeit geben. So wie die Verhältnisse liegen, fragen sämtliche Länder nach diesem Exportartikel, den wir in Bayern zu bieten haben.

(Sehr richtig!)

(Dr. Horlacher [CSU])

Wir hätten hier die Möglichkeit, einmal einen Wirtschaftsauftrieb herbeizuführen, der weiten gewerblichen Kreisen und unserer arbeitenden Bevölkerung zugute kommt und gleichzeitig der Baustein ist, daß unsere Leute wieder etwas mit Freude an die Arbeit herangehen. Glauben Sie mir: Wenn man unserem Volke jeden Genuß entzieht, dann kann das Volk überhaupt nicht mehr aufatmen!

(Bravo!)

Die Dinge muß man ansehen, wie sie praktisch liegen, und nicht so, wie sie ein Theoretiker sich ausmalt.

(Sehr richtig!)

Die Theoretiker auf diesem Gebiet — ich spreche das ganz offen aus — soll samt und sonders der Teufel holen! (Lebhafte Zustimmung.)

Sie gehen nämlich an den Kernfragen unseres praktischen Lebens vorbei. Auch unsere Frauen würden sich darüber freuen, wenn der Mann wieder mit mehr Mut nach Hause kommt und das Ganze wieder ein fröhlicheres Gesicht trägt. Aber wie soll das Gesicht aussehen, wenn nicht einmal mehr das Dünnbier vorhanden ist?

Entscheidend kommt dann noch hinzu: Die Bierfrage ist — und das bedeutet für uns die nächste Katastrophe — eine Milch- und Fettfrage.

(Sehr richtig!)

Glauben Sie mir: Der Grundsatz, wer an der Quelle sitzt, will von der Quelle leben, gilt für den Bauern, er gilt für den Bergarbeiter, er gilt für sämtliche Industriearbeiter, die irgendwo an der Quelle sitzen, wo etwas zu holen ist. Die werden das, was bei ihnen in den Betrieben erzeugt wird, in erster Linie für sich in Anspruch nehmen; das ist ganz naturgemäß. Der Bauer hat seine Milch und seine Nahrungsmittel, der Bergarbeiter wird ein Stück Kohle haben wollen. Man kann dem Bergarbeiter nicht zumuten, daß er friert, wenn er selbst die Kohle produziert. So ist es auch in allen anderen Betrieben, da könnte ich Dutzende aufzählen. Wenn die Verhältnisse so sind, daß der Bauer mit seinen Leuten bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften in der heißen Jahreszeit 10, 12, 14 Stunden arbeiten muß, so würde auch jeder von uns der Versuchung unterliegen, sich zu sagen: Wenn die anderen nicht so vernünftig sind, dann brauche ich auch nicht mehr vernünftig zu sein,

(sehr richtig!)

dann halte ich mich an dem schadlos, was mir zur Verfügung steht: an der Milch. Dadurch wird die Milchproduktion gemindert, dadurch wird die Milchlieferung in die Städte geringer, dadurch wird die Fettlieferung geringer. Das sind die Zusammenhänge, die uns so große Sorgen machen. Das ist der circulus vitiosus, der sich hier ergibt.

Ich habe auch den amerikanischen Farmern auseinandergesetzt: Wenn wir in Deutschland Bodenreform, Agrarreform betreiben wollen — und wir vom Bayerischen Bauernverband werden hier soweit mitgehen, als es die Verhältnisse irgendwie gestatten —, dann darf man unsere Landwirtschaftspolitik nicht in Wege treiben, die diese Siedlungsmöglichkeit für die Zukunft überhaupt ausschließen. Da habe ich gesagt: Was wir brauchen — und dem müßte Rechnung getragen werden —, ist ein gewisser Viehstand, die Erhaltung dieses Viehstands; die Ausdehnung des Kleinviehbestands. Denn ein Siedler, der nicht über das verfügt, was zu seiner Existenz an totem und lebendem Inventar nötig ist, wird binnen kurzem wieder zugrunde gehen.

(Sehr richtig!)

Wenn wir Siedlungstätigkeit betreiben wollen, dann müssen wir intensive Landwirtschaft betreiben, dann müssen wir Veredelungswirtschaft betreiben. Wir können bei unserer Devisenlage diese veredelten Produkte in Form von Milchprodukten, Fettprodukten und Fleisch nicht vom Ausland einführen. Das ist in erster Linie die Aufgabe unserer Landwirtschaft, der Intensivierung unserer Landwirtschaft und der neuen Betriebe, die dazu kommen. Was wir aber vom Ausland brauchen, ist das, was am billigsten ist und was für die Agrarreform eine unerläßliche Substanz darstellt, das ist die Einfuhr ausländischer Futter-

mittel. Auf dieser Basis gesehen, können wir uns wieder aufrichten.

(Sehr gut!)

Nun stellen Sie sich eine Viehlieferung vor von 65 000 Stück Vieh in einem Monat, bei einem Eigenbedarf — bei der geringen Fleischration — von 25 000 Stück Vieh in Bayern! Da kann man sich doch ausrechnen, daß diese Forderung einfach nicht mehr getragen werden kann. Wir haben in der US-Zone selbst 17 Millionen, in der britischen Zone 24 Millionen Bevölkerung. Das Mißverhältnis in den Bevölkerungsziffern ist nicht so groß, um zu rechtfertigen, daß wir dreimal soviel Vieh an andere liefern, als wir selbst zum eigenen Verzehr haben.

(Sehr richtig!)

Das sind Dinge, die ganz einfach über die Forderung des gerechten Maßes hinausgehen. Dabei will ich nicht bestreiten, daß wir unseren deutschen Brüdern helfen müssen, soweit es eben nur möglich ist. Aber man darf die Kräfte nicht übermäßig anspannen; denn sonst erlahmt bei uns der Wille auch auf der Produktionsseite. Ich bin jetzt zweimal im Auto von unseren Polizisten, die sehr eifrig auf den Autostraßen kontrollieren, angehalten worden. Sie haben gesagt: Herr Doktor, geben Sie uns darüber Auskunft, wie es kommt, daß der Münchener Schlachthof sich gar nicht mehr auskennt vor lauter Viehschlachtungen und wir in den Bädern kein Fleisch zu kaufen bekommen! Glauben Sie mir, meine Damen und Herren, das versteht einfach unsere arbeitende Bevölkerung nicht mehr,

(sehr richtig!)

das sind Dinge, die sind psychologisch untragbar.

Wie mir der Herr Landwirtschaftsminister gestern im Gespräch gesagt hat, stellt der Versand von 65 000 Stück Vieh bei dem heutigen Waggommangel auch technisch eine Aufgabe dar, die einfach nicht zu bewältigen ist.

(Wimmer: Es kann nicht im geschlachteten Zustand hinaufgeführt werden; in lebendem Zustand verreckt es!)

— Wie der Kollege Wimmer ganz richtig sagt, besteht die Gefahr, daß uns die Tiere infolge der mangelnden Transportmöglichkeiten nach Hunderten zugrunde gehen. Den Schaden haben dann wir und die gesamte deutsche Bevölkerung. Man muß die Dinge so nehmen, wie sie sich darstellen, und nicht so, wie man sie sich wünscht.

Diese Gesichtspunkte wollte ich aufzeigen. Ich möchte aber auch noch zum Ausdruck bringen, was unsere Landbevölkerung ständig sagt: Wir werden immer von außerhalb Bayerns angegriffen. Das ist kein schöner Zustand, daß der, der der Miternährer der anderen ist, von denen angegriffen wird, die er mitversorgt.

(Sehr richtig!)

Das ist ein psychologisch unhaltbarer Standpunkt. Wenn man uns dazu — ich muß immer darüber lachen — Separatismus und wie alle diese Worte heißen, vorwirft, so kann ich erklären: Ich bin ein Gegner all dieser staatsrechtlichen Formulierungen, wie sie auch heißen mögen. Ich bin ein Freund davon, daß wir die ganze Sache gesund von unten nach oben aufbauen und daß der eine dem anderen, wenn dieser eine etwas andere Konstruktion im Kopfe hat, das nicht nachträgt; wir können das wieder gegenseitig ausgleichen. Jeder von uns hat das Empfinden, daß nach dem Versagen der großpreussischen Herrschaftsicht der deutsche Süden eine andere Rolle spielen muß als ehedem.

(Sehr richtig!)

Das ist eine Aufgabe, an der wir arbeiten müssen. Die wollen wir uns nicht vergällen lassen. Wir arbeiten mit den ehrlichen Bauern, Arbeitern und Mittelständlern der anderen Zonen mit Freuden zusammen, ja wir haben sogar den Wunsch, daß diese Zusammenarbeit aus Bayern hinauswachsen möge. Ich muß darüber lachen, wenn man uns gegenteilige Meinungen unterstellt. Das würde bedeuten, daß wir aus den vergangenen Tagen nichts gelernt hätten. Wir sind sogar der Meinung, daß diese Zusammenarbeit sich nicht auf die deutschen Gebiete beschränken darf, sondern auf die gesamten europäischen Länder unter Einbeziehung der übrigen Welt erstrecken muß. Wir wollen endlich aus dieser deutschen Isolierung heraus, in die uns ver-

(Dr. Grolacher [CSU])

fluchte Diplomaten vergangener Zeiten hineingebracht haben. Wir wollen aus diesem bayerischen Haus heraus und wollen mit den gesunden Ideen, die unser Volk von jeher durchweht haben, die übrige Welt auch erfüllen. Ich glaube, das ist ein Grundsatz, der sich setzen lassen kann. Wir wollen von der landwirtschaftlichen Seite aus die europäische Zusammenarbeit der Bauern mit den Gewerkschaften, damit wir endlich einmal den Grund legen, damit die Völker sich in den schaffenden Ständen wieder verstehen werden. Das ist unsere Aufgabe.

Deswegen habe ich die Bitte an die Besatzungsmächte, sie möchten diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen. Sie werden, wenn sie dies tun, in der Seele unseres Volkes ein Fundament der Demokratie schaffen, das unumstößlich den Dingen standhält, die uns immer noch bedrohen. Wir wollen heraus aus dem Unglück vergangener Tage und wollen hinein in die innere Freiheit unserer Menschen, denen man auch die Existenzberechtigung geben muß, auf die sie Anspruch erheben können. Die Pflanze der Demokratie kann nicht gedeihen, wenn man ihr nur Befehle erteilt und diese Befehle dann dazu führen, daß das Wachstum dieser jungen demokratischen Pflanze unterbrochen wird und schließlich in der Seele unseres Volkes überhaupt kein Verständnis mehr für das Wachstum der Demokratie vorhanden ist.

Diese Gesichtspunkte wollte ich zum Ausdruck bringen. Sie dienen dem Interesse unseres Volkes und dem Interesse der anderen Völker. Wir haben den sehnlichsten Wunsch, daß diese Fragen im gemeinsamen Einverständnis gelöst werden.

(Lebhafter Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten **Stoß** das Wort.

**Stoß (SPD):** Meine Damen und Herren! Das Bild, das uns der Herr Landwirtschaftsminister soeben gezeichnet hat, hat uns sehr erschüttert. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß die dem Staat Bayern gemachten Auflagen einen schweren Eingriff in den Bestand, vor allem des Viehs und der Kartoffeln, bedeutet. Vor allen Dingen sind wir der Meinung, daß durch die Reduzierung dieses Viehbestands die Fettversorgung in der Zukunft schwer zu leiden haben wird.

(Sehr wahr!)

Wir hatten ja schon einmal diese Entwicklung, und zwar bei dem vorletzten Krieg. Auch da wurden die Schweine restlos abgeschlachtet. Auch das Großvieh wurde zum Teil abgeschlachtet. Die Folge war, daß wir dann eine kolossale Fettnot zu verzeichnen hatten. Wir Sozialdemokraten sind uns darüber im klaren, daß diese Auswirkungen in erster Linie die werktätige Bevölkerung zu spüren bekommt; denn es ist hier richtig gesagt worden, daß der Erzeuger Gelegenheit hat, sich diese Tragik vom Halse zu halten, während die werktätige Bevölkerung dazu nicht in der Lage ist.

Wir können auch konstatieren, daß auch in Bayern schon eine Ernährungsnot eingetreten ist. Wir wissen, daß insbesondere die Kartoffelversorgung in den Städten Bayerns ganz unzureichend ist. Ich will nur drei Städte nennen, wo ich aus persönlicher Kenntnis weiß, daß dem so ist, München, Nürnberg und Schaffenburg. Dort können die Gastwirtschaften schon so gut wie keine Kartoffeln mehr abgeben. Also ist auch hier wieder der Werktätige dabei schwer betroffen, der, soweit er keine Familie hat oder irgendwie getrennt von seinem Wohnort in der Stadt arbeitet, das Mittags- und das Abendmahl ohne Kartoffeln einnehmen muß. Dabei ist die Sache doch so, daß der Werktätige seinen Magen nur mit den Kartoffeln füllen kann, so daß auch diese Maßnahme in erster Linie wieder ihn trifft. Diese Maßnahme, die eine Auswirkung des Wahnsinns des Nationalsozialismus ist, trifft also den, der auch in erster Linie gegen diesen Wahnsinn angekämpft hat.

Weil das so ist, möchten wir den Herrn Landwirtschaftsminister bitten, alles zu tun, um auch diese Umstände, die ich jetzt kurz skizziert habe, der Militärregierung mit allem Nachdruck zu unterbreiten.

(Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete **Loritz**.

**Loritz (WAB):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte als Fraktionsvorsitzender der WAB zu Ihnen sprechen und Ihnen den Ausdruck unserer Bestürzung, ja unseres Entsetzens übermitteln über das, was wir heute früh hier gehört haben. Die Zahlen sind ungeheuer. Man kann es in seiner Auswirkung fürs erste kaum begreifen, wenn man hört, daß wir 65 000 Stück Großvieh in einem einzigen Monat abliefern sollen, und wenn wir damit vergleichen, was uns der Herr Landwirtschaftsminister gesagt hat, daß wir jetzt, jetzt bei der gegenwärtigen Ablieferungsziffer, die weit unter der Zahl von 65 000 Stück liegt, schon solche Schwierigkeiten haben, unsere eigene Bevölkerung zu versorgen.

Das Problem wird sich nicht damit erschöpfen, daß einen Monat lang eine solche Ablieferungsziffer von uns geleistet wird. Wenn wir hier nicht fest bleiben, wenn wir hier nicht alle zusammenstehen und mit dem größten Nachdruck alle Stellen darauf hinweisen, daß ultra posse nemo tenetur — daß außer seinem Können einfach keine Verpflichtung mehr da ist —, dann wird es so weitergehen, und nach kurzer Zeit werden wir das letzte, was Bayern noch hat, seinen Viehbestand, verloren haben. Das wird dann eine Katastrophe werden, die weit über den kommenden Fleischmangel hinausgeht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß von der Zahl der Großtiere die Getreideproduktion, die Kartoffelerzeugung abhängt, weil nämlich das Großvieh den Naturdünger liefert und weil wir in Bayern zum großen Teil auf den Naturdünger angewiesen sind. Das war schon immer so bei den kleinen und mittleren Betrieben, die wir gerade bei unserer landwirtschaftlichen Struktur haben. Wenn man dann noch weiß, daß die Kunstdüngerlieferungen aus dem Norden, die wir brauchen, ausbleiben, so ist das noch mehr zu bedenken. Das, was in Troßberg produziert wird, ist ja nur eine Form des Kunstdüngers, die nutzlos ist, wenn sie nicht durch Phosphor und durch Kali ergänzt wird. Sie können auf die Acker soviel Stickstoff werfen, wie Sie wollen. Es wird nichts nützen, wenn der Acker ohne Phosphor und ohne Kali bleibt. Wir in Bayern haben unseren Naturdünger als letzte Reserve, wenn irgendwelche Störungen in der Kunstdüngerzufuhr aus dem Norden eintreten. Jetzt wird auch da noch eingegriffen! Das wird eine weitere Auswirkung des Abschlachtens unseres Großviehbestandes sein.

Der Herr Vorredner hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Fettversorgung zusammenbrechen wird. Er hat mit ganz besonderem Recht darauf hingewiesen, daß gerade die armen Schichten der Bevölkerung am meisten unter dieser Katastrophe zu leiden haben: der Arbeiter, der kleine Beamte, der Invalidenrentner und der Pensionist. Die haben schon lange keinen Geldüberhang mehr im Lande Bayern.

(Sehr richtig!)

Die können sich zusätzlich nichts mehr kaufen! Wohin kommen wir, wenn dann die letzten Nahrungsmittel nicht mehr sichergestellt werden können, wenn vor allem der Arbeiter sein Stück trockenen Brotes — das heute schon schwer genug hinuntergeht infolge der Beimischungen, die eigentlich gar nicht in das Brot hineingehören — nicht mehr mit einer halben Bier „hinunterschwoam“ kann — auf gut bayerisch gesprochen? Wohin kommen wir? Die Arbeitsmoral und die Arbeitsfreude werden zusammenbrechen. Man wundert sich überhaupt — und Schweizer Journalisten haben mir gegenüber das schon zum Ausdruck gebracht —, daß unter solchen Lebensbedingungen unser Volk noch arbeitet. Daß unser Volk unter diesen Bedingungen noch arbeitet, ist ein sicheres Zeichen dafür, daß der Kern unseres Volkes noch gut ist. Wenn es uns nur glückt, die Schieber und Schwarzhändler auszuschalten, dann wird es wieder aufwärtsgehen können.

Jede Möglichkeit des Aufstiegs wird uns aber verbaut, wenn unser Volk in seinen breiten Massen den Glauben daran verliert, daß es wieder in die Höhe kommen kann, wenn es den Glauben daran verliert, daß wir in einer freien Demokratie dem Arbeiter wenigstens das Primitivste an Lebensmöglichkeiten bieten können. Es geht nicht so, daß man in Bayern die Wälder abholzt und das ganze Großvieh nieder schlägt und glaubt, damit könne man noch die anderen Zonen retten.

(Fortz. [223])

Es gibt für uns in Deutschland nur eines, und das hängt weitestgehend von der Befähigungsmacht ab. Dieses eine heißt: Laßt uns exportieren! Wir müssen exportieren wenigstens auf den Gebieten, auf denen wir keine Konkurrenz für irgendein anderes Land darstellen. Wir sind gar nicht so unbescheiden, daß wir den schwer kämpfenden Industrien in England oder in irgendeinem Land der Welt, die auch die Lasten dieses furchterlichen Krieges ausgleichen müssen, den die Nazibanden über uns gebracht haben, und die auch hohe Steuern für ihre Länder aufbringen müssen, Konkurrenz machen wollen. Wir wissen, wie bedrängt auch die Industrie in England ist. Auch dort muß sie Steuern über Steuern hereinbringen. Auch in Amerika hat der Krieg riesige Schulden verursacht und die amerikanische Industrie sucht zu exportieren. Wir haben dafür Verständnis. Aber es gibt Hunderte von Gebieten, auf denen wir exportieren können, ohne daß einem einzigen ausländischen Unternehmen dadurch ein Abbruch getan wird.

Schweizer und schwedische Journalisten, die mich sehr oft aufsuchen, wofür ich ihnen zu großem Dank verpflichtet bin, haben mich schon darauf hingewiesen, wie groß z. B. in der Schweiz die Nachfrage nach gewissen Spezialprodukten der bayerischen Industrie, unter anderem nach Salvatorbier, wäre. Das wird in der Schweiz und auch im übrigen Ausland nicht hergestellt. Es kann auch durch nichts anderes ersetzt werden, genau so wenig, wie man Champagnerwein durch Asti ersetzen kann für jemanden, der gerne Champagner trinkt. Es gibt im Ausland Gott sei Dank so reiche Kreise, die sich die bayerischen Spezialbiere leisten können, auch wenn sie im Ausland teuer sind. Warum gibt man uns nicht die Möglichkeit, auf diesem Gebiet zu produzieren und zu exportieren, auf dem doch niemandem eine Konkurrenz erwächst? Warum gibt man uns die nicht? Das fragt sich unser ganzes Volk. Ja, sogar die Gerste, die dazu notwendig wäre, wollen uns die ausländischen Staaten unter Umständen zur Verfügung stellen, so daß wir in unserer Landwirtschaft keinen Zentner verlieren. Auch das wurde mir gesagt. Aber nein, das können wir nicht tun!

Hier müssen wir, und zwar alle miteinander, ohne Rücksicht auf die Parteien und auf die Zonengrenzen, zusammenstehen und immer und immer wieder der Weltöffentlichkeit den dringlichen Ernst dieses Problems mit allem Nachdruck vor Augen halten. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, daß wir hier mehr als bisher für publicity sorgen, daß mehr als bisher, nicht bloß von Seiten der Staatsregierung, sondern von Seiten aller Parteien, von jedem einzelnen von Ihnen mit Vertretern der Weltpresse in Verbindung getreten wird, damit jeder von Ihnen von seinem Gesichtspunkt aus die Dringlichkeit dieses Problems schildert.

Ich spreche jetzt nicht allein vom bayerischen Spezialbier. Ich könnte Ihnen ebenfals von Spezialerzeugnissen der Porzellanindustrie berichten, Luxusartikeln, die keine Konkurrenz darstellen, weil sie auf ganz bestimmte künstlerische Fähigkeiten in der betreffenden Fabrik zurückgehen. Gerade das Porzellan dieser Fabrik wird von den Porzellanliebhabern des Auslandes, die es sich leisten können, gesucht. Ich könnte Ihnen hier noch Dutzende von solchen Beispielen aufzeigen.

Warum läßt man uns nicht wenigstens produzieren, damit wir dann Lebensmittel einkaufen können? Wenn wir über die nötigen Devisen verfügen würden, könnten wir uns Lebensmittel kaufen. Das ist meine innerste Überzeugung. Selbstverständlich weiß ich genau, daß wir vom amerikanischen Steuerzahler nicht immer und immer wieder weitere Hunderte von Millionen Dollar verlangen können, nachdem wir sowieso schon praktisch riesige Summen für die Lebensmittelbeschaffung geschenkt bekommen. Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten in der Welt, wo gegen Ware und damit gegen entsprechende Guthchriften, die Devisenwert haben, etwas hereinzuholen und zu bekommen ist. Hier müssen wir exportieren, und so hängt das Problem der Lebensmittelversorgung untrennbar mit dem Anlaufen unserer industriellen Produktion zusammen.

Es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht, sonst verpufft die Abschachtung des Viehs usw. wirkungslos. Das wird dann keine Initialzündung mehr sein, wenn man so sagen darf, es wird kein Überbrückungskredit mehr sein, den unsere Landwirtschaft hergibt. Es würde schon sowieso viele

Monate dauern, selbst wenn es uns jetzt erlaubt würde, die Produktion auf diesen Gebieten wieder aufzunehmen und zu exportieren, bis sich das auswirkt, bis die Ware im Ausland eingetroffen ist und die Lebensmittel dafür herinkommen können. Wenn jetzt nicht schleunigst damit angefangen wird, wird es noch viel länger dauern, und dann ist es zu spät.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Ich möchte zusammen mit Ihnen allen namens der WVB feierlich dagegen Einspruch erheben, daß unser Land noch völlig ruiniert wird durch die Auflage von Leistungen, die wir beim besten Willen — und den haben wir — einm. nicht mehr erfüllen können.

(Beifall bei der WVB.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

**Dr. Linnert (FDP):** Meine Damen und Herren! Wir haben heute morgen eine Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten gehört, zu der bedauerlicherweise keine Aussprache erfolgt ist. Man könnte uns nun fragen, warum wir von der FDP uns nicht gemeldet haben. Wenn ich Ihnen sage, aus Bescheidenheit, weil wir die kleinste Fraktion sind, so dürfen Sie mir das glauben; denn ich habe angenommen, daß zu dieser doch wirklich nicht unwichtigen Erklärung die großen Fraktionen des Hauses Stellung nehmen würden.

Wie notwendig das gewesen wäre, hierzu Stellung zu nehmen, beweist uns die nachfolgende Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers. Diese beiden Erklärungen stehen in einem gewissen Zusammenhang miteinander. Ich hoffe, Ihnen das beweisen zu können. Der Herr Landwirtschaftsminister hat — ich habe die Rede nur gehört und kann mich deshalb nur auf mein Gedächtnis verlassen — ungefähr gesagt, daß es auch deutsche Stellen seien, die dazu Veranlassung gegeben haben, daß die Militärregierung mit dieser scharfen Forderung an uns herantreten ist. Das steht auf dem gleichen Blatt wie viele andere Dinge, daß es nicht immer die Militärregierung ist, die uns Forderungen auferlegt oder etwas anordnet, ohne daß der begründete Verdacht besteht: deutsche Dienststellen stecken dahinter.

(Zurufe: Leider! Sehr richtig!)

Wenn Sie an eine der letzten Sitzungen des Landtags denken, in der ebenfalls der Herr Landwirtschaftsminister sprach und in der eine Anfrage oder eine Interpellation — ich weiß es nicht mehr genau — der sozialdemokratischen Fraktion vorlag, sich gegen die Verdächtigungen aus den anderen Zonen zu wehren, dann werden Sie jetzt gleich sehen, wie leicht man die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in Zusammenhang bringen kann mit der Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers.

Wir hätten das, was nach unserer Überzeugung mit der Einladung des Herrn Ministerpräsidenten an die Ministerpräsidenten der anderen Länder erreicht werden soll, nämlich eine Aussprache und eine innerliche Verständigung über die Probleme, die uns ja alle drücken, schon viel früher haben sollen. Die Probleme drücken nicht nur uns in Bayern; denn nicht nur in Bayern ist die Fettversorgung schlecht. In den anderen Zonen hat man ebenfalls schon lange kein Bier mehr. In der viel größeren englischen Zone, in der es auch große landwirtschaftliche Gebiete gibt, wie Schleswig-Holstein, Friesland, Oldenburg, den nördlichen Teil von Westfalen, berücht durch seine Viehzucht, gibt es neben vielen landwirtschaftlichen Arbeitern auch Arbeiter in der Bergwerks- und Eisenindustrie.

(Dr. Schlögl: Aber die haben Schnaps und Zucker!)

— Ich weiß nicht, ob durch den Zwischenruf die Debatte interessanter wird. Dort gibt es seit langem nur das Molke-Bier. Aber warum lassen Sie mich nicht ausreden? Ich glaube, wir sind gar nicht so weit auseinander.

Ich wollte nur sagen: Es wird uns mangels dieser Aussprache außerordentlich schwer gemacht, dafür Verständnis zu finden, daß wir in Bayern in einigen Gebieten die Dinge vielleicht etwas anders sehen wie andere Länder. Ich sage: vielleicht! Das müssen wir diesen Ländern klarmachen. Ich erinnere Sie daran, welche heftige Angriffe der nordrheinisch-westfälische Landwirtschaftsminister gegen uns Bayern gerichtet hat. Das geht fort bis zum heutigen Tage, wie Sie aus der Presse der englischen Zone entnehmen

(Dr. Sinnert [SPD])

können. Man muß doch annehmen, daß die Militärregierung nicht, etwa einen schlechten Traum gehabt hat und uns dann irgend etwas auferlegt, sondern daß sie immerhin dafür Gründe hatte. Es mögen schlechte Gründe sein; es mögen Gründe sein, die nicht genügend unterbaut und einseitig dargestellt sind. Aber ich glaube nicht, daß die Militärregierung diese Forderungen ohne Grund gestellt hat. Sie hat ja schließlich auch ihre zuständigen Beamten. Es kommen, wie Herr Dr. Horlacher uns gesagt hat, sogar Sachverständige aus den anderen Ländern, denen man sagen kann, um was es sich handelt. Gründe müssen also vorhanden sein, und diese Gründe müßten einmal nachgeprüft werden. Ich kann mir vorstellen, daß die Besprechung der Ministerpräsidenten dazu den ersten Auftakt bietet, wenn auch vielleicht zu einem sehr späten Zeitpunkt. Es wäre besser gewesen, dieser Gedanke der Einheit in Deutschland hätte in Bayern schon vor einem Jahre einen guten Boden gefunden, dann wären wir vielleicht um einige Schritte weiter. Denn wir müssen uns untereinander verständigen, wir müssen die Interessen aufeinander abgleichen. Wenn vorhin bei einer der Reden der Zuruf „Mistgabel“ oder „Eichel“ gemacht wurde, dann zeigt das, wie notwendig diese Angleichung ist.

Auch der Herr Landwirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, der einer sehr großen Parteirichtung dieses Hauses nahesteht und ganz gewiß nicht von sich sagen wird, daß er nichts davon versteht, hat seine Gründe. Ich glaube, die Gründe auch erkennen zu können. Ich war selbst schon mehrmals in der englischen Zone. Ich war auch in Württemberg und habe dort mit ganz anderen Kreisen gesprochen, als es Abgeordnete oder Regierungsvertreter tun. Ich habe dort immer und immer wieder das gleiche gehört: In Bayern gibt es das und jenes, und wir brauchen nur das und das zu haben, dann können wir uns alles holen! Diesen psychologischen Untergründen der Dinge müßte man einmal nachgehen. Mit Zahlen allein läßt sich hier gar nichts beweisen. Ich verstehe nichts von der Landwirtschaft, bin aber überzeugt, daß die 65 000 Stück Großvieh in einem Monat eine sehr große Zahl bedeuten. Ich habe aber noch nicht den Beweis erbracht bekommen, daß die Lieferung eine Unmöglichkeit ist. Denn wenn hier, namentlich von Herrn Dr. Horlacher, immer wieder gesagt wird: diese Forderung kann nicht erfüllt werden, sie ist untragbar, und sie wird doch erfüllt, dann wird allmählich das Echo, das aus dem Hause der Volksvertretung auch an die amerikanische Militärregierung geht, nicht den Nachdruck haben, den wir als Vertreter des bayerischen Volkes verlangen. In diesem Sinne glaube ich, sollte man sich doch etwas vorsichtiger ausdrücken. Auch Herr Lortz hat gesagt: *ultra posse nemo tenetur!* Jawohl, das ist richtig! Man kann nicht mehr hergeben, als man hat. Wenn die Lieferung aber trotzdem ausgebracht wird, wie sieht dann die Situation in fünf Wochen aus? Dann kann man nur sagen, im Winter drohe das und das; aber beweisen kann man es nicht. Man darf die Sache nicht nur rein zahlenmäßig betrachten, sondern muß sie einmal auf ihre Gesamtwirkung, und zwar auf ihre politische Gesamtwirkung untersuchen. Wenn jemand erklärt, eine Forderung sei unerfüllbar und könne nicht extragen werden, denn daran gehe ein Volk zugrunde, dann soll er das nicht bloß in Reden sagen, sondern dann muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen.

(Zurufe.)

— Lassen Sie mich nur ausreden! Man könnte z. B. der Militärregierung manches vorhalten. Gerade der nordrheinisch-westfälische Landwirtschaftsminister hat in einer der letzten Sitzungen seines Landtags darauf hingewiesen, daß uns in Deutschland aus Dänemark Schmalz für die Bergarbeiter angeboten wurde. Das ist jedoch wegen des zu hohen Preises abgelehnt worden. Es wurden uns 10 000 Tonnen Hafelnußkerne angeboten, nicht für Nürnberger Lebkuchen, sondern für die Ölgewinnung. Abgelehnt, da zu teuer! Angeboten wurden uns 5800 Tonnen Olivenöl aus Griechenland. Abgelehnt! Angeboten wurden 5000 Tonnen Walöl und 5000 Tonnen anderes Öl aus Norwegen gegen Kohle — das ist noch in Bearbeitung. Angeboten wurden 6000 Tonnen Erdnüsse gegen Devisen aus Frankreich — das hängt noch in der Luft.

Wir wissen ganz genau, daß Italien für seine landwirtschaftlichen Exporte, Südfrüchte usw. früher auf Deutschland angewiesen war und 40 Prozent dieser Produkte nach Deutschland ausgeführt wurden und daß Italien und Deutschland unter den jetzigen Zuständen leiden.

Wir wollen aber nicht nur kritisieren, sondern wollen auch Positives bringen. Da wir nach allen Reden, die wir gehört haben, auf Gesamtdeutschland Wert legen, können wir nicht immer nur sagen: wir in Bayern können — und vergessen dann doch unsere deutschen Brüder. Wir müssen alle Dinge vom gesamten Standpunkt aus ansehen und zu den Fragen Stellung nehmen. Wenn es uns gelingt, Fett auf eine andere Weise zu bekommen, müssen wir den Versuch eben unternehmen.

Meine Damen und Herren! Anlässlich der letzten Debatte im Landtag hat eine Zeitung geschrieben — ich kann es ruhig sagen, es war die „Passauer Zeitung“ —, ihr Reporter hätte das Haus verlassen, weil er an diesem Debattierklub kein Interesse mehr hätte, und hätte sich unter einen blühenden Lindenbaum gesetzt.

(Zuruf: Auf den Reporter kann man verzichten!)

— Ja, meine Damen und Herren, wir können auf den Herrn ruhig verzichten; das ist richtig. Aber vergessen Sie nicht, was das Volk draußen sagt. Das Volk sagt, hier wird geredet und nicht gehandelt! Das Volk draußen verliert nicht nur den Glauben an die Demokratie, die uns vom Ausland gebracht wurde, sondern es verliert — und das ist viel schlimmer — den Glauben an uns, an uns als Volksvertreter. Es verliert den Glauben an die Regierung. Es ist dem Volke nämlich ganz wurscht, wer eine Anordnung gibt. Wenn es nichts mehr bekommt, fragt es nicht erst, von wem das ausgeht, sondern sieht nur die nackte Tatsache, daß ihm das Notwendigste fehlt.

Und darum: Wir brauchen das, was der Herr Ministerpräsident anstrebt, die innigste Verbindung zwischen den einzelnen deutschen Ländern, damit die Mißverständnisse ausgeglichen werden können. Dann können wir ruhig auch über die verschiedenen Fragen debattieren, nicht über den Schnaps in der englischen Zone. Dort gibt es nämlich keinen; wenigstens ich habe keinen bekommen, wenn ich drüben war. Den Schnaps gibt es in einer anderen Zone, in der zehntausendtonnenweise die Kartoffeln zu Schnaps gebrannt werden, in der ein deutsches Land, dessen Ministerpräsident auch kommen wird, die Hälfte seines Staats ausschließlich aus den Abgaben aus der Schnapsbrennerei bestreitet. Das soll unser Ministerpräsident oder unser Landwirtschaftsminister, wenn er dabei ist, diesem Ministerpräsidenten vorhalten und ihn fragen, was wichtiger ist, die Schnapsherzeugung oder die Kartoffeln für den hungrigen Magen.

(Sehr gut!)

So müssen die Dinge von deutscher Seite und auch von Seite unserer Regierung behandelt werden. Dann können wir unserem Lande draußen sagen, daß wir unsere Pflicht getan haben. Dann hat *ultra posse nemo tenetur* — wir gehen nicht darüber hinaus, aber wir tun das allergrößtmögliche — seine Berechtigung.

Letzten Endes ist das ganze ja eine hochwichtige politische Frage. Es ist nicht nur eine Frage des Gemisses, nicht nur eine Frage der Politik. Man muß auch einmal instande sein, zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Wenn der Herr Landwirtschaftsminister mit seinen Worten recht hat, dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem er sagen muß: Bis hierher und nicht weiter!

(Laute Zustimmung.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Aiene.

Aiene (SPD): Als Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährungsfragen möchte ich mich zu der ergangenen Anweisung der amerikanischen Militärregierung äußern. Wir haben in diesem Ausschuss alles, was mit unseren bescheidenen Mitteln möglich war, auf diesem Gebiet versucht.

Wir sind ein geschlagenes Volk und haben die furchtbaren Folgen dieses Krieges zu tragen. Unser Leidensweg ist keineswegs zu Ende; wie die Mitteilung der Militärregierung zeigt, haben wir eine neue Qual auf uns zu nehmen. Wer bisher noch nicht gewußt hat, wieviel es geschlagen hat, hat es nun durch diese Anordnung erfahren.

(Siene [SPD])

Die Auswüchse in unserem Wirtschaftsleben haben vielleicht das Beweismaterial dafür gebildet, daß wir besser erlassen könnten, damit mehr abgeliefert und mehr verteilt werden kann. Alle, die an diesen Auswüchsen beteiligt sind, sind mitschuldig daran, daß heute diese Forderungen an uns gestellt werden; ebenso aber auch alle jene, die hier im Landtag für diese Herrschaften dadurch eintreten, daß sie glauben, die liberalistische Wirtschaft könne bei uns noch einmal beginnen!

(Sehr richtig! bei der CDU.)

Es gibt viele in unserem Volk und auch manche unter uns, die an dem Erlaß dieser Anordnung mit Schuld tragen.

Es wäre für uns sehr gut gewesen, wenn der Herr Ministerpräsident hier einige Gründe, die zu der harten Maßnahme der Militärregierung geführt haben, vorgebracht hätte oder vorbringen hätte können. Es müssen ja Gründe vorhanden sein;

(sehr richtig!)

wir können nicht glauben, daß hier Willkür gewaltet hat.

(Sehr richtig!)

Wir können nur annehmen, daß es sich dabei entweder um eine ganz dringende Maßnahme handelt, um den Hunger in den Städten, den Bergwerken und Fabriken zu beschwichtigen, oder aber um eine erzieherische Maßnahme, die uns alle trifft, Gerechte und Ungerechte. Ich bin zweimal im Konzentrationslager gewesen und habe auch nachher bis zur letzten Stunde Widerstand gegen das nationalsozialistische System geleistet. Ich möchte daher im Namen aller Kz-Leute, die mir als politische Verfolgte gleichgestellt werden können, sprechen, wenn ich sage: Wir bedauern es auf das tiefste, daß wir mit all den Ungerechten bestraft werden!

Es gibt in der gegenwärtigen Zeit verschiedene Wunderrezepte. Ich kann dem Abgeordneten Sinnert nicht recht geben, wenn er behauptet, daß wir weiter wären, wenn wir bereits vor einem Jahr eine solche Konferenz der Ministerpräsidenten einberufen hätten, um zur Einheit Deutschlands Stellung zu nehmen.

(Dr. Hoegner: Das war ja gar nicht möglich!)

Denken Sie an Moskau; wenn dies nicht einmal dort möglich war, wäre es für uns arme Deutsche vor einem Jahre auch nicht möglich gewesen.

Die Frage, ob wir Dünnbier haben werden oder nicht, ist dafür, ob wir unser Volk ernähren können, nicht ausschlaggebend. — Das ist vielleicht die Idee irgendeines Phantasten, oder es wird als Vorwand benützt. Ebensovienig sind andere Wunderrezepte, wie die Vermwertung menschlicher Dünger und Abwässer usw., entscheidend.

Uns ist der Weg vermauert. Wir haben keine Freiheit; und es fehlen uns die materiellen Mittel, um uns aus unserer Lage zu befreien. Wir haben die Folgen des nationalsozialistischen Krieges und Systems durchzukosten und den Becher bis zur Keige auszutrinken. Elend und Hunger verderben uns alle. Ich wiederhole es: Sie verderben uns alle und werden uns noch mehr als bisher schon verderben! Wenn jetzt die Siegermächte nicht an die Demokratie denken, wenn sie uns dieses Gebot auferlegen, dann werden sie es erleben, daß nicht nur die Fabrikarbeiter den Gegnern der Demokratie in die Arme getrieben werden; auch die Mittelständler, die Handel- und Gewerbetreibenden und die Bauern werden sich sagen: Wenn wir in dieser Demokratie nicht leben können, dann ist uns eine Diktatur lieber, denn unter dieser haben wir — wenigstens zum Großteil — alle immer noch gelebt!

Ich warne vor dieser Folge! Die Not, das Elend und die Lasten, die wir tragen müssen, werden ja heute vom Volke bereits nicht mehr mit dem Nationalsozialismus, sondern mit der Demokratie verknüpft. Denn die Leute leben in der Gegenwart und sagen sich,

(sehr richtig!)

heute geht es ihnen schlecht, heute leiden sie Hunger, während sie damals doch immer noch etwas gehabt haben. Sie alle kennen das berühmte Wort: Unter Hitler war es anders, unter Hitler ist es uns besser gegangen! Ich glaube, daß dieses psychologische Moment bei dieser Auflage vollkommen übersehen wurde.

(Sehr richtig!)

Ich kann nicht dringend genug davor warnen; sonst werden uns Elend und Hunger alle verderben!

Daß uns die Vorbereitung nicht mehr gestattet ist, glaube ich, können wir ertragen, wenn wir wieder einmal unsern Rücken steif machen. Die Bauern, die Hetzer in den Hochöfen und in den Fabriken, die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben werden sich dann eben damit abfinden, auch dieses Nahrungsmittel, dieses Mittel gegen den Durst, zu entbehren, und trotzdem ihre Arbeit tun. Ich glaube, daß es niemand geben wird, der sagen darf, jetzt trinke er Milch, weil er kein Bier bekomme. Diese Parole ist falsch; sie wird von den Amerikanern und Engländern nicht verstanden, weil sie sich sagen, daß diese Milch den Kindern weggetrunken wird; — daß das Milchtrinken daran schuld ist, daß es zu wenig Fett gibt usw. Die Bauern werden Verständnis haben, wenn wir sie auffordern, die Milch nicht zu trinken und ebenfalls ganz trocken zu leben wie die Arbeiter, die auch keine Milch trinken können. Das ist unser gemeinsame Not; das ist unser Schicksal, das wir gemeinsam tragen müssen.

Dagegen aber sage ich: 65 000 Kinder können wir nicht abliefern; denn das würde verheerende Folgen haben. Das müssen wir den Amerikanern mitteilen.

(Sehr gut!)

Wenn dies geschieht, wird zuerst der Milch- und Fett-ertrag zurückgehen, dann wird das Wachstum auf den Feldern abnehmen. Wir werden sowohl im nächsten Winter als auch jetzt schon einen Rückschlag erleben; denn jetzt steht das Futter für das Vieh ja noch auf den Wiesen und Weiden. Diese 65 000 Stück Vieh sollen nicht geschlachtet werden, sondern sollen leben, damit sie uns die Milch und das Fett liefern, das wir so nötig brauchen.

(Sehr richtig!)

Man kann auch darüber reden, daß man in der Ablieferung von Kartoffeln etwas leisten könnte; nur ist es leider schon zu spät. Man hätte früher daran denken und es früher besprechen können, wieviel Kartoffeln zur Ablieferung benötigt werden;

(sehr richtig!)

dann wäre es viel leichter gewesen als jetzt, wo die Kartoffeln bereits wachsen und zum Teil schon verwendet, verbraucht und verfüttert werden.

(Zuruf: Die Kartoffeln verderben alle, wenn sie jetzt transportiert werden.)

— Ja, natürlich! Von den Transportmitteln und allen anderen damit zusammenhängenden Fragen will ich gar nicht mehr sprechen. Ich will nur noch einmal wiederholen: Hunger und Elend werden uns alle verderben und sie werden den Tod der Demokratie bedeuten!

(Weifall.)

I. Vizepräsident: Ich erteile Herrn Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner das Wort.

Staatsminister Dr. Baumgartner: Meine Damen und Herren! Ich bin tief beeindruckt von dem Ernst der Ausführungen der Herren Abgeordneten. Ich bedauere nur, daß der Herr Abgeordnete Dr. Sinnert entgegen der einmütigen Auffassung des Hauses die Angelegenheit mehr in das politische Jahrawasser gebracht hat. Er hat durch seine Ausführungen den Eindruck erweckt, als ob die bayerische Staatsregierung nicht genügend tun würde, um die erforderliche Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande zu erreichen.

(Dr. Sinnert: Das stimmt nicht!)

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Dr. Sinnert versichern, daß wir von unserer Seite aus gegenüber den zuständigen Stellen alles tun, um solche Verträge mit den umliegenden Nachbarstaaten zu ermöglichen. Herr Abgeordneter, Sie wissen,

(Dr. Sinnert: Das habe ich ja nicht bestritten!)

welche Schwierigkeiten wir hierbei auf allen Gebieten haben; denn das ist Sache der Kontrollgruppen der britischen und amerikanischen Militärregierung, das ist eine Devisenfrage.

(Dr. Sinnert: Das habe ich doch gesagt!)

Es laufen bereits Dutzende solcher Anträge; wir haben aber die größten Schwierigkeiten, sie durchzubringen.

(Staatsminister Dr. Baumgartner)

Herr Abgeordneter Dr. Rinnert ist der Überzeugung, daß wir den zuständigen Stellen gegenüber nicht mit allem Nachdruck darauf drängen würden, diese Dinge zustande zu bringen. Zu der Ansicht, daß ich aus dieser ganzen gegenwärtigen Situation die Konsequenzen ziehen sollte, glaube ich feststellen zu dürfen, daß es Angelegenheit dieses Parlaments ist, zu entscheiden, inwieweit ein Bayer den Mut haben muß, in der heutigen Zeit sein bayerisches Vaterland weiter zu vertreten!

(Beifall bei der CSU.)

Ich lege mein Amt in dieser schweren Stunde unseres bayerischen Vaterlandes jederzeit in die Hände dieses Parlaments zurück, wenn das Parlament es als richtig findet, daß ein anderer Mann an der zuständigen Stelle unsere bayerische Heimat vertreten soll!

(Zurufe: Kommt gar nicht in Frage! — Das Parlament soll zurücktreten!)

Ich glaube, meine Frauen und Männer, daß die schweren Sorgen, die uns alle bedrücken, immer zum Ausdruck gebracht worden sind und werden.

Es ist niemals möglich, daß wir 4 1/2 Millionen Menschen auf 200 000 Quadratkilometern ernähren können.

(Sehr gut!)

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Deutschland nach dem ersten Weltkrieg Millionen Tonnen von Lebensmitteln eingeführt hat,

(sehr richtig!)

obwohl damals die Verhältnisse, ganz anders, vielleicht zwanzigmal besser als heute waren, obwohl Bayern um drei Millionen Menschen weniger zu ernähren hatte.

(Sehr richtig!)

Das, meine Herren Abgeordneten, sind die großen und schweren Fragen, die wir mit der Militärregierung dauernd behandeln und berühren müssen. Was von Seiten der bayerischen Staatsregierung aus hierbei geschehen kann, das geschieht. Sie dürfen auch überzeugt sein, daß wir in diesen Fragen nicht einen engstirnig föderalistisch oder gar partikularistischen Standpunkt einnehmen, sondern daß an der Spitze unseres Handelns der Gedanke an unser großes und schönes deutsches Vaterland steht!

(Beifall bei der CSU.)

**I. Vizepräsident:** Das Wort hat Herr Abgeordneter **Wimmer**.

**Wimmer (SPD):** Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich bedaure eigentlich, daß ich mich nach den temperamentvollen Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers gezwungen sehe, noch hier vor Ihnen zu erscheinen. Aber ich muß noch einen Gedanken aussprechen, mit dem ich mich schon seit längerer Zeit beschäftige.

Wer seit dem Zusammenbruch von 1945 in ehrlichem Bemühen und Bestreben unablässig daran gearbeitet hat, die Grundlagen für die Staatsform der Demokratie zu schaffen, ist durch die heutige Mitteilung des Herrn Landwirtschaftsministers — ich sage das ohne Übertreibung — wie vom Schlage gerührt.

(Sehr richtig!)

Man bedenke immer, daß im menschlichen Leben alles eine Grenze hat. Wir sind, vor allem in älteren Jahren, nicht Abgeordnete aus persönlichem Ehrgeiz heraus,

(sehr gut! bei der CSU)

aber wir glauben, nachdem wir uns vier Jahrzehnte lang auf Grund einer bestimmten Weltanschauung — die hier nebensächlich ist — im politischen Leben unseres Volkes betätigt haben, verpflichtet zu sein, heute am Anfang dieses neuen Staatslebens unser Wissen und Können noch so lange in den Dienst der Sache zu stellen, bis die Jugend herangewachsen ist. Sie wird dann in der Lage sein, unsere Arbeit weiterzuführen, um eine bessere Zukunft erleben zu können.

Wir sehen nun aber durch die Mitteilung des Herrn Landwirtschaftsministers, daß wir in Dinge hineingetrieben werden, für deren Folgen, glaube ich, niemand von uns die Verantwortung übernehmen kann.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich habe zu Anfang die Frage zu stellen, wer denn diese jetzt seit Monaten bestehenden Lieferungsauflagen überhaupt veranlaßt hat. Wo sind die deutschen Stellen, von denen gesagt worden ist, daß sie hierzu die Unterlagen und das Material geliefert haben?

Die Militärregierung, insbesondere die amerikanische Militärregierung, wird nicht unseren restlosen Untergang herbeiführen und herbeiführen wollen; ihre Hilfsbereitschaft bezeugt das Gegenteil. Wir müssen aber immer dessen eingedenk sein, in welchem Rechtsverhältnis wir uns überhaupt befinden. Wenn ich die bisherigen Reden verfolge, habe ich den Eindruck, daß auch eine ganze Anzahl von Mitgliedern dieses hohen Hauses das heute noch nicht weiß, obwohl es schon dutzende Male bekanntgegeben worden ist. Wir haben noch immer einen rechtlosen Zustand und sind daher zur Zeit nur auf das Wohlwollen unserer Besatzungsmächte angewiesen. Daß wir hier im Parlament tätig sein und die Interessen des Volkes vertreten können, beruht ja nicht auf einem Rechtsatz oder etwas Ähnlichem, sondern lediglich auf dem Entgegenkommen der Besatzungsmacht. Sie wissen alle, daß schandvoller noch kein Regime eines Staates hat abtreten müssen als das nationalsozialistische bei der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation in Weims am 8. Mai 1945. Leider ist das heute in weitesten Kreisen unseres Volkes nicht mehr in heller und wacher Erinnerung, sondern wieder in Vergessenheit geraten.

Ich komme nun zur Sache selbst. Ich bin in meinem Leben immer gewohnt, mir, wenn ich zu einer Angelegenheit Stellung nehme, auch entsprechende Unterlagen zu verschaffen. Der Herr Landwirtschaftsminister hat am 26. März dieses Jahres ausgeführt, daß auf Grund der Bevölkerungszahl von neun Millionen insgesamt 6300 Tonnen Fleisch notwendig sind, um in Bayern 600 Gramm Fleisch in vier Wochen ausgeben zu können; dazu sind nach der Gewichtslage der Tiere unter den jetzigen Verhältnissen 31 500 Stück Vieh notwendig. Hierzu kommen jetzt die Lieferungen nach Berlin in Höhe von 2010 Tonnen und nach anderen Gebieten mit 2887 Tonnen Fleisch; dies ergibt zusätzlich 4897 Tonnen, wozu ebenfalls wieder 25 000 bis 26 000 Stück Großvieh nötig sind. Für die Eigenversorgung Bayerns mit 600 Gramm Fleisch in vier Wochen und die Erfüllung der Lieferungsauflagen müssen also im Lande Bayern insgesamt 57 000 Stück Großvieh aufgetrieben und geschlachtet werden. Wenn man diese Zahl, da ja das Jahr 52 Wochen und 13 Versorgungsperioden hat, mit 13 vervielfacht, kommt man zu dem Ergebnis, daß man im Jahre nahezu 750 000 Stück Großvieh braucht.

Ich vermissе nun immer Angaben darüber, wie es in unserem Lande mit dem Viehbestand überhaupt bestellt ist. Ich bemängle, daß auch die Herren des Bauernverbandes uns bis jetzt auf diesem Gebiet noch kein konkretes Material geliefert haben. Ich kann mich also nur auf die Aufzeichnungen des Statistischen Landesamts stützen, die zu Beginn dieses Jahres veröffentlicht wurden. Aus ihnen geht hervor, daß wir im Jahre 1945 einen Bestand an Großvieh von 3 646 000 Stück gehabt haben; in dieser Zahl sind enthalten 282 000 Kälber, 255 000 Jungtiere männlich, 655 000 Jungtiere weiblich, 26 000 Zuchtstiere, 351 000 Zug- und Schlachtochsen und -stiere und 2 075 000 Kalbinnen und Kühe. In dieser Aufstellung ist ferner für das Jahr 1938, also eine Zeit, in der man vom Krieg noch nichts wußte, ein Bestand von 3 725 000 und für 1944 ein solcher von 3 821 000 Stück Großvieh zusammengestellt; 1944 war also gegenüber dem Jahre 1938 ein erhöhter Viehbestand vorhanden.

Nun frage ich die Sachverständigen, welche Folgen unsere jetzigen Verpflichtungen haben werden. Es handelt sich hierbei nicht nur um die gegenwärtige Auflage; wir haben ja gehört, daß wir die nicht vorgenommenen Restlieferungen und darüber hinaus noch die laufenden Lieferungen erfüllen müssen. Wir in Bayern bekommen ja bekanntlich statt 600 Gramm nur mehr 400 Gramm Fleisch; das ist auch in anderen Zonen so. Ich möchte in dieser Frage nicht sachverständig auftreten. Es mag sonderbar anmuten, wenn ich als Abgeordneter einer Großstadt, in der ich noch die Ehre habe, zweiter Bürgermeister zu sein, mich eingehend mit solchen Problemen beschäftige, die hauptsächlich auf landwirtschaftlichem Gebiet liegen. Aber wir in Großstädten wie München mit zur Zeit 800 000 Menschen haben sehr großes

(Wimmer [SPD])

Interesse daran, zu wissen, was in einem halben Jahr geschehen wird, wenn die Dinge so weitergehen.

(Sehr richtig!)

Persönlich vertrete ich die Auffassung, daß derartige ungeheure Eingriffe ohne die furchtbarsten Auswirkungen für die Zukunft — von denen einige Redner schon gesprochen haben — nicht möglich sind.

Wir in München haben nach dem ersten Weltkrieg von der Stabilisationszeit bis zum Jahre 1927 bereits ein Viertel unseres Großviehfleischbedarfs durch Einfuhr von Gefrierfleisch gedeckt. Ich weiß nicht, warum die Nähe an der See gelegenen Gebiete, Städte und Orte bis jetzt nach dieser Richtung hin nicht besser gewirkt haben. Gibt es kein Fleisch mehr in Übersee? Schließlich könnte, wenn schon geliefert werden muß, damit wir nicht elend verhungern, nach meinem Dafürhalten auch einmal daran gedacht werden, Herr Minister! Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, hierzu anschließend noch das Wort zu nehmen, damit dieses Problem nach allen Seiten hin besprochen wird. Nach meiner Ansicht wird, wenn die Ernährungslage weiter so bleibt, ein normaler Mensch in einer Großstadt trotz aller Kenntnis von den Nöten unserer Tage zu existieren einfach nicht mehr in der Lage sein.

Der Wissenschaft möchte ich sagen, daß ich sie, soweit die Vierzergung in Frage steht, grundsätzlich nicht anerkenne, weil ich ein Mann der Praxis bin. Ich bin in den letzten Jahren auch wieder an der Hobelbank gestanden; wenn ich da von acht Uhr früh ab den Hobel geschoben habe, ist mir um halb drei Uhr allmählich leicht geworden. Mit dem Gangschwaben ist mir in meinem Beruf nichts geblieben; aber eine halbe Scheiß war doch wieder etwas zur Blutauffrischung, und damit ist man weiter gekommen. So wie damals ist es auch heute noch bei manuell arbeitenden Menschen; und Sie werden schon sehen, wo wir hinkommen, wenn es im Lande Bayern auch noch mit einer solchen Flüssigkeit aus ist, die man noch ungefähr so ansprechen kann, weil sie es wert ist, getrunken zu werden.

Zu der Kartoffelversorgung möchte ich mich nicht näher äußern. Ich kann nur erwähnen, daß im vergangenen Jahr in der Landeshauptstadt auch 900 000 Zentner Kartoffeln für die einzelnen Familien nicht eingekellert werden konnten. Wir sehen auch schon mit banger Sorge die Mitte des Monats Juni heran kommen; wir wissen nicht, was wir dann neben den geringen Brotmengen unseren Hausfrauen noch geben sollen, damit sie tagtäglich die hungernden Mägen ihrer Familienangehörigen noch einigermaßen füllen können. Von einem wertvollen Essen kann ohnehin schon lange nicht mehr gesprochen werden.

(Sehr richtig!)

Bei aller Anerkennung der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme, wie sie sich für einen Sozialdemokraten von selbst versteht, bin ich doch auch der Auffassung, daß man in allen Ländern die Dinge so nehmen muß, wie sie sind. Ich bedauere auch außerordentlich, daß dieser ewige Streit besteht, daß man sich im Norden beklagt, wir liefern zu wenig, und bei uns im Süden sagt, die von oben sollen uns etwas herunter liefern. Wir werden ein anderes Wirtschaftssystem brauchen, ehe wir restlos zugrunde gehen.

(Sehr richtig!)

Ob das in Bayern, in der amerikanischen oder der englischen Zone geschieht, ist mir zunächst gleichgültig.

Bei vernünftiger Betrachtung haben wir uns mit einem vollkommen bankrotten Unternehmen zu vergleichen. Hier ist, wenn man an einen Wiederaufbau denkt, das erste, eine Bestandsaufnahme zu machen und festzustellen, was man denn überhaupt noch hat. Wenn dann die Bestandsaufnahme durchgeführt ist, ist der vordringlichste Bedarf festzustellen. Darauf hat nach einem gewissen Plan die Produktion anzulaufen.

Nehmen Sie beispielsweise das Gebiet der Textilindustrie! Zu mir kommen jeden Tag etwa fünf bis sechs Leute mit einem Anzug, der auf allen Seiten verstopft ist; sie sagen mir, daß er das einzige Kleidungsstück ist, das

sie noch haben, daß sie aus der Kriegsgefangenschaft kommen usw. Ich bin zur Zeit außerstande, einem solchen Mann auch nur den minderwertigsten Arbeitsanzug durch das Wirtschaftsamt zu verschaffen. Auf der anderen Seite aber muß man sehen, wie viele Stoffe für Bühnenausstattungen usw. unnötigerweise Verwendung finden. Dabei ist auf diesem Wirtschaftsgebiet gegenwärtig nicht einmal die Beschaffung des Nötigsten möglich.

Glauben Sie mir, das hat mit sozialistischer Wirtschaft an sich nichts zu tun! Was wir im Auge haben, ist lediglich eine in der jetzigen Notzeit in allen Phasen planvoll geleitete Wirtschaft, wobei der einzelne in der privaten Wirtschaft genügend Spielraum hat, sich initiativ zu betätigen, sich aber natürlich halten muß an die generellen Weisungen, die notwendig sind, um die Notstände zu beseitigen bzw. nicht größer werden zu lassen. Wenn er das nicht will, ist in der gegenwärtigen Notzeit kein Platz für ihn.

Diese Ausführungen erlaube ich mir noch zu machen. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Herr Landwirtschaftsminister uns mitteilen könnte, wann und wo diese nach meinem Dafürhalten auf die Dauer unmöglichen Auflagen beschlossen oder diktiert wurden.

**Vizepräsident:** Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister Dr. Baumgartner.

**Staatsminister Dr. Baumgartner:** Ich darf auf die beiden Fragen des Herrn Abgeordneten kurz folgendes erwidern. Diese Auflagen an Bayern werden jeweils festgesetzt im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat beider Zonen in Stuttgart. Da ist der unglückliche Umstand der, daß Bayern die gleiche Stimme hat bei neun Millionen Bevölkerung wie die kleineren Länder mit zwei bis drei Millionen oder gar Bremen mit nur 600 000 Einwohnern. Wir haben wiederholt schriftlich und mündlich dagegen Einspruch erhoben. Das ist aber eine Anordnung der Generale Clay und Robertson, das haben die Militärregierungen bei der Einsetzung des Zweizonenrats so bestimmt, und ebenso die Control Group, das sind Offiziere der englischen und amerikanischen Militärregierung in Stuttgart bzw. in Berlin, wo auch eine derartige zentrale Stelle für die beiden Zonen eingerichtet ist. Zum Schluß kommt dann ein Befehl der Militärregierung für Bayern heraus, wenn unser Veto keinen Erfolg hat.

Zur Frage der Viehbestandsverminderung darf ich ganz kurz folgendes sagen. Sachlich kann ich den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wimmer nur zustimmen. Wir müssen auf Anordnung der Militärregierung eine Viehbestandsverminderung durchführen. Ich habe mich in Stuttgart dagegen gewehrt, habe gegen eine zehnprozentige Viehbestandsverminderung gestimmt, mich aber mit einer 7 1/2-prozentigen einverstanden erklärt. Warum? Wir können die Viehbestandsverminderung in Bayern unter keinen Umständen vergleichen mit jener in der britischen Zone. Die Verhältnisse liegen bei uns vollkommen anders. Franken hat größtenteils Kleinbetriebe mit einer, zwei oder drei Kühen. In ganz Bayern halten 85 Prozent sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe nur eine bis sechs Kühe. Im Allgäu, in der Riesbacher Gegend und die ganze Alpenkette entlang haben wir Milchwirtschaft. Wenn ich das fränkische Gebiet für die Viehbestandsverminderung hernehme, muß ich die Gespanntiere zerreißen und gefährde damit die Existenz dieser Betriebe. Wenn ich die Milchwirtschaftsgebiete hernehme, muß ich, wie es mir schon passiert ist, Kühe, die 10 bis 15 Liter Milch geben, herausreißen für die Lieferung nach Berlin und das Ruhrgebiet. Wenn ich die fränkischen und die Milchwirtschaftsgebiete schon — und es bleibt mir nichts anderes übrig —, dann muß ich den anderen Gebieten Auflagen machen, die 30 und 40 Prozent des Viehbestandes in den Ställen vernichten. Das ist die Schwierigkeit, meine Damen und Herren, die wir in Bayern wegen der besonders gelagerten Verhältnisse bei der Viehbestandsverminderung haben.

Bezüglich der Kartoffellieferung für die Landeshauptstadt darf ich Ihnen, Herr Abgeordneter, nur sagen, daß wir im vorigen Herbst auf Weisung der Militärregierung bevorzugt an andere Gebiete Kartoffeln zu liefern hatten und erst an dritter oder vierter Stelle die Eindeckung unserer bayerischen Städte erfolgen durfte.

(Beifall.)

**I. Vizepräsident:** Es sind noch drei Redner vorgemerkt. Es ist jedoch Antrag auf Schluß der Debatte gestellt worden. Ich frage das hohe Haus, ob es mit diesem Antrag einverstanden ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch. — Die Aussprache über die Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers ist damit abgeschlossen.

Ich darf wohl zusammenfassend feststellen: Der Bayerische Landtag hat mit tiefem Bedauern die Erklärungen des Herrn Landwirtschaftsministers zur Kenntnis genommen. Der Bayerische Landtag hofft dringendst, daß die ernstesten Worte der bayerischen Volksvertreter an allen verantwortlichen Stellen gehört werden. Der Bayerische Landtag bittet die bayerische Staatsregierung, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die angeordneten harten und unerträglichen Maßnahmen noch in letzter Stunde zu mildern. (Beifall.)

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung.

**Ziffer 3:**

**Fortsetzung der Aussprache über den Antrag des Parlamentarischen Ausschusses zur Untersuchung von Mißständen im bayerischen Wirtschaftsministerium und in den Landes- und Regierungswirtschaftsämtern auf Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Warenbewirtschaftung auf dem industriellen und gewerblichen Sektor vom 22. Mai 1947.**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten **Weidner**.

**Weidner (FDP):** Meine Damen und Herren! Der Bericht und der Antrag des Untersuchungsausschusses gibt doch in mehrfacher Hinsicht zu denken. Ich stelle zunächst einen großen Mangel an Objektivität fest. Ich glaube, in erster Linie hat man bei diesem Bericht auf eine politische Färbung Wert gelegt. Darüber hinaus, glaube ich, ist es notwendig, auch einmal dem anständigen Beamtentum dabei gerecht zu werden. Ich habe Gelegenheit gehabt, einmal in die Dinge etwas hineinzuweisen, und muß sagen: Ich habe sowohl im Landeswirtschaftsamt wie auch bei den Landesstellen ausschließlich anständige Beamte vorgefunden, die durchaus den Notwendigkeiten und den Aufgaben Rechnung tragen. Ich vermissen in dem Bericht jedenfalls die Feststellung, daß die Beamten vollauf ihre Pflicht getan haben.

(Zuruf: Es ist ja noch kein Bericht gegeben worden!) Die unerhörten Vorwürfe aber, die gegen die Wirtschaft erhoben wurden, muß ich zurückweisen. Ich glaube, zwischen Wirtschaft und Wirtschaft ist doch wohl ein erheblicher Unterschied.

(Sehr gut!)

Hier steht aber in der Begründung: „weil die industrielle und gewerbliche Wirtschaft ihre eigenen Wege geht und sich den Lenkungsmaßnahmen nicht fügt.“ Und weiter heißt es: „daß in der gewerblichen Wirtschaft eine wilde Austauschwirtschaft die Warenbewegung bestimmt, während für den normalen Warenverkehr nur ein geringer Teil der an sich verfügbaren Waren verbleibt.“ Das entspricht jedoch durchaus nicht den Tatsachen. Ich glaube, die Wirtschaft als solche, der wirkliche, wahre Unternehmer weiß sehr wohl, wo er steht und welche Pflichten ihm zukommen. Er ist nicht so korrupt, wie das hier hingestellt wird; das muß hier einmal ausdrücklich festgestellt werden. Wir haben noch eine anständige Wirtschaft, die erfüllen will, was ihr auferlegt wird. Das wollen wir einmal ganz offen aussprechen. Wollen wir einmal einen Blick hinter die Kulissen werfen! Jedes Ministerium, meine Damen und Herren, bemüht sich um sogenannte Globalkontingente. Was will das Ministerium damit? Es will diese Globalkontingente doch auch der eigentlichen Lenkung entziehen. Darüber hinaus ist es so, daß fast jeder Landrat — ich denke da beispielsweise an den Baustoffsektor — durchaus dieses oder jenes Werk in Betrieb setzen will, ohne Rücksicht darauf, ob dieses Werk dann auch Kohle bekommt. So, meine Damen und Herren, geht es nicht weiter! Denn wenn jeder etwas für sich erreichen will, sind letzten Endes die Landesstellen, die an sich nichts weiter sind als Mittel zum Zweck, notwendigerweise völlig illusorisch.

Ich rede dabei durchaus nicht für die Landesstellen und für die Verewigung der Landesstellen, nein, aber irgendein

Ziel muß dabei vorschweben. Ich glaube, wir haben alle nicht das Ziel, die Landesstellen zu erhalten und zu verewigen, aber sie sind nun einmal notwendig, um die Wirtschaft bei dem zu erhalten, wo sie nun einmal ist. Nach meiner Auffassung wäre es zunächst die Pflicht des Ausschusses gewesen, objektiv und unvoreingenommen und auch unparteiologisch große Gesichtspunkte zu entwickeln. Der vorliegende Antrag trägt dem aber nach meiner Schätzung nicht Rechnung, denn es kommt doch darauf hinaus, worauf wir alle zusteuern, und wir wissen, was uns von dem bizonalen Wirtschaftsrat droht. Sie haben alle darüber in der Presse gelesen. Wenn wir nicht alle unsere Kräfte zusammentun und im bizonalen Wirtschaftsrat das vertreten, was unserer bayerischen Wirtschaft dient, dann kommen wir nicht weiter. Aber wir dürfen auch den Wirtschaftsgebilden der anderen Zonen nicht ein übles Beispiel geben und hier Mißstände aufdecken wollen, die schließlich gar nicht vorhanden sind. Dadurch bekommen ja die anderen Zonen ein ganz anderes Bild von uns.

Ich muß dabei etwas erwähnen, was vielleicht nicht uninteressant ist. Die Zeitschrift „Die Welt“ bringt folgende Nachricht:

Auf einer Pressekonferenz in München erklärte der Landtagspräsident Dr. Horlacher: Wenn wir schon einen Druck auf die Landwirtschaft haben, dann muß der Druck auch auf Gewerbe und Industrie gelegt werden. Die Reisenden einer Hufnagelfabrik in Hamburg bringen beispielsweise in Koffern die Hufnägel nach Bayern.

Die Zeitung schreibt dazu weiter:

Wenn man nicht auf Böswilligkeit schließen will, dann bleibt nur die Möglichkeit einer vollständigen Unkenntnis, die man an sich bei einem Landtagspräsidenten nicht voraussetzen dürfte.

Soweit „Die Welt“. Die Landesstelle bemerkt dazu folgendes: Es sind keine Reisende dieser guten und renommierten Firma, sondern Schwarzhändler, die sich den Umstand, daß die Hufnägel in der britischen Zone nicht streng bewirtschaftet werden, zunutze gemacht haben.

Ja, meine Damen und Herren, so geht es natürlich nicht, daß wir einfach über die anständige Wirtschaft herfallen und ihr in den Rücken fallen, wenn wir den Schwarzhandel, den wir ja bekämpfen wollen, nicht richtig erfassen können. Es ist eine einfache Methode, zu sagen, die anständige Wirtschaft sei korrupt, aber ich glaube doch wohl, daß wir die Beweisführung in den meisten Fällen schuldig bleiben werden.

Nun, meine Damen und Herren, weiter zu den sogenannten Kompensationsgeschäften! Ich als Wirtschaftler, früherer Wirtschaftler, stehe auf dem Standpunkt, daß wir ohne Kompensationsgeschäfte, lebensnotwendige Kompensationsgeschäfte, alle nicht auskommen. Was nützt uns ein Beschluß, den wir hier treffen, wenn drüben in der britischen Zone die Kompensationsgeschäfte geduldet sind! Sehen Sie, dadurch kommen ja immer wieder diese falschen Bilder zustande, die man sich über Bayern macht, und ich kann Ihnen verraten, daß beispielsweise in Nordrhein-Westfalen ganz bestimmte Bestrebungen im Gange sind, diese Kompensationsgeschäfte bis zu 5 oder 10 Prozent zuzulassen.

Eines möchte ich Ihnen doch noch sagen, wie es nun eigentlich in den Landesstellen aussieht. Ich glaube — ich will die Landesstellen an sich durchaus nicht verteidigen —, daß die Landesstellen ein notwendiges Übel sind und wir unter allen Umständen hoffen, sie in aller kürzester Zeit abbauen zu können. Aber es ist nicht so, daß jeder Unternehmer nun plötzlich über irgendein Kompensationskontingent verfügen kann. Das ist eine irrtümliche Auffassung. Es ist beispielsweise von Ziegeln gesprochen worden. Auf dem Baustoffsektor sieht es ganz anders aus. Wenn ein Ziegeleibesitzer ein Freikontingent von 10 Prozent hat, so hat er darüber den Nachweis zu liefern, wo diese 10 Prozent verblieben sind. Ich kann Ihnen sagen: Die Landesstelle Baustoffe legt außerordentlich großen Wert darauf, daß dies in reibungsloser und korrekter Weise geschieht. Alles andere, was Sie den Landesstellen anhängen, ist Irrtum oder etwa eine Böswilligkeit. Ich muß das von meinem Standpunkt aus feststellen und nach meiner kurzen Erfahrung, die ich mit der Landesstelle Baustoffe gemacht habe, dabei betonen, daß die Baustoffindustrie in Bayern durchaus eine anständige Industrie ist, der Korruption in keiner Form nachzuweisen ist.

(Weidner [FDP])

Meine Damen und Herren, schwarze Geschichten gibt es auf der ganzen Linie. Aber ich habe Einblick genommen in die Geschäfte, in die Listen und habe mich davon überzeugt, daß besonders auf dem Hautstoffsektor die Landesstelle sehr wohl in der Lage ist, zu urteilen, ob der Mann 50 000 Ziegel verschwinden lassen kann. Ich bin selbst ehemaliger Ziegeleibesitzer und weiß sehr wohl, was ich fabrizieren konnte und mußte, und was die Behörde in Breslau von mir erfahren hat, das mußte stimmen. So sieht es auf dem Hautstoffsektor aus.

(Zuruf: Warum können dann die Metzger und Bäcker ausbauen?)

Darin gehe ich mit dem Antrag einig: Es fehlt an der Kontrolle. Die Kontrolle üben aber nicht die Landesstellen aus, und wenn Sie das nicht wissen, dann nehmen Sie bitte davon Kenntnis: Die Kontrolle üben die Wirtschaftskämter aus, die Regierungswirtschaftskämter. Warum ist die Kontrolle in den letzten 12 oder 14 Monaten nicht ausgebaut worden? Weil der Herr Finanzminister, wie ich gehört habe, nicht die notwendigen Mittel für die Kontrollbeamten zur Verfügung stellen konnte. Sie können den Landesstellen aber keinesfalls in die Schuhe schieben, daß sie die Kontrolle ausüben müßten, wenn sie nichts damit zu tun haben. Dazu sind die Regierungswirtschaftskämter beauftragt, und sie sind beauftragt, die Kontrolle auszuüben.

(Zurufe.)

Selbst die Kreisbaumeister suchen ja ihrerseits möglichst viel Baustoffe zu bekommen. Gestern oder vorgestern beispielsweise ist bei der Landesstelle Baustoffe ein Vorschlag von irgendeinem Kreisbaumeister eingegangen, sie möge doch dies oder jenes Werk zulassen, er hätte hier die Möglichkeit, auch etwas für seine besonderen Kreis Zwecke zu bekommen. Ja, meine Damen und Herren, wenn das auf dieser Basis so weiter geht und wenn die Behörde ihrerseits dann die allgemeine Unklarheit weiterfördert, dann kommen wir in das Lohmabohru.

(Zurufe.)

Nein, die Landesstellenleiter haben die Planung und Erfassung. Mit der Kohlen- und der Rohstofffrage und mit den Kontingenten überhaupt haben sie sich nicht zu befassen. Gehen wir doch nicht an der Kohlenfrage vorüber! Wir sind gar nicht in der Lage, die alten Betriebe mit Kohle zu versorgen, wie soll es dann mit den neuen Betrieben sein?

Aus allen diesen Dingen heraus bin ich der Auffassung, daß der Ausschuß in keiner Weise die Probleme tiefgründig erfaßt hat. Er hat meines Erachtens nur oberflächliche Arbeit geleistet. Ich bin gegen den Antrag des Ausschusses, ich bin vielmehr dafür, daß wir alle unsere Bemühungen darauf setzen, daß bei der bizonalen Regelung, die ja im Zuge ist, Bayern auch wirklich und tatkräftig vertreten ist.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident:** Ich schlage dem hohen Hause vor, die Beratungen jetzt abzubrechen und nachmittags 2 Uhr fortzuführen. — Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr 36 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 4 Minuten durch den Präsidenten Dr. Sorlaacher wieder aufgenommen.

**Präsident:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren in der Beratung zu Punkt 3 der Tagesordnung fort. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Michel.

**Michel (CSU):** Meine Damen und Herren! Seit geraumer Zeit werden Versuche unternommen, die Wirtschaft zu heben und unsere Not zu lindern. Jeder versucht auf seine Art und Weise, das Beste zu bieten. Ich darf ruhig sagen, man gewinnt oft den Eindruck, daß man aneinander vorbeiredet. Jeder glaubt selbst eine Patentlösung zu finden und hält seine Ideale für die richtigsten.

Ich möchte hier nur kurz auf einige Dinge eingehen, die gestern in die Debatte geworfen wurden. So wurde es als besonders großzügig und als Anreiz für die Bauern bezeichnet, wenn man ihnen für die kommende Währung gleich

gewissermaßen, wie man sagte, Zukunftsschecks ausstellen würde, damit die Bauern für ihre Waren schon neues Geld erhalten würden. Ich glaube, daß das kaum eine Lösung ist. Wer sagt denn, daß das Geld kaputt ist? Für den Arbeiter, für den Angestellten, für den Bauern, für die Hausfrau und für wohl 90 Prozent unseres Volkes ist die Mark noch immer 100 Pfennige. Wenn ich die Straßenbahn nicht bezahle, wird mich der Straßenbahnschaffner wegen der 20 Pfg. Fahrpreis zur Anzeige bringen. Wir können nicht eine Sachlast für das neue Geld verlangen, selbst wenn eines käme. Dann wäre der Staat mit einer Schuld belastet und die Kaufkraft des neuen Geldes in Frage gestellt. Ich glaube da kaum viel aus der Schule zu plaudern, wenn ich sage, daß zwei Bestrebungen hinsichtlich der Währungsreform in Gang sind. Die eine will die Mark auf 10 Pfg. abwerten, die andere will die Mark gleich Mark lassen. Wenn die zweite Lösung, die die absolut richtigere und mehr zu empfehlende ist, zum Zuge kommt, ist der ganze Plan mehr als fraglich.

Mit den Kompensationsgeschäften kann wie mit allen Dingen Mißbrauch getrieben werden. Mit welcher Sache auf der Welt kann man denn keinen Mißbrauch treiben? Wenn sie gut angewendet wird, kann sie für alle Beteiligten zum Erfolg führen. Der letzte Redner heute morgen hat von strenger Kontrolle der Kompensationsgeschäfte gesprochen. Das ist richtig. Denken Sie einmal, um ein Beispiel zu nennen, wenn in einer Textilwarenfabrik ein Treibriemen reißt, muß ein langwieriger Weg mit Antrag, Begründung und Begutachtung durchlaufen werden. Die Maschinen stehen aber solange still. Das bedeutet nicht nur einen Lohnausfall, sondern auch einen tatsächlichen Arbeitsausfall. Wenn die Firma nun auf Grund ihres zehnpromzentigen Kontingents für eine andere Fabrik einen Ballen Stoff abgibt und dieser Stoff unter den Arbeitern dieser Fabrik zur Verteilung gelangt, so ist dies doch ein richtiger Weg. Ich habe in dieser Richtung schon sehr schöne Erfahrungen sammeln können. Es gibt Beispiele, wo Unternehmer für ihre Arbeiter auf das Beste sorgen. Daß es überall Lausbuben gibt, darüber sind wir uns klar.

(Teils Beifall, teils Widerspruch.)

Ich komme weit herum, nicht nur in Bayern, sondern auch im Rheinland. Auch da sorgen viele Leute für ihren Betrieb. Wichtig ist, daß auch da Übergriffe und Mißbräuche vorkommen. Aus diesem Grunde möchte ich verlangen, daß die freien Kontingente absolut kontrolliert werden müssen. Dies bedeutet, daß der Betrieb eine Liste über sein zehnpromzentiges Kontingent aufstellen und den Nachweis erbringen muß, wofür er das Kontingent verwendet hat. Die Kontingente so gelenkt und geleitet, können zu fruchtbaren Ergebnissen für alle führen.

(Dr. Beck: Was machen Sie mit den vielen städtischen Angestellten und Beamten?)

Wenn Sie einem etwas geben können, warum soll man es ihm nicht geben? Allen alles zu geben, geht nicht. Nehmen wir an, der Flüchtling, der beim Bauern untergebracht ist, bekommt Vollmilch. Da können Sie auch nicht fragen: Warum bekommt er sie? Frauen Sie sich, daß der Bauer großzügig ist und dem Flüchtling nicht  $\frac{1}{2}$  Liter Magermilch gibt! Gesehlich hätte er freilich recht. Es ist nun so in der Welt, der eine wohnt in einer schönen und fruchtbaren Gegend, der andere in einer kargen, wo es nichts gibt. Das sind Naturtatsachen, über die wir nicht hinwegkommen.

Hinsichtlich der Freikontingente müßte von Gesetzes wegen verlangt werden, daß die Betriebe, die über solche verfügen, den Nachweis ihrer Verwendung erbringen müssen. Wenn einer Schwarzhandel treiben will, kann er es mit diesen 10 Prozent nicht.

Eine andere Sache sind die Schwarzhändler. Wir haben wiederholt die Erfahrung gemacht, daß Schwarzhandelslager gemeldet und von der Kriminalpolizei mehr oder weniger lag untersucht werden, daß man aber dem Schwarzhändler dann hintennach so und so viele Möglichkeiten bietet, die Ware zu verräumen oder die Unterlagen wegzuschaffen. Es hat jemand einmal gesagt, wenn man dem allem nachgehen würde, müßte man hinter jeden Kriminalpolizisten nochmals einen Kriminalen stellen. Dies scheint mir nicht richtig zu sein. Ich glaube aber, daß es richtig wäre, wenn man die Gehälter der Polizei- und Kriminalbeamten ent-

(Michel [C. U.] )

sprechend erhöhen möchte, damit sie nicht in Versuchung geraten, für kleine Zuwendungen empfänglich zu sein.

(Zurufe. — Widerspruch.)

Ganz besonders gilt dies auch für eine erhöhte Zuteilung an Lebensmittelfarten.

(Zuruf: Und die Konsequenzen? Dann müssen alle Gehälter erhöht werden.)

— Es muß unterschieden werden. Die Spruchkammervorsitzenden bekommen auch wesentlich höhere Gehälter als sie vielleicht auf Grund ihrer Vorbildung verlangen können.

(Verschiedene Zurufe. — Widerspruch.)

Es ist doch so, daß man auch bei anderen Stellen eine gewisse Vorbildung verlangt. Wenn einer eine Stellung einnimmt, verlangt man auch eine gewisse Leistung von ihm. Es wäre dann einer dumm, wenn er Geld für seine Ausbildung und sein Studium ausgibt.

(Zurufe: Zum Thema! Zur Sache!)

Das nächste ist das, daß man die Wirtschaft in Bayern lenkt. Man sucht viel nach Auswegen herum, und doch werden die Stellen, die tatsächlich für Handel, Handwerk und Gewerbe zuständig sind, überhaupt nicht eingeschaltet. Wir haben aber gerade in der Handwerkskammer und in der Industrie- und Handelskammer die Gremien, die berufen sind, dafür zu sorgen, daß die bayerische Wirtschaft in vernünftige Bahnen gelenkt und aus den Betrieben das herausgeholt wird, was herausgeholt werden kann. Diese Kammern wissen, was der einzelne leisten kann. Sie kennen die Kapazitäten und kennen die Kanäle, in die die Ware fließen kann, sie können kontrollieren, wohin die Sachen kommen, und wissen die Produktion zu lenken. Ihre Einschaltung wäre richtiger als der Versuch, durch Ministerialerlasse Ausschüsse zu gründen und diese mit irgendwelchen Leuten zu besetzen, die vom Kaufmännischen und Wirtschaftlichen nur eine geringe Ahnung haben und nur über ein parteipolitisches Wissen verfügen. Viel wichtiger wäre es, zu überlegen, wie man aus der gegenwärtigen Lage herauskommt. Aus diesem Grunde möchte ich vorschlagen, daß in das beantragte Gesetz auch die erwähnten Fachgremien entsprechend eingeschaltet werden, damit herausgeholt wird, was herauszuholen ist. Insbesondere müssen auch die Waren, die wir aus der englischen Zone einführen müssen, überwacht werden, weil sie in erster Linie nicht nur zur Rettung, sondern auch zum weiteren Aufbau der bayerischen Wirtschaft erforderlich sind.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bezold.

Bezold Otto (FDP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wenn der Abgeordnete Dr. Schlögl bei seiner ausführlichen Begründung des Antrags geäußert hat, daß wir einem Chaos entgegengehen, so stimme ich ihm voll zu, allerdings in einer anderen Richtung. In einer Zeit, in der der Boden für unseren Aufstieg immer fragwürdiger und immer unsicherer zu werden scheint, sind wir bereits in einem Chaos. Dieser Antrag zeigt mir, daß sich tatsächlich die Begriffe zu verwechseln beginnen, und zwar in sachlicher und formeller Hinsicht. Sie halten das Produkt eines Untersuchungsausschusses in Händen. Ein Untersuchungsausschuss ist genau so wie ein Untersuchungsrichter beschaffen, um Material zu liefern und die Grundlagen dafür beizubringen, auf Grund deren eine andere Instanz die Würdigung vorzunehmen hat. Wo in aller Welt, frage ich, ist es üblich, daß der Untersuchungsrichter zugleich die Entscheidung trifft? Wo in aller Welt ist es üblich, daß derjenige, der Tatsachenmaterial zu sammeln hat, zugleich über diese Tatsachen entscheidet und sich die Wertung dieser Tatsachen anmaßt? Noch dazu eine Wertung, die höchst fragwürdig erscheinen wird, wenn sie auf ihren Inhalt geprüft wird! Es mag für den Optimismus des Untersuchungsausschusses sprechen, wenn er glaubt, daß Kunden in der Bewirtschaftung von gewerblichen Gütern und Waren durch Bestimmungen auszufüllen sind. Es geht aber keineswegs an, daß er, wenn er schon eine Würdigung vornimmt, sich erlaubt, dann in dieser Würdigung das Wort „scheint“ zu gebrauchen. Wenn ich richte, muß ich etwas wissen, muß die Tatsachen kennen und muß aus den Tatsachen eine Überzeugung gewinnen und zu diesen Tatsachen stehen. Ich kann aber keinesfalls Vorwürfe, die eine

moralische Hypothese, ich möchte fast sagen: eine amoralische Hypothese für einen ganzen Stand bedeuten, darauf gründen, daß ich sage: vor allem aber scheint es an der Einhaltung bestehender Bestimmungen und an einer entsprechenden Überwachung des Vollzugs zu fehlen.

(Wimmer: Das ist schon duzende Male bewiesen!)

Es ist weder duzende Male bewiesen noch Sache des Untersuchungsausschusses, es zu beweisen. Das Wort „scheint“ zeigt allein schon, daß sich der Untersuchungsausschuss einer Aufgabe unterzogen hat, die ihm nicht zukommt.

(Zuruf: Das sind doch Formalien!)

— Wenn Sie auf Formalien verzichten, können Sie auch auf die Verfassung verzichten; denn auch die Verfassung ist, im großen gesehen, letzten Endes ein Gesetz und eine Formalie.

Ich komme auf meine Ausführungen zurück. Mein Antrag geht zunächst dahin, allein aus Gründen des formalen Prozessierens und Vorgehens diesen Antrag mit den ihm zugrunde liegenden Tatsachen zuerst dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Der Wirtschaftsausschuss wird dann diese Tatsachen einer Würdigung unterziehen und diese Würdigung dem Landtag zu einer letzten abschließenden Würdigung zuzustellen haben.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

In sachlicher Beziehung dürfen wir nicht glauben, daß wir mit derartigen Anträgen etwas heilen können, was so tief liegt, daß es weder durch Worte noch durch oberflächliche Erkenntnisse geheilt werden kann. Es ist schon richtig, wenn in diesem Schriftstück steht, daß die Wirtschaft ihre eigenwilligen Wege geht. Sie tut dies deshalb und wird es, solange es eine Wirtschaft gibt, immer tun, weil sie ihren eigenen Gesetzen folgt. Es mag sein, daß an diesen Gesetzen bestimmte Änderungen vorzunehmen sind. Aber es geht nicht an, deshalb einem Stand, der nach diesen Gesetzen lebt, die aus der Not einer Zeit heraus geändert werden müssen, den Vorwurf amoralischen Verhaltens zu machen. Dazu kommt, daß es keine geteilte Moral gibt. Was für den gilt, der beim Kompensieren gibt, gilt moralisch auch für den, der dabei nimmt. Worauf noch keiner der Redner hingewiesen hat, ist allerdings, daß nicht in den wenigsten Fällen gerade jene Wirtschaftsstellen der Wirtschaft den Rat gegeben haben: Hilf dir selbst, so hilfst dir Gott!

(Zurufe. — Beifall und Widerspruch. — Wimmer: Das ist ja das System, das wir haben.)

In diesem Antrag scheint mir doch der alte Satz zu deutlich zu werden: Man schlägt den Sack und meint den Fesl. Ich glaube aber, in der heutigen Zeit brauchen wir eines und aus ihr können wir nur eines hindürrücken: einmal den Willen zum Aufbau und zum zweiten die notwendigen moralischen Grundlagen für diesen Aufbau. Es ist verbrecherisch, wenn irgend etwas unternommen wird, was dieser Moral und diesem Willen zum Aufbau schaden kann. Deshalb geht es nicht an, daß durch einen solchen Antrag die Wirtschaft und der Handel mit Schlagworten belastet werden, ohne daß irgendein tatsächlicher Beweis vorliegt, belastet nur aus einem Gefühl heraus, das sich nicht auf Tatsachen gründet.

(Vielseitiger Widerspruch. — Große Unruhe.)

Ich habe hier Ihren Antrag vor mir, Herr Dr. Schlögl. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren, und kenne die Tatsachen nicht, aber Ihr Antrag stützt sich nicht auf Tatsachen. Es stehen hier keine Tatsachen darin, sondern Schlagworte, geboren aus politischem Gefühl und politischem Willen, nicht mehr und nicht weniger.

(Donsberger: Der Antrag ist mit dem Einverständnis des Vertreters der FDP gestellt.)

— Ich spreche für mich und sage meine Meinung, weil ich glaube, daß es breitere Volksschichten für notwendig halten, daß für sie gesprochen wird und daß sie in Schutz genommen werden, wenn sie mit solchen Anträgen ohne weiteres desavouiert werden.

(Teils Widerspruch, teils Beifall.)

Bedenken Sie eines: Es waren Kaufleute, die die Welt für Europa vom Nil bis zu den Grenzen Indiens erschlossen haben.

(Zuruf: Unständige Kaufleute!)

(Bezold Otto [FDP])

Es waren anständige Kaufleute und es werden wieder anständige Kaufleute sein, die uns eines Tages wieder die Pforten öffnen müssen, die eine unsinnige Politik vor uns verschlossen hat.

(Sehr richtig!)

Aber Sie dürfen nicht einen Stand mit einer solchen Hypothek belasten und derartige Dinge ohne eingehende, gründlichste Prüfung öffentlich machen.

(Kaiser: Er hat sich selbst belastet!)

Es gibt im Kaufmannsstand wie in jedem anderen auch Verbrecher; aber ich kann nicht um der wenigen Schlechten willen die Guten desavouieren und diesen ihren Ruf und Namen nehmen. Dies geschieht aber mit solchen Anträgen.

(Widerspruch.)

Wenn es uns nicht gelingt, ich sage dies noch einmal, mit Hilfe unserer guten Kaufleute die Pforten der Welt zu öffnen, die eine unsinnige Politik verschlossen hat, werden wir überhaupt zu keiner deutschen Wirtschaft kommen können. Es ist kein Glück, mit solchen Anträgen diese Aufgabe und diese Möglichkeit zu erschweren. Deshalb bin ich der Ansicht, daß der Antrag auch aus sachlichen Gründen abgelehnt werden muß.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident:** Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Redezeit nicht beschränken, aber zu dem Thema ist so viel gesprochen worden, daß ich die Abgeordneten bitte, nur wirklich neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen. Wir müssen vorwärts kommen.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Meißner.

**Meißner (BVP):** Angesichts der Erklärung des Präsidenten möchte ich mich kurz fassen. Fast in jeder Plenarsitzung steigt irgendein Kollege aus dem Hause hier herauf und erklärt, daß wir gegen die Kompetenzstreitigkeiten der Ministerien vorgehen müssen. Nun erleben wir plötzlich das Schauspiel, daß sich Kompetenzstreitigkeiten unter den Ausschüssen des Bayerischen Landtags ergeben, insbesondere ein Kompetenzstreit darüber, wie der Untersuchungsausschuß arbeiten soll und was er zu tun hat. Dazu möchte ich folgendes erklären: Wir haben im Untersuchungsausschuß keineswegs daran gedacht, irgendeinem Ausschuß vorzugreifen oder dessen Aufgabengebiet zu beschneiden. Wir haben diesen Antrag einstimmig, auch mit Zustimmung des Vertreters der FDP, nur deshalb beschlossen, weil wir wollten, daß endlich einmal praktisch etwas getan wird. Wir können nicht warten, bis unsere Wirtschaft zugrunde geht. Das Volk erwartet vom Untersuchungsausschuß praktische Ergebnisse. Was nützen uns hundert Untersuchungsausschüsse, wenn keine Ergebnisse gezeitigt werden! Gehen Sie einmal an die Ludwigsbrücke, wo ich jeden Tag vorbei muß! Dort treffen Sie Schwarzhändler zu Hunderten!

(Zuruf: Was hat das mit dem anständigen Kaufmann zu tun?)

Der anständige Arbeiter, der hier vorbeigehen muß, steht dies mit an, und langsam muß die Demokratie dadurch untergraben werden.

Wenn wir dies auf ganz Bayern vervielfältigen, kann dieser Antrag nicht als wirtschaftstheoretische Abhandlung verstanden werden. Wir Deutschen sehen leider meistens den Wald vor lauter Bäumen nicht. Wir sehen bei jeder kleinen, praktischen Maßnahme sofort einen ganzen Wald von theoretischen Betrachtungen und Gegensätzlichkeiten.

(Zuruf: Und juristischen Spitzfindigkeiten.)

Mit dem vorliegenden Antrag sollen zwei Forderungen erfüllt werden, erstens den Vollzug der bereits erlassenen Bewirtschaftungsbestimmungen zu gewährleisten und sodann Lücken in der Bewirtschaftung von gewerblichen Gütern und Waren auszufüllen. Diese Forderungen sind doch eine Selbstverständlichkeit. Selbst die Herren von der FDP haben erklärt, daß in Notzeiten eine gelenkte Wirtschaft unbedingt notwendig ist. So habe ich diesen Antrag auch aufgefaßt, nämlich nicht als grundsätzliche Stellungnahme für oder gegen die freie Wirtschaft, sondern als praktische Maßnahme, deren Notwendigkeit sich

kein Abgeordneter verschließen kann. Wir wollen weder den Saft noch den Esel schlagen, sondern diejenigen treffen, die unser Volk schädigen. Das ist das Ziel, dem sich wohl jeder anschließen muß, welcher Fraktion er auch angehört.

(Beifall.)

**Präsident:** Das Wort hat der Abgeordnete Hauck Georg.

**Hauck Georg (CSU):** Wenn ich zu diesem Thema spreche, so geschieht es aus mehreren Gründen. Herr Abgeordneter Wimmer hat gestern erklärt, daß sich bei dieser Frage vielleicht zum erstenmal zeigen wird, wie der einzelne Abgeordnete in der jetzigen Notzeit überhaupt gegenüber Eingriffen in die Wirtschaft eingestellt ist. Tatsächlich stellt man bereits fest, daß die Gemüter schon angesichts des Antrags ernstlich aufeinander prallen. Wie soll es erst werden, wenn die Regierung tatsächlich ein entsprechendes Gesetz ausarbeitet und dieses Gesetz hier beraten werden soll? Werden wir dann überhaupt mit dieser Beratung fertig werden oder nicht?

Ich möchte hier zu einigen Ausführungen etwas sagen, die gemacht worden sind, aber an der Wirklichkeit vorübergehen. Der Herr Landtagspräsident hat hier ausgeführt und man hat es schon öfter von Herrn Dr. Schlögl gehört, daß die Vorkommnisse im Wirtschaftsministerium bis zum Himmel stinken und jedes Kind auf der Straße schon davon wisse. Ich muß feststellen, daß wir Abgeordnete, wenn wir draußen gefragt werden, was eigentlich bis jetzt der Untersuchungsausschuß festgestellt habe, wenn wir ehrlich bleiben wollen, sagen müssen: wir wissen es nicht. Denn bis jetzt haben wir weder vom Untersuchungsausschuß im Wirtschaftsministerium noch vom Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Verhältnisse bei der Regierungsbildung etwas erfahren. Wir Abgeordnete sind, da wir es mit der Wahrheit ernst nehmen müssen, unseren Wählern gegenüber gezwungen, uns in Schweigen zu hüllen, so daß wir einerseits in Verdacht kommen, entweder nichts sagen zu wollen oder hier zu sitzen und zu schlafen, ohne zuzuhören, was gesprochen wird. Von beiden Untersuchungsausschüssen weiß ich nichts. Ich bin grundsätzlich für den gestellten Antrag. Ich möchte aber auch ersuchen, daß man in Bälde wenigstens die bereits abgeschlossenen Gebiete der Untersuchung den einzelnen Abgeordneten bekanntgibt, damit sie darüber im Bilde sind, warum sie einen solchen Antrag unterstützen sollen.

Weiter wurde von den Rednern der FDP bemängelt bzw. beanstandet, daß der Untersuchungsausschuß sich hier mit einem Antrag befasse, der nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre. Gegenüber diesem Einwand stehe ich auf folgendem Standpunkt, den ich an einem kleinen Beispiel klarstellen will: Wenn ein Kind in einen Brunnen gefallen ist und jemand kommt, der einen Deckel darauflegen will, weil sonst noch mehr Leute hineinfallen, wird man ihn nicht wegstoßen und zu ihm sagen: Das ist nicht deine Sache. Wenn der Untersuchungsausschuß festgestellt hat, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Wirtschaft langsam in Gang zu bringen, darf man ihm nicht vorwerfen, daß ihn das nichts angehe. Wenn der Untersuchungsausschuß glaubt, daß bereits vor Abschluß seiner Untersuchungen etwas unternommen werden muß, so muß ihm das Recht zugestanden werden, Vorschläge zu machen und Anträge einzubringen. Und wenn ihm dieses Recht nicht als Untersuchungsausschuß zusteht, so steht es mindestens seinen Mitgliedern als Abgeordneten zu. Es wurde gestern von Herrn Dr. Kroll bemängelt, daß wir am Vormittag gegen die Bewirtschaftung und nachmittags dafür gestimmt hätten. Ich möchte dazu feststellen: Ich habe gestern früh auch dafür gestimmt, daß die Bewirtschaftung nicht so durchgehend wird, wie es gedacht war. Ich möchte das an einem kleinen Beispiel erklären. Wenn jemand sich den Arm bricht, ist er nicht verpflichtet, den ersten Doktor zu nehmen und sich bei ihm den Arm schienen zu lassen, wenn er kein Zutrauen zu ihm hat. Ich habe grundsätzlich zu den bizonalen Ausschüssen nach ihrer bisherigen Arbeit nicht das Zutrauen, um ihnen die Bewirtschaftung für die bayerischen Verhältnisse zuzugestehen. Das besagt nicht, daß ich nicht einen gleichen Antrag der bayerischen Staatsregierung oder des Untersuchungsausschusses unterstützen kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Bewirtschaftung eine andere Form gegeben werden muß, wenn wir auf diesem Gebiet endlich etwas Positives erreichen wollen.

## (Sand Georg [CSU])

Ich komme noch einmal auf eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Dr. Forlacher zurück, der einen Vergleich gezogen hat zwischen der Erfassung der Produktion in der Landwirtschaft einerseits und in der gewerblichen und industriellen Wirtschaft andererseits. In beiden Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen gibt es gute und schlechte Staatsbürger. Bezüglich der Erfassung der landwirtschaftlichen Produktionsgüter ist es nicht so leicht, die Produktion zu errechnen, wie man vielfach glaubt, weil die Witterungsverhältnisse der einzelnen Jahre und auch die Bodenverhältnisse grundverschieden sind. Es geht nicht an, das Ablieferungsjoll einheitlich für das ganze Land anzusetzen, ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß es Berg-, Sand- und Gegenden mit gutem Boden gibt. Die zuletzt den einzelnen Bauern auferlegten Ablieferungszahlen haben bewiesen, daß sie tatsächlich in einigen Gegenden unmöglich erfüllt werden konnten. Es gibt natürlich Bauern, die den inneren Schweinehund herauskehren und nicht die Fläche angeben, die sie tatsächlich angepflanzt haben. Diese Bauern haben noch etwas zum Schieben. Es gibt aber andere Bauern, die bei der Bodenbenützungserhebung ehrlich und anständig den letzten Quadratmeter angegeben haben und bei denen nach Erfüllung des Ablieferungsjolls nichts übrig bleibt, so daß sie nur für elf Perioden Mahlgetreide haben statt für dreizehn. Ich kenne die Verhältnisse aus meiner zweijährigen Tätigkeit als Bürgermeister, ich spreche nicht vom Hörensagen und weiß, wie schwer der anständige Bauer getroffen ist.

Bei der Erfassung der Produktion der Industrie verhält es sich anders. Es läßt sich ohne weiteres errechnen, wie viele Paar Schuhe aus einer Kuhhaut nach Abrechnung der Abfälle gefertigt werden können, und es macht keinen Unterschied aus, wo sich die gewerbliche Niederlassung befindet, ob in Franken oder Oberbayern. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß von den verarbeiteten Rohstoffen etwas für das Volk herauskommt. Wenn wir das nicht fertig bringen, sind wir fehl am Platze. Allerdings kann ich nichts anfangen mit einem Rundschreiben, das mir von dem Freiwirtschaftsverband zugegangen ist; ich weiß nicht, ob es auch andere Abgeordnete erhalten haben. Ich habe nicht begriffen, obwohl ich bestimmt in der Schule mitgekommen bin, was denn gutes herauskommen soll, wenn man die Wirtschaft frei läßt. Ich glaube, daß bei Durchführung dieser Vorschläge 90 Prozent unserer Bevölkerung überhaupt nichts mehr bekommen würden, die Schieber aber noch mehr zum Verprassen hätten. Ich stehe daher auf dem Standpunkt, daß wir den Antrag des Untersuchungsausschusses annehmen sollten. Damit ist noch lange nicht eine Verklavung der Wirtschaft auf ewige Zeiten gegeben.

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abgeordnete Piehler.

**Piehler (SPD):** Bei der großen Not, man kann ohne Übertreibung sagen, bei der katastrophalen Not, die nicht nur auf dem Lebensmittelsektor, sondern bei allen Gütern des täglichen Bedarfs herrscht, muß sich jeder vernünftige Mensch darüber klar sein, daß der Zusammenbruch der Zwangswirtschaft auch den Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft mit unübersehbaren Folgen nach sich ziehen würde. Man muß deshalb, ob man will oder nicht, mit allen Mitteln dafür sorgen, daß die Zwangswirtschaft von den Schläcken, die ihr jetzt noch anhaften, befreit wird, daß vernünftig gewirtschaftet und alles erfasst wird, um die Not des Volkes einigermaßen zu lindern.

Wir Sozialdemokraten sind uns darüber klar, daß der Zwangswirtschaft große Mängel anhaften, daß besonders die Bürokratisierung der Zwangswirtschaft, vor allem wenn sie ohne jede Kontrolle arbeitet, wie es im früheren Wirtschaftsministerium der Fall war, einen Krebschaden für die Wirtschaft bedeutet. Wir haben deshalb von den Gewerkschaften aus den Antrag gestellt, daß die Selbstverwaltung in der Wirtschaft, wie sie von den Demokraten gefordert wird, eingeführt werden soll, daß der Beirat nicht nur beratend mitwirken soll, sondern daß er die Leiter der Landesstellen zu wählen und zu bestimmen hat, wie die Waren verteilt werden. Wenn die Zwangswirtschaft immer kritisiert wird, wie es von den

Demokraten geschieht, müßte man erwarten, daß vernünftige Vorschläge gemacht werden, wie denn die Wirtschaft eigentlich aufgebaut werden soll. Wir werden jedem vernünftigen Vorschlag zustimmen, ganz gleich, von welcher Seite er kommt. Aber die Zwangswirtschaft vollständig abzuschaffen und die freie Wirtschaft einzuführen, wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Unsinn.

Um auf den Untersuchungsausschuß einzugehen, möchte ich sagen, daß er in der nächsten Zeit dem Landtag das Ergebnis seiner Untersuchung vorlegen wird. Ich möchte dem nicht vorgreifen. Ich möchte zu den Vorgängen im früheren Wirtschaftsministerium bildlich nur eines sagen: Wenn wir ein Drittel der Zwangswirtschaft, ein Drittel Planwirtschaft und ein Drittel freie Wirtschaft in einem Topf vermengen und dann umrühren, wenn wir dazu 25 Köche stellen, von denen der eine intelligent, der andere ehrgeizig und der dritte unfähig ist usw., wenn diese 25 Köche sich gegenseitig anfeinden und beim Chef verlangen und der Chef schließlich jedem recht gibt, wenn während dieser Zeit der Brei zwölfmal überläuft und zehnmal anbrennt, so kommt der Kuchen heraus, an dem wir jetzt zu nagen haben. Das ist, bildlich gesprochen, das Ergebnis der Untersuchung der Zustände im früheren Wirtschaftsministerium. Von verschiedenen Mitgliedern des hohen Hauses ist darüber Beschwerde geführt worden, daß von der Arbeit des Untersuchungsausschusses nichts bekannt geworden ist. Nun, die Untersuchungen sind in voller Öffentlichkeit vor sich gegangen, und die Zeitungen haben ziemlich viel darüber berichtet. Herr Kollege Wimmer hat gestern das Beispiel der Häuteverwertung angeführt. Ich darf vielleicht ergänzend bemerken: Der Geschäftsführer der bayerischen Häuteverwertungsgenossenschaften hat unter Eid ausgesagt, daß monatlich 500 000 kg Häute dem Schwarzen Markt zugeflossen sind. Er hat gesagt: Geben Sie mir eine Verordnung in die Hand, dann garantiere ich Ihnen, daß ich innerhalb 14 Tagen eine Million kg Leder beibringe! Solche Verordnungen wollen wir schaffen. Schallding ist ein Beispiel für sich und für die freie Wirtschaft in der jetzigen Zeit. Schallding war ein Lager, das sich im Besitz einer Expeditionsfirma befand, die Lagergebühren dafür erhalten und daher das größte Interesse daran gehabt hat, das Lager möglichst lange zu behalten. Diese Firma hat alles getan, um zu verhindern, daß die Waren abgefahren werden. Sie hat es fertiggebracht, daß auf diese Weise die wertvollsten Bedarfsgüter verlorengegangen und verworrtet sind. Nur wer das Lager Schallding gesehen hat, kann sich vorstellen, wie es da ausgesehen hat.

Ich bin aber der Meinung, daß der Untersuchungsausschuß seine Arbeiten halbmöglichst abschließen soll. Ich habe darüber mit meiner Fraktion noch keine Rücksprache genommen, ich will auch keinen Antrag hierzu stellen. Es ist das nur ein Vorschlag von mir, der zu überlegen wäre. Wir wissen jetzt, wie es im früheren Wirtschaftsministerium ausgesehen hat, wir brauchen die anderen Landesstellenleiter gar nicht mehr darüber zu verhören. Das Bild, wie es gewesen ist, ist abgesclossen.

Ich bin aber der Auffassung, daß der Ausschuß weiter bestehen bleiben soll, wenn auch unter einem anderen Namen. Er soll der Überwachungs-ausschuß für die sämtlichen Wirtschaftsämter und Wirtschaftsstellen werden; denn ein solcher Ausschuß muß da sein. Allein die Tatsache, daß wir diesen Untersuchungsausschuß gehabt haben, hat bewirkt, daß viel gerettet worden ist, was sonst kaputt gegangen wäre. Was die Mitglieder des Ausschusses tagtäglich an Beschwerden erhalten, geht in die Hunderte. Wenn dem allem nachgegangen wird, kann noch viel gerettet werden. Dann sollte die Tätigkeit des Ausschusses sich nicht auf das Wirtschaftsministerium beschränken, sondern auch auf die übrigen Ministerien erstrecken. Auch die Wirtschaftsämter beim Landwirtschaftsministerium bedürfen dringend der Überwachung und die Verkehrsämter, die früheren Jahrbereitschaften, die nun dem Verkehrsministerium unterstehen, bedürfen ebenfalls dringend einer Überwachung. Wenn der Ausschuß sich dann noch mit schwereren Korruptionen beschäftigt, dann kann er wirklich eine nützliche Arbeit leisten. Es muß ehrlich zugestanden werden, daß der Untersuchungsausschuß für die Vorgänge im früheren Wirtschaftsministerium eigentlich schon zu einem Korruptionsausschuß geworden ist, dessen Tätigkeit sich nicht mehr nur auf das Wirtschaftsministerium erstreckte, sondern der

## (Fiebler [SPD])

alle Produktionszweige nachgeprüft hat. Schaffen Sie den Ausschuß, damit die Bevölkerung sieht, daß der Bayerische Landtag gewillt ist, auch hier einmal eine vernünftige Arbeit zu leisten. Man muß die Stimmung der Bevölkerung draußen kennen und wissen, wie die Leute schimpfen, daß die Schieber von Tag zu Tag größer werden und nichts dagegen geschieht. Man kann es den Leuten nicht verdenken. Ich habe vorgestern da hinten ein paar Chauffeuren zugehört und das Urteil, das sie über den Bayerischen Landtag anlässlich der Debatte über den Herrn Sonderminister gefällt haben — ich will es hier nicht bekanntgeben, weil es sonst in die Öffentlichkeit käme —, war eine Blamage für den ganzen Bayerischen Landtag. Daher müssen wir einmal eine vernünftige Arbeit leisten und versuchen, die Dinge zu ändern. Das Volk kann es auch nicht verstehen, wenn wie gestern bei der Beratung über das Treuhändergesetz, worüber sämtliche vier Parteien sich einig waren, ein Abgeordneter eine Stunde lang spricht und zum Schluß sagt, er empfehle, das Gesetz anzunehmen. Das ist Zeitvergeudung, wie sie nicht schlimmer sein kann. Wir müssen vernünftige Arbeit leisten, das Volk erwartet von uns, daß in Großschieber- und Korruptionssfällen eingegriffen wird. Das ist der Krebschaden, an dem wir alle kaputt gehen.

Die Herren der Wirtschaft brauchen mir nicht zu sagen, daß die Kompensationsfrage eine sehr schwierige Sache ist, an die man mit Vorsicht herangehen muß, und daß den Betrieben in der gegenwärtigen Zeit nichts anderes übrig bleibt, als zu kompensieren. Es muß aber vernünftig gesehen und es muß auch eine Kontrolle vorhanden sein. Es ist im Untersuchungsausschuß festgestellt worden — solche Beispiele könnten mehr vorgetragen werden —, daß nicht bloß 10 Prozent der Produktionsgüter ver kompensiert worden sind, sondern 60 Prozent und 70 Prozent, und daß die Kompensationsgeschäfte nicht bloß dazu verwendet worden sind, um den Betrieben und der Arbeiterschaft zu helfen, sondern auch dazu, um einzelne reich zu machen, die aus dem Zusammenbruch Profite erzielen wollen. Es müßte eigentlich auch im Interesse der ehrlichen Wirtschaftskreise sein — daß es solche gibt, davon sind wir überzeugt —, daß endlich einmal vernünftig gehandelt wird. Denn die ehrlichen Betriebe gehen kaputt. Derjenige, der es ablehnt, solche Geschäfte zu machen, wird seinen Betrieb in kurzer Zeit kaputtgehen sehen. Wenn man das weiß, muß man versuchen, auch diejenigen, die noch unehrlich sind, zum vernünftigen Wirtschaften zu erziehen. Wenn kompensiert wird, kann es nur dann gemacht werden, wenn auch kontrolliert wird.

Die Kontrolle hat bis jetzt gefehlt, besonders im früheren Wirtschaftsministerium. Herr Dr. Einnert hat gestern gesagt, für Schalbing waren die Amerikaner zuständig. Das Lager in Schalbing war dem Wirtschaftsministerium seit Juni 1946 bekannt. Im Juli 1946 ist dem Wirtschaftsministerium mitgeteilt worden, daß dort ungeheure Werte kaputt gehen. Die Verfügung über das Lager haben die Deutschen gehabt, und das Wirtschaftsministerium hat nichts gemacht. Es muß daher eine Kontrolle ausgeübt werden, und diese Kontrolle muß der Landtag ausüben. Deshalb möchte ich bitten, daß der Ausschuß bestehen bleibt. Er ist notwendig, und muß da sein, damit das Volk weiß, an wen es sich wenden kann. Man kann die Bürokratie nicht so weiterwirtschaften lassen wie bisher. Es hat niemand von uns ein Interesse daran, die Beamten irgendwie anzugreifen. Jedoch das eine steht fest, daß im Wirtschaftsministerium allerhand sogenannte Beamte waren und auch jetzt noch sind, die noch beseitigt werden müssen. Daß der jetzige Wirtschaftsminister noch einen sehr schweren Standpunkt hat, ist jedem klar, der die Verhältnisse einigermaßen kennt. Wenn der neue Ausschuß wirklich gebildet wird, muß er die entsprechende Vollmacht bekommen, um eingreifen zu können; zum Beispiel muß er auch einen Richter als Zeugen vernehmen können, warum gegen Wirtschaftsverbrecher nicht vorgegangen wird und warum solche Urteile gefällt werden, wie sie jetzt noch vorkommen. Er muß feststellen können, ob das Sabotage ist oder ob Gesetzeslücken vorhanden sind, die durch den Landtag ausgefüllt werden müssen. Ich will bloß einen Fall anführen, der am 10. Mai 1947 in der Gewerkschafts-Zeitung gestanden hat, wonach bei dem Bauern Franz Gutland in Milbertshofen eine Hofbegehung stattgefunden hat und dabei vorgefunden wurden: 500 Meter Stoffe,

400 Zentner Kartoffeln, 200 Zentner Kohlen, 5000 Liter Kraftstoff, 70 Zentner Getreide, 10 Zentner Fleisch- und Wurstwaren, 3 geschlachtete Hammel, 1 Zentner Fett, eine Kuh, ein Kalb (bei Zählung nicht angegeben), 20 neue Männerhosen, 7000 Dachziegel, 70 Zentner Zement, 700 Eier, 3 Tonnen Eisenträger, 2 Tonnen Zeltplanen, Pferdegeschirr, Kabel usw., 2 Zentner Nägel, 70 Schaf- und Lammfelle, 10 000 Dachplatten, 5 Sauerstoffflaschen, 4½ Kubikmeter Bretter und Wagnerholz, 10 Autoreifen, zum Teil mit Felgen, 1 Lastkraftwagen, von 27 Hühnern waren acht gemeldet. Es ist festgestellt worden, daß von 300 Zentnern Getreide, das gebroschen wurde, nur 12 Zentner abgeliefert wurden. Der Bauer ist verhaftet worden und der Hof wurde zwangsverpachtet. In der „Münchner Mittag“-Nummer vom 27. Mai 1947 steht nun folgender Artikel: Der Milbertshofer Bauer und Schäfer Franz Gutland, der kürzlich wegen größter Verstöße gegen die Ablieferungspflicht und verbotener Tauschgeschäfte verhaftet wurde, ist gegen Hinterlegung einer Kaution vor wenigen Tagen entlassen worden. Er bewohnt wieder seinen — vom Landwirtschaftsministerium zwangsverpachteten — Hof und arbeitet weiter, als ob nichts geschehen wäre. Wenn die Bevölkerung draußen diesen Artikel liest, muß sie der Meinung sein, daß der Bayerische Landtag entweder schläft oder nicht bereit ist, etwas zu unternehmen. Dann besteht noch, wenn hier nicht durchgegriffen wird, die große Gefahr — denn solche Artikel werden auch außerhalb Bayerns gelesen —, daß gegen Bayern Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, wie uns heute früh bekanntgegeben worden ist. Wäre der Bauer noch eingesperrt, wäre sein Hof sofort enteignet worden, so könnte man darauf verweisen: Das ist ein Einzelfall, wir haben alles getan, um solche Einzelfälle auszumerzen. Wenn der Bauer aber wieder freigelassen worden ist, so weiß ich nicht: liegt es da an der Unfähigkeit der Richter oder am Gesetz. So etwas darf nicht vorkommen. Darum muß der Landtag einen Ausschuß schaffen, der sich mit solchen Fragen beschäftigt. Das ist meiner Ansicht nach das Positive, das bei der Debatte heute herauskommen kann.

Was den Antrag Dr. Schlögl anbetrifft, so müssen die Herren Juristen entschuldigen; es war kein Jurist im Ausschuß dabei. Wenn sie dabei gewesen wären, weiß ich nicht, ob ein Antrag zustande gekommen wäre. In der jetzigen Zeit kommt es nicht so sehr darauf an, ob ein Antrag ganz genau juristisch verklauuselt ist, sondern nur darauf, sofort einzugreifen und etwas Vernünftiges zu schaffen. Das will der Antrag. Der Antrag verlangt, daß die Regierung gegen Schieber und Schleihändler vorgeht und dafür sorgt, daß die wenigen noch vorhandenen Güter gerecht verteilt werden, daß dort, wo Gesetzeslücken vorhanden sind, sie geschlossen werden und daß endlich einmal die Gerichte die Möglichkeit haben, einzugreifen. Ich bitte Sie daher noch einmal, den Antrag anzunehmen und zu überlegen, ob es nicht gut wäre, einen Ausschuß zu schaffen, der die Überwachung sämtlicher Wirtschaftsstellen zu übernehmen und außerdem die großen Korruptionssfälle zu untersuchen hätte, der schließlich dann eingreifen kann, wie es bis jetzt der Untersuchungsausschuß gemacht hat. Es liegt im Interesse sämtlicher Parteien und der gesamten bayerischen Bevölkerung, daß endlich durchgegriffen und unser jetziges korruptes Leben wieder ein bißchen gereinigt wird.

**Präsident:** Es wurde Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich glaube, dieser Antrag würde nur Verstimmung hervorrufen. Es ist nur noch ein Redner, nämlich der Abgeordnete Kaiser, gemeldet. Ich möchte bitten, daß mit ihm die Rednerliste geschlossen wird.

Der Herr Abgeordnete Kaiser hat das Wort.

**Kaiser (CSU):** Ich glaube kaum, daß der Antrag Dr. Schlögl geeignet ist, um für irgendeine Wirtschaftsauffassung agitatorisch Kapital daraus zu schlagen. Meiner Auffassung nach bezweckt der Antrag in erster Linie, eine gleichmäßige Behandlung im Warenverkehr zwischen der Landwirtschaft, dem Gewerbe, der Industrie und dem Handel sicherzustellen. Ich glaube, das gesamte Haus ist sich darüber einig, daß wir nicht nur in einer Ernährungskrise leben, sondern daß wir gleichzeitig auch nichts zum Anziehen haben, seien es Spinnstoffe oder Schuhe, und daß wir außerdem keine Wohnungen und nichts zum Heizen haben. Es ist also ein Notzustand nicht nur beim landwirtschaftlichen Produktionssektor, sondern auch beim gewerblichen und industriellen für die notwendigsten Bedarfsgüter zu ver-

(Kaiser [CSU])

zeichnen. Dieser Tatsache ist Rechnung zu tragen. Diese außergewöhnlichen Notzustände in Verbindung mit der politischen Unfreiheit, in der wir leben, erfordern von uns Maßnahmen, damit jeder von der geringen zur Verfügung stehenden Gütermenge auf dem geraden und ehrlichen Wege etwas bekommt. Die Moral in der Wirtschaft ist zum Teil gut, zum Teil aber auch sehr schlecht. Die Haltung als eine sogenannte Kapitalsanlage ist geradezu Mode geworden. Diese Zustände zwingen den Staat, Maßnahmen jeder Art zu treffen, um dieser Not und diesen demoralisierenden Erscheinungen mit allen, auch den schärfsten Mitteln zu begegnen. Der Antrag Dr. Schlögl hat also absolut nicht im Gefolge, als ob nun irgendwie eine Tendenz hinführe zu einem anderen Wirtschaftssystem. Eigentum verpflichtet. Eigentum verlangt bei Anwendung der Grundsätze der freien Wirtschaft eine außerordentlich hohe moralische Auffassung im Dienst an der Menschheit. Die ist aber in der Gegenwart nicht vorhanden, weil wir in einer Zeit leben, in der wir, wie ich bereits bewies, nicht nur vor Häuferruinen, sondern auch in geistiger und moralischer Auffassung vor Ruinen stehen.

Ich bitte daher das Haus, im Hinblick auf die Tatsache, daß gewirtschaftet und gearbeitet wird, um dem Menschen zu dienen und gleiches Recht in der Anwendung der Bewirtschaftungsbestimmungen für alle Wirtschaftsgebiete zur Voraussetzung zu machen, dem Antrag Schlögl stattzugeben und in ihm nichts anderes als das Verlage zu sehen, wie er es auch sehr deutlich zum Ausdruck bringt. Ich glaube, dann hat der Landtag das menschlich mögliche getan, um uns bei einer etwaigen anderen, katastrophaleren Entwicklung für die Zukunft von Schuld freisprechen zu können.

(Beifall.)

**Präsident:** Ich mache darauf aufmerksam und bitte, das auch gleich durchzusagen, daß mit einer namentlichen Abstimmung zu rechnen ist.

Das Wort hat der Herr Staatssekretär Dr. Geiger.

**Staatssekretär Dr. Geiger:** Verehrte Männer und Frauen des Bayerischen Landtags! Der Herr Wirtschaftsminister ist leider diesmal verhindert, sich an den Tagungen des Landtags zu beteiligen; er bedauert das sehr. Ich habe heute mit ihm gesprochen und er hat mir gesagt, er wird in einer der nächsten Sitzungen des Landtags selbst das Wort ergreifen und sich in längeren Ausführungen über seine Wirtschaftspolitik verbreiten.

In Abwesenheit des Herrn Wirtschaftsministers möchte ich heute einige Worte zu dem Antrag des Untersuchungsausschusses, zunächst zum Untersuchungsausschuß selbst, sagen. Das Wirtschaftsministerium, die jetzige Leitung, hat die Einsetzung des Untersuchungsausschusses durchaus begrüßt und steht auch heute noch positiv zu ihm. Es hat insolgedessen auch in gar keiner Weise in die Verhandlungen eingegriffen. Es hat die Verhandlungen unterstützt und versucht laufend, die eingehenden Berichte und Protokolle auszuwerten.

Ich kann aber nicht davon Abstand nehmen, auf einige Nebenwirkungen hinzuweisen, die diese Tätigkeit des Untersuchungsausschusses mit sich bringt, Nebenwirkungen, die nicht gerade angenehm sind. Wenn wir Vertreter Bayerns beispielsweise nach Minden kommen, so haben wir durch die Veröffentlichungen, die durch diesen Wirtschaftsausschuß an das Licht gekommen sind, einen sehr schlechten Standpunkt bekommen. Es ist eine alte Erfahrungstatsache, daß mit wachsender Entfernung die Berichterstattung die Dinge mit einem Vergrößerungsglas ansieht und in entsprechend größeren Dimensionen darstellt. Wenn wir daher heute nach Minden kommen, müssen wir oft sehr unangenehme Andeutungen hören. Das ist um so unangenehmer, als wir selbst davon überzeugt sind, daß die Verhältnisse in der britischen Zone noch viel angreifbarer sind, als wir sie hier in Bayern vorfinden.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch kein Entschuldigungsgrund.)

— Das ist aber für uns eine sehr unangenehme Angelegenheit. Sie haben mich falsch verstanden. Es ist eine teilsche Belastung, wenn man weiß, daß oben die Verhältnisse noch

schlimmer sind, aber nicht die Möglichkeit hat, das den Leuten auf Grund von Untersuchungsausschüssen darzulegen, wie man es selbst von der anderen Seite leider hören muß.

Eine zweite Nebenwirkung ist die: Für das Wirtschaftsministerium ist es heute gar nicht mehr so einfach, wirklich gut qualifizierte Kräfte zu bekommen. Wir haben schon von verschiedenen Personen, deren Mitwirkung im Wirtschaftsministerium wir gerne gewünscht hätten, hören müssen, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo das Ministerium derartig im Brennpunkt der Beobachtung liegt, sich nicht entschließen können, ihre Mitwirkung zur Verfügung zu stellen. Es wäre daher doch sehr zu erwägen, ob auf diese unangenehmen Nebenwirkungen nicht etwas Rücksicht genommen werden könnte. Im übrigen wird das Wirtschaftsministerium nach Schluß der Verhandlungen dem Landtag selbst ein Memorandum vorlegen.

Nun zum Antrag selbst! Wie das hohe Haus sich zu diesem Antrag stellt, das muß ihm selbst überlassen bleiben. Ob dieser Antrag sofort angenommen, ob er an den Ausschuß überwiesen wird, gleichgültig, das Wirtschaftsministerium wird alles tun, um schon jetzt das zu unternehmen, was getan werden kann, um diese üblen Erscheinungen in der Wirtschaft zu beseitigen.

So sehr wir uns aber alle einig sind in der tiefen Sorge um diese üblen Erscheinungen, so sehr wir uns auch völlig einig sind in der Verurteilung der Kreise — mögen sie aus unserem eigenen Lande stammen oder nicht —, die die gegenwärtige Not zu eigensüchtigen Zwecken ausnützen, so sehr muß ich doch von seiten der Leitung des Wirtschaftsministeriums etwas sagen: Was Sie im Augenblick von uns verlangen, ist außerordentlich viel; es geht, ich möchte fast sagen, über unsere Kräfte. Ich bin versucht, hier ein lateinisches Sprichwort, das wir heute schon von zwei Rednern gehört haben, zum dritten Male anzuwenden: Ultra posse nemo tenetur. Der Art. 152 unserer Verfassung verlangt zwar die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter. Wir haben im Wirtschaftsministerium uns redlich bemüht, dieser Forderung der Verfassung nachzukommen, aber es sind doch Widerstände vorhanden, die nicht ohne weiteres weggeleugnet und übersehen werden dürfen.

Unsere heutige Wirtschaft befindet sich nicht in normalen Zuständen. In einem normalen Zustand kann dieser Art. 152 ohne weiteres erfüllt werden. In den Ausführungen der Diskussionsredner ist heute schon Verschiedenes ganz deutlich zum Ausdruck gekommen, insbesondere ein Hinweis darauf, daß unsere Wirtschaft gegenwärtig keineswegs mit dem Geld ausgestattet ist, das ein reibungsloses Funktionieren des Warenaustauschs gewährleisten würde. Der Herr Abgeordnete Dr. Horlacher hat ganz deutlich und mit allem Nachdruck erklärt: Der Arbeiter muß gegen Geld arbeiten, der Bauer muß gegen Geld liefern. Wir alle wissen es auch: Diejenigen Leute, die tatsächlich nur Geldeinnahmen haben, sind die wirklich Benachteiligten. Das hängt eben damit zusammen, daß unser Geld heute nicht seine volle Funktionsfähigkeit hat. Es ist ja schon genügend bekannt, daß wir einen Überschuß an Kaufkraft haben. Solange dieser Überschuß vorhanden ist, werden wir immer wieder diese Schwierigkeiten haben. Wenden wir in die Geschichte der Wirtschaft zurück! Wir erinnern uns an die Verhältnisse während der Inflationszeit von 1914 bis 1923. Damals hat das Geld auch nicht seine volle Funktionsfähigkeit ausgeübt. Insolgedessen hatten wir auch einen weitgehenden Tauschverkehr. Sie mögen weiter zurückblicken! Wenn Sie sich mit der Wirtschaftsgeschichte beschäftigen, werden Sie die gleichen Beobachtungen in der Kipper- und Wipperzeit machen. Auch dort, wo das Geld dauernd im Wert sank, ein ganz besonderes Hervortreten und ein Immerweiterumsichgreifen der Tauschwirtschaft! Wenn Sie noch weiter in das Mittelalter, in die Zeit der periodischen Münzverrufungen zurückgehen: da war es genau so. Es ist nun einmal ein Gesetz der Wirtschaft, und das können wir nicht ändern. Das sind Gesetze, die genau so unänderlich sind wie Naturgesetze.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Wir werden uns immer wieder sagen müssen, daß die zwangsläufige Entwicklung eines nicht funktionierenden Geld-

(Staatssekretär Dr. Geiger)

des den Rückfall in einen tieferen Wirtschaftszustand, nämlich in einen Zustand der Landwirtschaft herbeiführt.

Wir haben die moderne Geldwirtschaft. Die können Sie nur durchführen, wenn das Geld seine Funktion erfüllt. Ich bin außerordentlich erfreut, daß ich gerade in den letzten Tagen gelesen habe, daß auch die Militärregierung, daß General Clay das vollständig unterstreicht und auch ganz deutlich zum Ausdruck bringt: Eine geordnete Wirtschaft und die Ausschaltung des Schleichhandels sind nur möglich, wenn wir einmal unsere Geldwirtschaft in Ordnung bringen.

(Wimmer: Und deutsche Kreise haben lange nicht daran gewollt, diesen Grundtat anzuerkennen, heute noch!)

— Ich hoffe, daß diese Überzeugung auch in allen Kreisen des deutschen Volkes nun Platz greifen wird.

Wir müssen also das tun, was uns besonders der Abgeordnete Schlögl so deutlich zugerufen hat: Wir müssen die Dinge von Grund auf ändern; sonst ist die Demokratie in Gefahr. Die Zukunft der Demokratie hängt nach meiner Überzeugung wirklich auch davon ab, ob es uns bald gelingen wird, die Sphäre des Geldes wieder in Ordnung zu bringen. Wenn wir diesen ersten Schritt, die Sanierung des Geldes, vornehmen, ist damit keineswegs gesagt, daß die Geldbesitzer oder Besitzer von Bankguthaben letzten Endes etwa schlechter ausgehen als die Realitätenbesitzer. Das hängt dann von der weiteren Entwicklung ab.

(Dr. Sinnert: Jawohl!)

Ich kann mir durchaus vorstellen — und die Pläne liegen auch vor —, daß zunächst einmal das flüssige Geld in einem gewissen Umfang, in einem ausreichenden Umfang — möchte ich sagen — blockiert wird, daß dann in einem zweiten Schritt die Währung als solche und in einem dritten Schritt die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Innerhalb des gesamten Komplexes der Währungsreform müssen die Besitzer von Geld, Banknoten, Guthaben und Realitäten in der gleichen Weise herangezogen werden. Ich habe immer so das Empfinden: Wenn man nicht einmal dieses Grundübel eingehend betrachtet, dann doktern wir eigentlich immer an Symptomen herum und reiben uns selbst auf.

(Dr. Sinnert: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch ein kleines Wort: Ich habe aus der Diskussion so das Empfinden, als wenn sich an den Worten Planung, Lenkung, Verteilung, Bewirtschaftung usw. die Geister scheiden würden. Das ist keineswegs nötig. Ich glaube, daß wir da in diesen Dingen aneinander vorbeireden. In der Verfassung steht, daß die geordnete Herstellung und Verteilung der wirtschaftlichen Güter zur Deckung des notwendigen Bedarfs der Bevölkerung vom Staat überwacht wird; in welchem Umfang, mit welchen Mitteln ist nicht gesagt. Bei dem gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft müssen wir, glaube ich, daran festhalten: Wir brauchen die Planung, wir brauchen die Lenkung, wir brauchen die Verteilung, wir brauchen die Bewirtschaftung. Ohne das kommen wir im jetzigen Zustand nicht aus. Über diese Planung, Lenkung, Verteilung darf nicht zum Selbstzweck werden. Ich möchte das, etwas überspitzt, in der Weise ausdrücken: Wir müssen heute planen, wir müssen lenken, wir müssen verteilen, um so viel zu produzieren, daß wir möglichst bald von dieser Bewirtschaftung loskommen.

Sie können natürlich die Wirtschaft heute mit Strafen, mit Gefängnis, mit Zuchthaus, vielleicht auch mit Todesstrafe, wie es in manchen anderen Ländern vorgeschlagen worden ist, beeinflussen, auf die Dauer werden Sie keinen Erfolg haben. Damit wir uns richtig verstehen: Wir werden natürlich das gemeinsame Ziel im Auge haben. Es sind Übergangserscheinungen, gegen die wir heute kämpfen müssen. Das Ziel aber muß sein, daß wir eines Tages ohne Marken, ohne Bezugschein auskommen,

(Hausleiter: ohne Bürokratie!)

und ohne diese außerordentliche Belastung der Wirtschaft mit Zuteilungssystemen, mit Kontrollbestimmungen, mit einer Anflut von Gesetzen und Anordnungen, von Sitzungen, von einem Beerlauf, von dem wir unbedingt baldigst wegkommen müssen.

Ich würde mir daher sehr wünschen, daß gerade auch der Untersuchungsausschuß von diesem Gesichtspunkt aus das

Problem betrachten und vielleicht auch sich überlegen würde, ob er nicht mit ganz bestimmten Ergebnissen an die Öffentlichkeit herantreten sollte, ob nicht gerade die Untersuchung uns so einen Weg zeigen kann, wie wir — ich möchte fast sagen — aus diesem Irrgarten herauskommen.

Das sind die Gedanken, die ich Ihnen nur kurz zum Ausdruck bringen will. Wir müssen, um es noch deutlich zu sagen, gegenwärtig am Bewirtschaftungssystem festhalten. Für die Zukunft aber müssen wir sehen, daß sich die Wirtschaft selbst lenken, selbst planen kann, innerhalb einer Gesamtrahmenplanung, wie sie in der Verfassung andeutungsweise zu ersehen ist. Im übrigen betone ich noch einmal: Das Wirtschaftsministerium wird in der Zwischenzeit jedes Mittel ergreifen, um zu diesem Ergebnis zu kommen, das uns dann alle befriedigen wird.

(Beifall.)

Präsident: Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich möchte die Herren Regierungsvizevertreter bitten, in Zukunft ihre Erklärung vielleicht schon während der Aussprache abzugeben. Das sage ich aus bestimmten Gründen: Solche Äußerungen des Regierungsvizevertreters können dann auch die nachfolgenden Redner veranlassen, zu der Erklärung Stellung zu nehmen. Ich habe das jetzt als Mangel empfunden.

(Sehr richtig!)

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hier liegt der Antrag Bezold vor — über den muß ich zunächst abstimmen lassen —, den Antrag an den Wirtschaftsausschuß zurückzuüberweisen.

(Stoß: Ich bitte ums Wort.)

— Der Abgeordnete Stoß hat das Wort.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist so bedeutungsvoll und jeder ist sich im klaren darüber, was der Antrag will und verlangt, daß wir diesen Antrag heute, und zwar in namentlicher Abstimmung, verabschieden, damit das Volk draußen sieht, daß sich der Landtag, daß sich die Abgeordneten der Lage bewußt sind, in der wir uns befinden.

(Dr. Sinnert: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Der Abgeordnete Sinnert hat das Wort.

Dr. Sinnert (FDP): Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß hier eine Verwechslung vorliegt. Dem Sinn des Antrags, den der Untersuchungsausschuß gestellt hat, zuzustimmen, dürfte wohl für alle Abgeordneten selbstverständlich sein; was bestritten wird, ist der modus procedendi. Darüber eine namentliche Abstimmung herbeizuführen, heißt in folgedessen Schindluder mit uns treiben. Das müssen wir ablehnen.

Präsident: Ich weise diese letzte Äußerung des Herrn Abgeordneten Dr. Sinnert zurück.

(Dr. Sinnert: Ich bedauere den Ausdruck Schindluder. — (Geisterzeit.)

Das ist eine reine Geschäftsordnungsfrage. Wenn der Antrag auf namentliche Abstimmung von 30 Mitgliedern des Hauses unterstützt wird, ist die Sache erledigt. Da nützen alle Geschäftsordnungsdebatten nichts.

(Dr. Kroll: Zur Geschäftsordnung!)

— Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSL): In meinen Ausführungen hatte ich, wie ich glaube, als erster den Antrag gestellt, diesen Antrag des Untersuchungsausschusses aus grundsätzlichen Erwägungen an den Wirtschaftsausschuß zur Beratung zu überweisen. Der Wirtschaftsausschuß muß zu diesen Dingen Stellung nehmen, und zwar aus rein sachlichen Erwägungen, da die Begründungen nicht in genügender Form durchdacht waren, wie ich im Hinblick auf die Ablehnung der Beschlüsse von Minden nachgewiesen habe.

Präsident: Ich mische mich selbstverständlich als Präsident nicht in die Meinungen des Hauses ein, ob der Antrag an den Wirtschaftsausschuß zurückzuverweisen ist oder nicht, aber ich möchte mich zu der Frage äußern, welche Aufgaben ein Untersuchungsausschuß zu erfüllen hat.

Ich habe die Geschäftsordnung durchstudiert und komme zu der Auffassung, daß jeder Ausschuß eine vom Landtag gewollte Einrichtung ist. Wenn ein Untersuchungsausschuß auf

(Präsident)

seinem Gebiet arbeitet und sich auf dieses Gebiet beschränkt — das muß er ja, er muß sich auf die Dinge beschränken, für die er eingeseht ist — und wenn er nach der Untersuchung zu dem Ergebnis kommt, daß hier gesetzgeberische und sonstige Lücken vorhanden sind, dann hat er die Pflicht, in Konsequenz des Tatsachenmaterials, das ihm vorliegt, entsprechende Anträge zu stellen. Das ist eine Frage, die nach meiner Überzeugung mit dem Untersuchungsergebnis zusammenhängt. Ich habe ja früher schon mehrere Untersuchungsberichte in der Hand gehabt, in denen auch Anträge enthalten waren.

(Dr. Sacherbauer: Zur Geschäftsordnung!)

— Herr Abgeordneter Sacherbauer!

Dr. Sacherbauer (CSU): Meine verehrten Damen und Herren! Diesen Ausführungen muß ich leider widersprechen. Ich werde mir die Begründung vorbehalten, um jetzt die Abstimmung nicht — wollen wir sagen — zu unterbrechen. Nur ganz kurz!

Der Untersuchungsausschuß hat nur Untersuchungen anzustellen und zu berichten. Auf Grund des Berichts ist es dann Angelegenheit des Landtags, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Ich fasse den Antrag nicht als einen Antrag des Untersuchungsausschusses, sondern als einen Antrag von Abgeordneten auf. Ich habe aus diesem Grunde keine Einwendungen gegen die Zulässigkeit erhoben. Aber den allgemeinen Ausführungen des Herrn Präsidenten muß ich widersprechen.

Präsident: Ich habe deswegen auch gesagt, daß das meine persönliche Ansicht ist, Herr Abgeordneter Sacherbauer.

(Weiterkeit.)

Wir stimmen jetzt ab. Wir wollen hier nicht in einen Streit der Meinungen verfallen; das eine läßt sich so gut begründen wie das andere.

(Dr. Sacherbauer: Nein, das eine ist logisch, das andere —!)

(Dr. Dehler: Zur Geschäftsordnung!)

— Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Wir wollen uns das Leben nicht gegenläufig schwer machen und debattieren. Nach den Zeitungsmeldungen wird in den nächsten Tagen die Verordnung über den Warenverkehr von Clay und Robertson kommen. Das bedeutet eine ganz weitgehende Einschränkung. Diese Warenverkehrsordnung wird zum großen Teil aus Strafbestimmungen bestehen, aus dem Recht, Treuhänder einzusetzen für Betriebe usw. usw.

Präsident: Herr Abgeordneter Dehler, mit der Geschäftsordnung hat das nichts mehr zu tun!

Dr. Dehler (FDP): — Doch, doch! Das Wirtschaftsministerium wird in seinen Maßnahmen von dieser Verordnung der Militärregierung abhängen und sich danach richten müssen. Also wird dann der Wirtschaftsausschuß sich erst wieder darüber zusammensetzen und die Dinge bearbeiten müssen. Ob wir also diesen Antrag sofort dem Wirtschaftsausschuß oder dem Wirtschaftsministerium übergeben, der Wirtschaftsausschuß muß sich mit der Sache befassen.

(Stoß: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Stoß hat das Wort.

Stoß (SPD): Meine Damen und Herren! Ich weiß ja, daß Juristen alles wissen. Aber hier handelt es sich um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. Wenn Sie den Antrag des Kollegen Dr. Schögl genau durchgesehen haben, werden Sie gemerkt haben, daß er mit seiner Anregung — will ich einmal sagen — Lücken füllen will, die eventuell in Gesetzen vorhanden sind. Da ruht uns auch der Plan, der jetzt von General Clay und Robertson kommt, nichts, sondern wir müssen das, was der Ausschuß festgestellt hat, bei uns bereinigen — das ist der Zweck des Antrags — und das können wir auch bereinigen.

Ich bitte jetzt den Herrn Präsidenten, abstimmen zu lassen.

Präsident: Um allen Bedürfnissen des Hauses Rechnung zu tragen, stelle ich fest: Der Geschäftsordnungsantrag, die Sache an den Wirtschaftsausschuß zurückzuverweisen, stammt erstens vom Abgeordneten Bezold, zweitens vom Abgeord-

neten Dr. Kroll. Ich lasse über diesen Antrag, weil er Geschäftsordnungsantrag ist, zunächst abstimmen. Dazu wird wahrscheinlich keine namentliche Abstimmung verlangt.

(Zurufe: Nein!)

Wer dafür stimmt, daß der Antrag Dr. Schögl an den Wirtschaftsausschuß zurückverwiesen wird, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich frage nun das hohe Haus, wer die namentliche Abstimmung unterstützt. Die Abgeordneten, die das wollen, mögen sich erheben. — Das sind nach unserer Meinung mehr als 30 Abgeordnete; es findet also namentliche Abstimmung statt.

Den Namensaufruf nimmt die Frau Schriftführerin, Frau Abgeordnete Zehner, vor.

Abzustimmen ist über den Antrag des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die bayerische Staatsregierung zu beauftragen, binnen vier Wochen einen Gesetzentwurf vorzulegen. Dieser Antrag liegt den Damen und Herren vor; ich brauche ihn nicht weiter zu verlesen.

Wer für diesen Antrag ist, stimmt mit Ja, wer dagegen ist, mit Nein, wer beides nicht will, enthält sich der Stimme.

Ich bitte nun, Name für Name laut zu verlesen. Der Namensaufruf beginnt.

(Folgt Namensaufruf.)

Das Alphabet wird wiederholt

Die Abstimmung ist geschlossen; das Ergebnis wird festgestellt.

Ich habe unterdessen folgendes bekanntzugeben: Bei mir haben sich noch die folgenden Abgeordneten entschuldigt, ohne daß sie von der namentlichen Abstimmung etwas gewußt hätten: Trettenbach, Dr. Seidel, Bezold, Gehring, Kühler. Der Herr stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hoegner ist abwesend, weil er zur Militärregierung gerufen wurde. — Wenn beim Landtagspräsidenten noch weitere Entschuldigungen da sind, die ich nicht weiß, so werden sie noch im Protokoll hinzugefügt. — Das Haus ist damit einverstanden.

Bis zur Feststellung des Resultats der Abstimmung fahren wir in der Tagesordnung fort. Ich rufe den folgenden Punkt auf:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Verfassungsfragen zum Antrag der Abgeordneten Weidner und Genossen betreffend Erlass eines Gesetzes zur Änderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 (Beilage 188).

Der Berichterstatter Dr. Huber hat bereits gesprochen. Wir kommen zur Aussprache.

Zum Wort hat sich Herr Abgeordneter Dr. Bühner gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Bühner (CSU): Mitglieder des hohen Hauses, meine Damen und Herren! Die Mitteilungen des Herrn Landwirtschaftsministers heute früh haben das Haus stark beeindruckt, vor allem auch mich, weil ich sehen mußte, daß unsere Ernährungslage und damit auch die Gesundheitslage unseres Volkes immer mißlicher wird. Wenn man heute als Amtsarzt tätig ist, so sieht man die Nahrungsmittelzulagen ins Unendliche, ins Uferlose wachsen. Und warum? Weil der Ernährungszustand eines großen Teils der Bevölkerung so heruntergekommen ist, daß er dem Krankhaften sehr nahe kommt.

Wenn ich jetzt zu einem Punkt spreche, der mit der Gesundheitslage und mit der Erhaltung der Arbeitskraft des Volkes eng zusammenhängt, so möchte ich dabei doch erwähnen: Ich bedauere es tief, daß fast drei Monate dahingegangen sind, bis diese Sache hier dem hohen Hause unterbreitet werden konnte. Man hat sie ein über das andere Mal verschoben; auch jetzt sind wir fast wieder am Ende der heutigen Sitzung angelangt, und endlich wird dieser wichtige Punkt zur Aussprache gebracht. Ich habe die Überzeugung, daß dieser Punkt fast ebenso wichtig ist wie das Problem der Ernährung, der Anfurberung der Wirtschaft und der Entnazifizierung. Nur hat die Allgemeinheit sich diesem Punkt nicht besonders zugewandt. Aus welchen Gründen, weiß ich nicht. Wohl, weil die meisten kein besonderes Interesse an der Erhaltung der Gesundheit und der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Volkes haben. Und doch

(Dr. Bühner (CSU))

ist die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit, möchte ich sagen, noch das einzige Kapital, das wir aus dem Chaos des Nazismus gerettet haben. Denn nur mit unserer Arbeitskraft können wir einmal bezahlen, was wir importieren müssen. Deshalb bedauere ich es, daß nicht schon längst Ordnung geschaffen worden ist, um die Gesundheitsabteilung unseres Ministeriums auf die Höhe zu bringen, auf die sie gehört, um wirklich die Erhaltung der Volksgesundheit zu garantieren. Die amerikanische Militärbehörde war da weitstichtiger als wir. Sie hat schon im Jahre 1945 verlangt, daß eine Arzteordnung geschaffen wird, und zwar ein Ärztegesetz. Wir sprechen ja jetzt nur zu dem Art. 1 dieses Ärztegesetzes, das am 1. Juni 1946 in Kraft getreten ist. In diesem Gesetz heißt es in Art. 1:

Zur Ausübung des ärztlichen Berufes ist in Bayern ohne weiteres befugt, wer in Bayern geboren ist oder sich darin mindestens zehn Jahre lang ständig aufgehalten hat, die deutsche Staatsangehörigkeit und eine deutsche Approbation besitzt und die vorgeschriebene praktische Vorbereitung auf die selbständige Berufsausübung nachweisen kann. Deutsche Staatsangehörige, die nicht in Bayern geboren sind oder sich nicht zehn Jahre darin aufgehalten haben, bedürfen, auch wenn sie eine deutsche Approbation und die vorgeschriebene praktische Vorbereitung nachweisen können, zur Ausübung des ärztlichen Berufes in Bayern einer Niederlassungsgenehmigung der bayerischen Landesärztekammer.

**Präsident:** Herr Abgeordneter, einen Augenblick. Es ist eine Lage eingetreten, die ich dem hohen Hause sofort bekanntgeben muß. Der dazugehörige Antrag der Staatsregierung ist verteilt und dem Hause bekannt. Der Antrag hat die Form eines sogenannten Notgesetzes zur Regelung des Gesundheitswesens. Ich lese ihn vor, damit die Herren Redner ihre Reden auch noch darauf abstellen können:

Notgesetz zur Regelung des Gesundheitswesens.

§ 1

Als Notmaßnahme für die Dauer des gegenwärtigen Notstandes wird das mit der Approbation erworbene Recht auf Ausübung berufsmäßiger ärztlicher, zahnärztlicher und tierärztlicher Tätigkeit bis auf weiteres eingeschränkt. Zur Ausübung berufsmäßiger ärztlicher, zahnärztlicher und tierärztlicher Tätigkeit in selbständiger Praxis ist neben der Approbation und den übrigen gesetzlich vorgeordneten Voraussetzungen eine besondere Genehmigung durch das bayerische Staatsministerium des Innern erforderlich. Diese Niederlassungsgenehmigung wird auf Grund einer Niederlassungsordnung erteilt, die vom Staatsministerium des Innern nach Anhörung der zuständigen Berufskammern erlassen wird.

§ 2

Das Gesetz tritt am 1. Juni 1947 in Kraft.

§ 3

Mit dem Erlass einer allgemeinen neuen gesetzlichen Regelung des Gesundheitswesens, spätestens aber am 31. Dezember 1947, tritt dieses Gesetz außer Kraft.

Das wollte ich dem hohen Hause zur Kenntnis bringen. Die Entscheidung darüber, ob wir das Gesetz gleich verabschieden können, kommt dem hohen Hause selbst zu.

Ich bitte, in der Debatte weiterzufahren.

**Dr. Bühner (CSU):** Meine Damen und Herren! Dieser Art. 1 des bayerischen Ärztegesetzes muß unbedingt mit einem Zusatz versehen werden, um die unhaltbaren Zustände zu beseitigen, die infolge der Nachwirkungen der Kriegsverhältnisse eingetreten sind, und um eine zweckmäßige Verteilung der Ärzte im ganzen Lande herbeizuführen. Es ist unbedingt notwendig, daß vorläufig eine konstruktive Lenkung der Niederlassung aller Ärzte stattfindet und alle Ärzte zur selbständigen Praxis in Bayern einer Niederlassungsgenehmigung der bayerischen Landesärztekammer bedürfen — ich betone, Landesärztekammer, weil das im Gegensatz steht zu dem, was der Regierungsantrag will. Bis zur Behebung der Notlage, in der wir uns befinden, muß zum Art. 1 des Gesetzes ein Zusatz treten: nicht bis zur Durchführung der Überprüfung des Ärztegesetzes, sondern bis zur Behebung des Notstandes, in dem wir uns befinden.

Die Zahnärztekammer wird durch ihren Vertreter, den Zahnärztleiter Herrn Dr. Sinner, einen ähnlichen Antrag einbringen. Der Antrag, den ich gestellt habe, lautet:

Die Niederlassungsgenehmigung wird nach Maßgabe der Niederlassungsordnung erteilt, die von der Landesärztekammer auf Grund des Art. 16 Abs. 2 des bayerischen Ärztegesetzes zu genehmigen ist. Die Landesärztekammer ist berechtigt, die seit dem 1. Dezember 1939

— es heißt nicht: die erteilten Genehmigungen, meine Herren, sondern —

bestätigten Niederlassungen daraufhin nachzuprüfen, ob sie den Voraussetzungen der Niederlassungsordnung entsprechen, und sie gegebenenfalls zu ändern oder aufzuheben.

Meine Herren! Die gesetzliche Verankerung dieses Zusatzantrages muß unbedingt herbeigeführt werden, damit endlich einmal diese wilden Niederlassungen aufhören.

(Sehr richtig!)

Ich möchte etwas weiter ausholen, weil mir von gewissen Seiten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Es wird gesagt, die Militärregierung werde nicht damit einverstanden sein, daß die Ärztekammer eine gewisse Selbständigkeit hat und staatliche Funktionen ausübt, wie es die Genehmigung der Niederlassungen ist. Da muß ich doch zur Geschichte des bayerischen Ärztegesetzes folgendes sagen: Das bayerische Ärztegesetz wurde auf dringende Anordnung der amerikanischen Militärregierung an Stelle der nationalsozialistischen Reichsordnung erlassen. Das Gesetz lehnt sich, den amerikanischen Wünschen entsprechend, weitgehend an das alte bayerische Ärztegesetz an. Der zur Erörterung stehende § 1 des neuen bayerischen Ärztegesetzes verdankt gleichfalls seine Entstehung amerikanischen Anordnungen. Die amerikanische Militärregierung wünschte, daß Maßnahmen getroffen werden sollten, um eine Überflutung Bayerns durch nicht bayerische Ärzte zu verhindern. Das war damals die Absicht, die die amerikanische Militärbehörde vertrat. Es handelte sich um Leute, die nicht als Flüchtlinge nach Bayern hereinkamen, sondern vornehmlich freiwillig aus rein persönlichen Gründen, vor allem aus der russischen Besatzungszone — was man ja vielleicht noch leichter verstehen kann —, aber auch aus der britischen und französischen Besatzungszone das angebliche Paradies Bayern aufsuchten, um sich hier niederzulassen. Da sich darunter Personen unbekanntem Vorlebens und unbekannter politischer Belastung befanden, verlangte die amerikanische Militärregierung eine ganz besondere Überprüfung der nichtbayerischen Ärzte vor ihrer Niederlassung. Die bayerischen Gesundheitsämter, die seinerzeit nicht hinreichend mit fachlich geschulten Amtsärzten besetzt waren, konnten diese Überprüfung nicht vornehmen, deshalb wurde sie damals der Landesärztekammer zudiktiert. Ich darf dazu folgendes bemerken: Auch jetzt ist noch nicht alles bei den staatlichen Gesundheitsämtern in Ordnung; denn es sind noch 14 Stellen unbesetzt, 29 Stellen sind mit Flüchtlingsärzten, 21 mit norddeutschen und 78 mit bayerischen Ärzten besetzt. Sämtliche 128 Ärzte sind vom Sonderministerium und der Militärregierung überprüft worden. 122 sind kommissarisch angestellt — wie auch ich es bis zum 1. Mai war. 31 Ärzte — meine Herren, ich möchte einmal bitten, da zuzuhören! — 31 Ärzte sind ehemalige Militärärzte, darunter 7 Oberärzte,

(Hört!)

alle anderen in niedrigerem Rang. Keiner dieser Ärzte ist vom Gesetz als Militärarzt betroffen! Ich muß sagen, ich bin darüber erstaunt, daß keiner dieser Ärzte Militärarzt war. Ich kenne eine „kv“-Maschine — ich will den Namen nicht nennen —, die während des Krieges als solche berichtigt war. Ich habe diesen Herrn nur dem Namen nach gekannt und lernte ihn erst später als Amtsarzt in gehobener Stellung kennen. Mit welchem Maßstab da gemessen wird, kann ich nicht verstehen. Inwiefern unter den Amtsärzten ehemalige Nationalsozialisten sind, geht aus den Akten des Amtsärztereferats nicht hervor; die Personalakten der Amtsärzte liegen ja bei den Regierungen. Meine Herren, Mitglieder des hohen Hauses! Ich muß gerade hier etwas sagen, weil mir bei meiner letzten Rede in diesem Hause gerade von den Kollegen der linken Seite der Vorwurf gemacht wurde: Ihr Ärzte bekommt die Farbe Braun, weil ihr ja alle bei der Partei wart. — Ich habe jetzt gewisse Unterlagen. Aus ihnen geht hervor, daß in München und

(Dr. Bühner [CSU])

München-Land zur Zeit 2200 Ärzte tätig sind. Von diesen waren keine 98 Prozent, wie mir damals vorgeworfen wurde, sondern nur 54 Prozent bei der Partei oder einer ihrer Gliederungen. Ich habe damals erklärt, daß ich versuchen werde, möglichst bald darüber Auskunft zu geben, wieviel Prozent der Ärzte bei der Partei waren. Ich habe damals auch erklärt: Bei uns werden wohl nicht mehr bei der Partei gewesen sein als in anderen Stellen.

(Zielfich: Der Rest sind Militärärzte; die durften nicht bei der Partei sein!)

— Daran stoße auch ich mich. Ich habe diese Statistik erst heute früh in die Hand bekommen. Ich möchte da bitten, daß vom Sonderministerium aus etwas nachgeschaut wird. Wenn ich mich auch sonst nicht als Denunziant fühle und fühlen kann, hier möchte ich doch bitten, etwas gründlicher nachzusehen.

Ich könnte mich noch weiter auf diese Statistik einlassen, die mir heute früh in die Hand gedrückt worden ist, aber ich möchte Sie mit solchen Dingen nicht weiter belästigen. Ich muß ja sowieso ziemlich weit ausholen, weil vielfach nicht allein für die Belange der Ärzte, sondern auch für die, die durch die Ärzte betreut werden, kein Verständnis vorhanden ist. Ich habe es nie verstehen können und es vorhin deutlich gesagt. Ich möchte den ganzen Zustand, in dem wir uns befinden, als verschleppte Dauerlage bezeichnen, wie wir Ärzte sagen. Wenn man eine solche Lage so lange behandeln würde wie jetzt diese Sache, dann würden Frau und Kind schon längst gestorben sein. Ich hoffe, daß dieses Kind nun endlich geboren wird, und zwar so, daß es lebensfähig wird; denn so können die Dinge nicht mehr weitergehen.

Es waren also vornehmlich Weisungen der amerikanischen Militärregierung, die die Fassung des §. 1 des Ärztegesetzes bestimmten. Bei seiner Festlegung im Mai 1945 war die Flüchtlingsfrage nicht so akut wie später. Ich sage das deswegen, weil von gewissen Seiten immer losgedonnert wird: Den Flüchtlingsärzten wird nicht Rechnung getragen. Ich möchte außerdem bemerken, daß ich an und für sich keine Flüchtlingsärzte mehr kenne, höchstens bayerische Neubürgerärzte; denn alle, die Flüchtlinge waren, gleichgültig woher sie kommen, sind durch das Flüchtlingsgesetz den eingeborenen Bayern gleichgestellt worden, somit auch die Flüchtlings- oder bayerischen Neubürgerärzte. Es gibt da keinen Unterschied mehr und soll künftighin keinen mehr geben. Ich würde das Wort Flüchtlingsärzte am liebsten überhaupt nicht mehr hören.

Es ist selbstverständlich, daß sich bei der Unterbringung der vielen Ärzte, die nach Bayern hereinströmten, gewisse Schwierigkeiten ergeben mußten. Ich sehe mich deshalb gezwungen, etwas näher darauf einzugehen, was sich eigentlich in Bayern alles niedergelassen hat. Verzeihen Sie, wenn ich Sie mit einigen wichtigen Zahlen belästige:

Bayern hatte

1933	7 768 584 Einwohner und 5 379 Ärzte
1939 kurz vor dem Kriege	6 903 721 Einwohner und 4 872 Ärzte
1945/46	7 996 617 Einwohner und 10 337 Ärzte
Mitte April 1947 etwa	9 100 000 Einwohner und 11 127 Ärzte

Wie war es 1939 in Deutschland bestellt? Sie werden sehen, daß da ein Ausgleich stattgefunden hatte. Damals traf ein Arzt in

Preußen	auf 1485 Einwohner
Bayern	auf 1417 Einwohner
Sachsen	auf 1419 Einwohner
Württemberg	auf 1471 Einwohner
Schlesien	auf 1889 Einwohner
Sudetenland	auf 2000 Einwohner

Das Sudetenland wird uns dann noch mehr oder weniger interessieren. Sie sehen also, daß eine fast konstante Zahl herauskommt mit durchschnittlich 1400 bis 1480 Einwohnern auf einen Arzt.

Wie liegen die Dinge heute in Bayern? Auch da muß ich einige Zahlen anführen, und zwar möchte ich das nach Regierungsbezirken aufteilen, damit man auch sieht, wie die Verteilung der Ärzte in den einzelnen Regierungsbezirken oder — wie wir Älteren zu sagen gewohnt sind — in den einzelnen Kreisen ist.

In Oberbayern befinden sich 3865 Ärzte. Davon sind in Bayern 2066 geboren. Aus den früheren deutschen Ländern stammen 1363. Flüchtlingsärzte sind 436. Der Bevölkerungszuwachs beträgt 13,2 Prozent, der Zuwachs an Ärzten 46,4 Prozent. Es trifft schon auf 543 Einwohner ein Arzt.

In Niederbayern befinden sich 875 Ärzte; davon sind 408 in Bayern geboren, 271 stammen aus dem früheren Deutschen Reich. Flüchtlingsärzte sind es nur 196. Der Bevölkerungszuwachs beträgt 26,1 Prozent, der Ärztezuwachs 53,1 Prozent. Trotzdem trifft dort erst auf 1226 Einwohner ein Arzt.

In der Oberpfalz haben wir 753 Ärzte, davon sind 372 in Bayern geboren. Aus dem Reich stammen 237. Flüchtlingsärzte sind es 144. Die Zunahme der Bevölkerung beträgt 21,7 Prozent, die der Ärzte über 50 Prozent.

In Mittelfranken befinden sich 1551 Ärzte, von denen 967 in Bayern geboren sind. 421 sind aus dem Reich, Flüchtlingsärzte sind es 163. Die Zunahme der Bevölkerung beträgt 10,1 Prozent, die der Ärzte 37,7 Prozent, also fast über das Dreifache. Auf 705 Einwohner trifft ein Arzt.

In Unterfranken sind es 1110 Ärzte, darunter 563 Bayern. 435 sind aus dem Reich. Nur 37 sind Flüchtlingsärzte. Die Zunahme der Bevölkerung beträgt 12,9 Prozent, die der Ärzte dagegen fast das Vierfache, nämlich 47 Prozent. Auf 759 Einwohner trifft ein Arzt.

In Oberfranken haben wir 996 Ärzte, davon sind 479 aus Bayern und ebenso viele aus dem Reich. 133 sind Flüchtlingsärzte. Die Zunahme der Bevölkerung beträgt 23,8 Prozent, die der Ärzte 51,9 Prozent.

Das sind ganz erstaunliche Zahlen, wenn man sie so überblickt und überprüft. Was ergibt sich nun daraus? Als wirkliche Flüchtlingsärzte haben wir nur 1300 bis 1500 Ärzte. Alle anderen kommen aus den anderen Zonen. Der Bevölkerungszuwachs beträgt nur 16,4 Prozent, dagegen der Zuwachs an Ärzten 46,9 Prozent, also fast das Dreifache des Zuwachses der sonstigen Bevölkerung. Es kommen deshalb in Bayern auf einen Arzt nur noch 773 Einwohner. Vergleichen wir die Nachbarländer Württemberg und Hessen, so trifft dort erst auf 1500 bis 1600 Einwohner ein Arzt.

Dazu möchte ich sagen, daß es Württemberg, Baden und auch Hessen verstanden haben, sich von Ärzten frei zu halten, die keine Flüchtlingsärzte sind, die sich also mehr oder weniger freiwillig evakuiert haben. Nach einer Auskunft, die ich amtlich aus Stuttgart bekommen habe, sollen dort drüben nur 196 Ärzte zugezogen sein, die bisher nicht dort waren. — Wir haben mehr als das Zwanzigfache hier!

(Dr. Gundhammer: Die Bayern sind nicht hinaufgegangen!)

— Ich komme noch darauf zurück! Ich habe später auch noch verschiedene andere Dinge zu kreieren, die von ganz großer Bedeutung sind. Ich bitte aber das hohe Haus, auch jetzt mit Ruhe zuzuhören, denn es sind Dinge, die einmal hier besprochen werden müssen und die immer wieder hinausgeschoben worden sind. Ich bedauere, daß das Haus so viele leere Stühle zeigt und daß auch meine Fraktion sehr schwach vertreten ist.

(Stoß: Wir sind ja nicht mehr abstimmungsfähig!)

Ich rede nicht zum Fenster hinaus — das wissen die Herren aus Fraktionsitzungen. Wenn ich spreche, muß es Hand und Fuß haben. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, diese Statistik aufzustellen, um sie vor leeren Bänken vorzutragen. Deshalb möchte ich das hohe Haus bitten, anwesend zu sein.

Die wenigen Zahlen zeigen uns erstens, daß Bayern am meisten mit Ärzten besetzt ist, deren Volksgenossen sich anderswo befinden, zweitens, daß die Zahl der zugewanderten Ärzte zweieinhalb- bis dreimal höher ist als die der zugewanderten Bevölkerung, drittens, daß die Zahl der unter Artikel 1 des bayerischen Ärztegesetzes fallenden Ärzte zur Zeit etwas mehr als die Hälfte aller in Bayern anfassigen Ärzte beträgt.

Ich muß schon sagen, daß eine ganz große Überforderung stattgefunden hat. Man hat mich zwar schon so hingestellt, als ob ich ein sehr weiß-blau angezogener Bayer, man kann auch sagen, ein Bajuware sei. Das bin ich aber gar nicht; ich bin ein Franke. Wir Franken gehen droben vom Rheinland herunter bis in die entlegensten Winkel der Rhön hinauf. — Über was Recht ist, muß Recht

(Dr. Bühner [CSU])

bleiben oder soll Recht werden. Auf diesem Standpunkt stehe ich.

Dazu muß ich noch sagen: Wir sehen, daß die Zahl der wirklichen Flüchtlingsärzte nicht so sehr ins Gewicht fällt gegenüber der Zahl derjenigen, die freiwillig nach Bayern hereinstromten oder hier hängengeblieben sind, weil, wie man sagt, hier demobilisiert wurde.

(Wimmer: Und weiße Fragebogen haben!)

— Auch darauf komme ich noch zurück. Ich muß heute lange reden! — Zu all dem tritt nun die Verteilung der Ärzte, die auch innerhalb Bayerns ganz ungleichmäßig und un-zweckmäßig ist. In den Gegenden, in denen nichts für das Postmonnaie zu holen ist, muß ich leider als Gebirgsarzt feststellen, strömen die Ärzte nicht zusammen, höchstens noch in der schönen Gegend des Alpenlandes. Aber es hat noch keiner danach verlangt, im Fichtelgebirge oder im bayerischen Jura, im Bayerischen Wald oder im Spessart oder in der Rhön sich niederzulassen.

Da die Durchschnittszahl von nur noch 753 Einwohnern auf einen Arzt nicht die Gewähr dafür bietet, das Existenzminimum eines Arztes zu gewährleisten, werden sich alle finanziellen und moralischen Folgen dieses Zustandes bei der Ärzteschaft, beim ganzen Volk und — hier muß ich Herrn Bessel besonders ansprechen — bei der Sozialversicherung bemerkbar machen. Darüber wollen wir uns klar sein. Ich bin nicht bloß Arzt, sondern ich bin ein Mann des Volkes, der aus dem Volke hervorgegangen ist und der mit der Not und dem Elend des Volkes, vor allem mit der jetzigen Not des Volkes fühlt.

Ich bin der Überzeugung, daß mit den eben genannten Zahlen eigentlich noch gar nicht alle Ärzte erfasst worden sind, die in Bayern wohnen. Eine ganze Reihe von Ärzten hat sich nämlich bis jetzt, teilweise aus politischen Gründen, noch nicht als Arzt zu erkennen gegeben.

(Zuruf: SS-Ärzte!)

— Ganz recht! Ich kenne selbst einige, die bei der SS waren und noch nicht gewagt haben, sich polizeilich zu melden. Deshalb hat die Landesärztekammer auf mein Verlangen hin allen ärztlichen Bezirksvereinen geschrieben, sie möchten sämtliche in ihrem Bezirk wohnenden Ärzte nach dem Stand vom April 1947 melden, um endlich einmal eine genaue Statistik zu bekommen.

Daraus ergibt sich, daß die damaligen Bedenken der Militärregierung vollaus berechtigt waren, ja, daß die schlimmsten Befürchtungen, die man damals hatte, noch bei weitem übertroffen worden sind. Ich habe deshalb die Überzeugung, daß die Militärregierung einer Gesetzesänderung niemals ihre Zustimmung geben wird, die bestimmt geeignet ist, jene konstruktive Lenkung in die Niederlassungsweisen zu vereiteln und die letzten Chancen für die wirklichen Flüchtlingsärzte zu vernichten. Bis jetzt konnten nach der Statistik 37 Prozent der echten Flüchtlingsärzte untergebracht werden. Wenn mein Antrag durchgeht, übernehme ich die Garantie, auch wenn ich keine Stelle im Gesundheitsabschnitt innehabe, daß in kürzester Zeit alle Neubürgerärzte untergebracht sind.

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Änderungen des Gesetzes haben aber nur dann einen Wert, wenn sie gleichzeitig verbunden sind mit einer neuen, schon längst fertiggestellten und bisher versäumten Niederlassungsordnung. Diese Niederlassungsordnung ist von uns auf mein Betreiben fix und fertig gemacht worden und steht im Einklang mit der Niederlassungsordnung in Württemberg-Baden und Hessen. Sie muß nur noch vom Innenministerium genehmigt werden. Ich weiß bis jetzt noch nicht — ich habe die Frage versäumt —, ob sie dem Innenministerium bereits zur Genehmigung vorliegt? — Das Ministerium rührt sich nicht!

Von seiten der Staatsregierung werden nun dagegen insofern Einwendungen gemacht, daß die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit als solche verfassungswidrig sein würde, denn in Artikel 109 unserer Verfassung, den ich Ihnen vielleicht doch vorlesen möchte, steht folgendes:

Alle Bewohner Bayerns genießen volle Freizügigkeit. Sie haben das Recht, sich an jedem beliebigen Ort auf-

zuhalten oder niederzulassen, Grundstücke zu erwerben und jeden Erwerbszweig zu betreiben.

Dieser Artikel kommt ja gar nicht in Frage, weil der ärztliche Beruf seiner Natur nach überhaupt kein Erwerbszweig ist und kein Gewerbe. Er ist Diener an der Gesundheit des einzelnen Menschen und des ganzen Volkes, wie ich schon gesagt habe. Der ärztliche Beruf ist eben kein Gewerbe, sondern die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Das ist im Art. 4 Abs. 1 des bayerischen Ärztegesetzes ganz klar und deutlich ausgesprochen. Auch nach Artikel 98 der Verfassung sind solche Einschränkungen durch Gesetz zulässig, wenn es die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt verlangen. Es heißt hier ausdrücklich: „Gesundheit und Wohlfahrt lassen eine Einschränkung der Freizügigkeit zu.“ Auch Art. 101 der Verfassung steht mit dieser Niederlassungsregelung nicht in Widerspruch, weil er ja „die Freiheit, alles zu tun, was anderen nicht schadet“ von vornherein nur innerhalb der Schranken der Gesetze und der guten Sitten zuläßt.

Es sind so viele Einwendungen von dieser und jener Seite, aus Regierungskreisen und Nichtregierungskreisen gemacht worden: Art. 1 des Ärztegesetzes, der Zusatzantrag und vor allem die Niederlassungs- und Zulassungsordnung der Ärzte seien verfassungswidrig, daß ich auch auf diese Dinge näher eingehen muß.

Der Hauptgrund, der gegen die Zulassung durch die Ärztekammer angeführt wird, ist Art. 179 der Verfassung, der folgendermaßen lautet:

Die in dieser Verfassung bezeichneten sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Körperschaften, Selbstverwaltungsgorgane der Wirtschaft und Organisationen der Erzeuger, Verteiler und Verbraucher sind

— es sind dann verschiedene Paragraphen erwähnt —

keine öffentlichen Behörden und dürfen keine staatlichen Machtbefugnisse ausüben. Zwangsmitgliedschaft bei ihnen ist ausgeschlossen.

Auch dieser Artikel kommt für uns, wie gesagt, gar nicht in Betracht. Ich habe ja schon erwähnt, daß die Ärzteorganisation in der Landesärztekammer in keiner Weise damit gemeint sein kann; denn sie gehört nicht zu diesen genannten Körperschaften. Ich werde dann noch etwas weiter darauf eingehen. Ganz besonders wird erwähnt, daß bezüglich der neuen Verordnung der amerikanischen Militärbehörden vom 19. März behauptet wird, daß gerade durch diese das Ärztegesetz vollständig in Fall gebracht werden würde, denn mit dessen Bestimmungen könnten sich die amerikanischen Militärbehörden absolut nicht einverstanden erklären.

Ich habe mir die Dinge sehr genau angesehen und muß folgendes feststellen: Die Militärregierung von Bayern hat mit Schreiben vom 8. April 1947 an den Herrn Ministerpräsidenten (veröffentlicht unter dem 22. April 1947 im „Bayerischen Staatsanzeiger“ Nr. 18) für private Wirtschaftsorganisationen bestimmte Grundsätze aufgestellt. Wie ich schon sagte, behaupten gewisse Kreise, daß die bestehende ärztliche Berufsvertretung mit diesen Grundsätzen nicht vereinbar sei und deshalb aufgehoben oder abgeändert werden müßte.

Wichtig ist, daß die ärztliche Berufsvertretung nach dem bayerischen Ärztegesetz mit den Grundsätzen insofern im Widerspruch zu stehen scheint, als die ärztlichen Bezirksvereine und die Landesärztekammer Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind — ich möchte gerade die Herren vom Ministerium bitten, sich meine Beweisführung vielleicht besonders anzuhören —, auf Pflichtmitgliedschaft beruhen und an der Wahrnehmung hoheitlicher Funktionen teilnehmen, indem sie die öffentliche Gesundheitspflege und die Berufsausübung kontrollieren und auch beschränken und vor allem auch die Niederlassung regeln. Dieser scheinbare Widerspruch bedingt aber deshalb keine Abänderung des bayerischen Ärztegesetzes und der darauf beruhenden Organisationen, also der Kreisärztekammern und der ärztlichen Bezirksvereine.

Die von der Militärregierung aufgestellten Grundsätze für Wirtschafts- und Berufsvereinigungen beziehen sich bei Überschritt wie dem Inhalt nach auf private Wirtschaftsorganisationen, das heißt auf Vereinigungen gemerbetreibender Einzelpersonen oder Unternehmen zur Förderung wirtschaftlicher Interessen — nicht aber auf die Vereinigung „nichtgewerblicher Berufe zur Förderung nichtwirtschaft-

(Dr. Bühner [CSU])

licher Zwecke". Gewerbliche Berufe sind Berufe, die die Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse der Bevölkerung zum Ziele haben — nicht aber die sogenannten höheren oder freien Berufe, wie die Berufe der Künstler, der Schriftsteller, der Erzieher, der Rechtsanwälte und dann auch schließlich der Ärzte. Der ärztliche Beruf bezweckt ja nur die Erhaltung der Gesundheit des Menschen oder die Bekämpfung aufgetretener Krankheiten und die Wiederherstellung des Gesundheitszustandes. Deshalb werden auch ganz besondere Fachkenntnisse gefordert, die der Durchschnittsmensch nicht besitzt. Die Heilkunde ist aber ein Gebiet, auf dem es leider Gottes auch gewisse Elemente versuchen, sich zu betätigen und sich zu bereichern, Elemente, die keine Ärzte und auch keine Heilpraktiker, sondern Schwindler sind.

(Zuruf: Kurpfuscher!)

— Ich komme noch darauf zurück! Man kommt deshalb auf diesem Gebiet mit dem für das Wirtschaftsleben geltenden Prinzip des freien Spiels der Kräfte nicht durch, was auch der Staat in der Reichsgewerbeordnung insofern anerkannt hat, als er in § 6 die Ausübung der Heilkunde im allgemeinen von den gewerblichen Bestimmungen ausnimmt und in § 29 der Reichsgewerbeordnung für die Ärzte eine bestimmte Ausbildung und Approbation verlangt.

Der ärztliche Beruf ist, wenn er dem Arzt auch die Mittel zum Unterhalt verschaffen muß, kein Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung, sondern, wie das bayerische Ärztegesetz in Art. 4 sagt, die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe. Die ärztliche Berufsvertretung fällt also schon aus diesem Grunde nicht unter die für die gewerblichen Berufsvereinigungen von der Militärregierung aufgestellten Grundsätze. Das möchte ich ausdrücklich betont haben.

Es kommt weiter in Betracht, daß sie als Hauptaufgabe nicht wirtschaftliche, sondern ideelle und soziale Zwecke verfolgt, also auch von diesem Gesichtspunkt aus nicht als Wirtschaftsorganisation angesehen werden kann. Die Militärregierung selbst scheint der Auffassung zu sein, daß die ärztliche Berufsvertretung nach dem bayerischen Ärztegesetz nicht mit den von ihr vertretenen Grundsätzen für Wirtschaftsorganisationen in Widerspruch steht. Nach ihrem Schreiben vom 8. April 1947 fellen die darin veröffentlichten Grundsätze für die Wirtschafts- und Berufsvereinigungen nur eine Zusammenfassung oder eine Wiederholung der bis dahin verfolgten Politik dar. Diese Grundsätze wurden von der Militärregierung bereits im Mai 1946 angewandt. Sie hat deshalb auch das bayerische Ärztegesetz, das ja am 1. Juni 1946 in Kraft trat, bestätigt.

Ich betone noch einmal, es würde niemand verstehen können, wenn jetzt die amerikanischen Militärbehörden etwas anderes verlangen sollten als das, was sie am 1. Juni 1946 gutgeheißen haben.

Ich muß mich nun zu dem neuen Antrag wenden, der von der Regierung gestellt worden ist, daß nämlich das Innenministerium mit dem Zusatzantrag, wie ich ihn eingebracht habe, wohl einverstanden wäre, wenn die Zulassung nicht der Ärztekammer, sondern dem Innenministerium übertragen würde.

Damit aber wäre der Eckpfeiler der Selbstverwaltung aus der Ärztekammer herausgebrochen, und diese würde zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Genau so, wie die Ärztekammer die Niederlassung regeln muß, wie sie die Aufsicht führen muß über die Ärzte, genau so muß sie auch das Recht haben, Strafmaßnahmen eventuell über Ärzte zu verhängen, wenn sie sich nicht so aufführen, wie es dem deutschen Ärzte geziemt.

Ich möchte noch etwas anderes anführen und bitte die Vertreter des hohen Ministeriums, es mir nicht übelnehmen zu wollen. Diese Auffassung des Ministeriums hat mich etwas stutzig gemacht; denn es hieß zu guter Letzt auf einmal: Eure Ärztekammer, eure Ärzteorganisationen müssen fallen, weil die Militärregierung sie ja nicht haben will. Ich möchte aber doch auf das hinweisen, was das bayerische Justizministerium dazu sagt: Es steht nämlich auf demselben Standpunkt wie ich und behauptet, daß diese Organisationen ganz in Ordnung seien. Es wendet sich nur besonders gegen eine zwangsweise Zuweisung einzelner Ärzte an bestimmte Orte, da dies mit dem Art. 109 der bayerischen Verfassung unvereinbar sei. Dazu werde ich vielleicht erst dann Stellung

nehmen, wenn ich auf die Niederlassungsordnung zu sprechen komme. Es ist mir heute allerdings zugetragen worden, daß das bayerische Justizministerium seit drei Tagen auf einmal einen anderen Standpunkt einnehmen soll. Diesen Standpunkt kenne ich nicht; der Standpunkt des bayerischen Justizministeriums vom 4. Februar 1947 war jedenfalls der, daß die ärztlichen Bezirksvereine, Kreisverbände und Ärztekammern — Art. 6 bis 17 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 — nicht auf vertragsmäßigem Zusammenschluß von Ärzten beruhen, sondern trotz der Bezeichnung Bezirksvereine sind. Ich möchte das Wort „Vereine“ unterstreichen: sie sind also landesaufsichtliche öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörper. So wurde vom Justizministerium unterm 4. Februar 1947 entschieden. Die Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 170 der bayerischen Verfassung, die die Freiheit des vertragsmäßigen Zusammenschlusses garantiert, steht daher der im bayerischen Ärztegesetz getroffenen Regelung nicht entgegen.

Ich betone in diesem Zusammenhang ganz besonders, daß, soviel bekannt wurde, auch bei Geltung des mit Art. 170 der bayerischen Verfassung wörtlich übereinstimmenden Art. 159 der Weimarer Verfassung z. B. nie das Problem der Unvereinbarkeit des Zwangszusammenschlusses der Rechtsanwälte in den Anwaltskammern mit der Reichsverfassung aufgeworfen wurde. Sie sehen also, meine Herren, daß das bayerische Justizministerium den gleichen Standpunkt einnimmt, auf dem ich als Vertreter der Ärzte stehe.

Ich komme nun auf die Ausführungen zurück, die ich zunächst einmal an das Innenministerium richten möchte. Ich bin ein Rhöner Bua und kenne draußen Wald und Flur; uns hat es schon als kleinen Jungen Spaß gemacht, jenen Platz aufzusuchen, wo ein Echo zu hören war. Wie man da hineingerufen hat, so hat es widergeschallt. Bei diesem Kampf um Ärztegesetz, Niederlassungsordnung und Zulassungsfrage kommt es mir nun auch so vor, als ob es so, wie man in den Wald hineinruft, auch aus ihm wieder herauschallt. Ich habe das Gefühl, als ob man die Sache mit der Besatzungsbehörde nur so hinstellen würde, um endlich zu erreichen, was man gerne will. Ich habe in meiner Rede schon einmal darauf hingewiesen, daß ich es sehr ungerne sehe, wenn man deutsche Angelegenheiten, die nicht der Besatzungsbehörde zur Entscheidung zu übergeben sind, doch hintenherum durch die Besatzungsbehörde durchführen will.

(Sehr richtig!)

Das ist tief bedauerlich und zeigt erst, wie tief das deutsche und damit auch das bayerische Volk gesunken ist.

(Dr. Sinnert: Sie werden aber wissen, daß das in dem Fall keine Bayern waren!)

— Ja, ich weiß noch mehr.

Auf das Denunziantentum mag ich aus gewissen Gründen, wie ich es gerne wollte, nicht eingehen. Mir ist in letzter Zeit soviel Dreck zugetragen worden, daß es mich manchmal graust; man möchte den ganzen Posten weg-schmeißen und sagen: Ich höre auf, am Aufbau mitzuarbeiten, denn das ist kein Aufbau mehr.

(Vorik: Ausgezeichnet; so etwas denke ich auch mitunter!)

Es besteht deshalb auch ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Ministerten, vor allem gegenüber dem Innenministerium und dem Arbeitsministerium. Ich weiß nicht, ob der Herr Dr. Schiekel da ist; ihn möchte ich ganz besonders mit Namen genannt haben. Dieses Mißtrauen kommt nicht von ungefähr. Ich wage keine Behauptung, die ich nicht begründen kann; nicht wahr, Herr Innenminister?

(Staatsminister Seifried: Schießen Sie nur!)

— Jawohl, ich schieße!

Ich muß nun doch noch einmal auf das sogenannte Gesetz Nr. 66 zurückgreifen. Es ist eine alte Angelegenheit; aber immer wieder wird sie neu aufgewärmt, und auch ich muß sie aufwärmen, weil diese ganze Frage hier noch einmal zur Sprache gebracht werden muß. Ich werde frei und offen reden, wie ich es auch während der Nazizeit gewohnt war; nur habe ich damals in der Öffentlichkeit meinen Mund nicht so weit aufgemacht. Sonst würde ich heute nicht mehr da sein. Am 19. Februar dieses Jahres wurde doch durch Beschluß des Landtags bestimmt, daß diese Verordnung Nr. 66 durch eine Zulassungsordnung nach den Grundsätzen vom 30. Dezember 1931 abgelöst werden solle. Die notwendigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Ber-

(Dr. Bühner [CSU])

händen und den Versicherungsträgern sollten im Arbeitsministerium sofort beginnen. Nun hat mir heute der Vertreter des Arbeitsministeriums, unser lieber Freund Staatssekretär Dr. Krehle, mitgeteilt, daß er gestern deswegen die erste Besprechung mit den Vertretern der Ärzteschaft gehabt hat. Der Herr Ministerialrat Dr. Schiedel ist gemahnt worden, was denn in dieser Sache geschehe. Was hat er getan? Bis jetzt gar nichts. Nur eines hat er gemacht, nämlich den Oberversicherungsämtern mitgeteilt, die Rechnungen und Rezepte der Ärzte, die bis jetzt noch keine Zulassungsnummer haben, müßten von seiten der Oberversicherungsämter bezahlt werden.

(Hört! Hört!)

Was hat er aber mit dem getan, worauf es uns hauptsächlich ankam? Er hat den Oberversicherungsämtern die Zulassungsgenehmigung nicht verboten, sondern die Oberversicherungsämter lassen nach ihrem Gutdünken zu. Denn es ist ihnen gar nicht möglich, zu beurteilen, welcher Arzt zur Kassenpraxis zugelassen werden kann und welcher nicht. Es geht ruhig so weiter.

(Hört, hört! — Dr. Binnert: Wir haben hier Landtags-sitzung!)

Sie sehen also, wie man vorgehen kann, um seinen Zweck letzten Endes doch zu erreichen, und wie man auch den Willen des hohen Hauses zu sabotieren versteht. Das wollen Sie sich gefallen lassen, Mitglieder des hohen Hauses? Wollen Sie zusehen, daß ein Regierungsmitglied es wagt, einfach den Willen des hohen Hauses zu sabotieren, indem es sagt: Wurscht ist Wurscht? Was der Landtag beschließt, geht mich gar nichts an! Ich möchte die Mitglieder des hohen Hauses bitten, darauf zu sehen, daß ihre Beschlüsse gemahnt werden. Dafür sind wir ja da; andernfalls packen wir zusammen und gehen nach Hause, wie ich vorhin schon gesagt habe. So etwas ist ja ganz traurig.

Nun hören Sie einmal, was sich im Länderrat bezüglich dieser sogenannten Verordnung Nr. 66 abgespielt hat. In Stuttgart hat in der Sitzung des Unterausschusses für Sozialversicherung vom 8. März 1947 der Vertreter des bayerischen Arbeitsministeriums eine Erklärung abgegeben, die ich Ihnen aus dem Protokoll wörtlich vorlesen will, um mich keiner Urkundenfälschung schuldig zu machen. Er hat da erklärt, er sei vom Bayerischen Landtag verpflichtet worden, eine neue Zulassungsordnung auszuarbeiten. Mitglieder des hohen Hauses, ich frage euch: Ist euch etwas davon bekannt? Ich glaube noch keine Sitzung des Landtags verfaßt zu haben, aber von dieser Verpflichtung des Herrn Ministerialrats Dr. Schiedel ist mir nichts bekannt geworden. Wenn einer der Herrn davon etwas weiß, so möge er es doch bitte sagen.

Weiter heißt es in der Niederschrift dieser Sitzung:

Er wurde dann gebeten, damit noch abzuwarten, bis der Sozialpolitische Ausschuß zu den Entwürfen Stellung genommen hat, mindestens aber den heftigsten Entwurf für eine Zulassungsordnung dann zugrunde zu legen.

Danach scheint die Absicht zu bestehen, Bayern in das Schlepptau des Landes Hessen zu nehmen und die bayerische Ärzteschaft wieder vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Die Vertreter der Ärzte, Zahnärzte, Dentisten und aller anderen ärztlichen Berufe, die in der US-Zone zu dieser Berufsgruppe gehören, haben sich in der Sitzung des Unterausschusses für Sozialversicherung, Stuttgart, am 18. März 1947 einmütig gegen jedes Diktat verwahrt und sind deshalb, wie ich annehmen muß, zur Sitzung vom 18. April 1947 gar nicht mehr eingeladen worden. So etwas geschieht in dem neuen demokratischen Staat, den wir aufbauen wollen.

Ich muß heute, wie gesagt, einmal etwas länger sprechen; Sie werden es verzeihen. Ich darf den Ausdruck Quatsch nicht gebrauchen, sonst werde ich vom Herrn Präsidenten zur Ordnung gerufen. Aber wir haben neulich zwei Tage über das Entnazifizierungsproblem gesprochen; was dabei herausgekommen ist, ist mir bis jetzt noch immer unklar. Ich bin deshalb eigentlich auch erstaunt darüber gewesen, daß man diesen wichtigen Punkt, der schon längst hätte erledigt werden müssen, immer wieder bis heute verschoben und ihn gewissermaßen wieder an den Rand hinausgedrückt hat. Zuerst sollte er gestern noch von 16 bis 17 Uhr behandelt werden, dann sollte es heute mittag genau so gemacht werden. Mitglieder

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtag 1946/47. Bd. I. 18. S. 6.

des hohen Hauses, haben Sie doch Interesse daran, auch darüber einmal die nackte, klare Wahrheit zu erfahren!

(Staatsminister Seifried: Wer ist denn schuld daran, daß das immer verschoben wurde?)

— Ich doch auch nicht. Ich habe doch nicht gesagt, daß Sie daran schuld sind.

(Staatsminister Seifried: Dann müssen Sie sagen, wer daran schuld ist!)

— Nein, Herr Minister, das habe ich absolut nicht gesagt; ich habe gesagt, daß von seiten des Präsidiums immer wieder versucht wurde, diesen Punkt der Tagesordnung zurückzustellen. Er ist mehrmals von der ersten und zweiten an die fünfte und sechste Stelle zurückgesetzt worden.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter, ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir, wenn so weiter geredet wird, auch heute nicht zur Verabschiedung der Anträge kommen werden.

Dr. Bühner (CSU): Das ist ja das Traurige; das weiß ich. Aber ich nehme die Redefreiheit in Anspruch und sage: Heute früh hat es geheißten, diese Angelegenheit kommt als erster Punkt auf die Tagesordnung; heute mittag hat es geheißten, sie wird als erster Punkt behandelt, und dann sind x andere Punkte eingeschoben worden. Wenn wir kein Recht zu reden haben, dann packe ich zusammen und trete vom Rednerpult ab.

(Zuruf: Herr Dr. Bühner hat wie jeder Abgeordnete eine Stunde Zeit zu reden!)

— Wenn aber, wie es der Fall war, andere stundenlang reden, habe ich genau das gleiche Recht.

(Widerspruch. — Zuruf: Ihre Fraktion verredet doch die meiste Zeit!)

— Mich haben Sie hier heroben noch nicht oft gesehen; das kann ich Ihnen wirklich sagen. Ich kann ruhig abtreten, wenn es Sie nicht interessiert.

**I. Vizepräsident:** Herr Abgeordneter, darf ich bitten, in der Sache weiterzufahren.

Dr. Bühner (CSU): Ich bin nun gezwungen, dem hohen Haus eine Stellungnahme des Referats 370 der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums mit dem Zeichen Nr. 5/105/0/h/1 bekanntzugeben. Darin heißt es:

Meines Erachtens ist es an der Zeit, der Ärztes- und Zahnärztekammer klipp und klar zu sagen, welche grundsätzliche Stellungnahme die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums einnimmt, nämlich daß der Beruf des Arztes und Zahnarztes ein freier Beruf ist und daß sich deshalb ein jeder, der die Approbation erlangt hat, frei niederlassen kann. Der Herr Minister wäre unter Hinweis auf die große Dringlichkeit der Frage zu bitten, diesen Punkt bekanntzugeben.

Diese Auffassung folgt ohne weiteres aus der Staatsform, in der wir leben. Jedenfalls erscheint es angesichts der offenbaren Verfassungswidrigkeit des bayerischen Ärztegesetzes unbedenklicher, im Wege einer Übergangsregelung diesen Punkt anzunehmen, als in einem Volksstaat noch länger an dem Berechtigungswesen festzuhalten.

Die Sache scheint mir wichtig und dringend genug, um sie jetzt zum Antrag zu bringen.

Das stammt aus einem Referat des Abteilungsleiters im Gesundheitsabschnitt. Der Name des Herrn tut ja nichts zur Sache; aber wenn die Herren es wünschen, kann ich ihn auch nennen.

Was muß ich nun daraus ersehen? Ich muß daraus ersehen, daß in dieser Frage Arbeitsministerium und Innenministerium eigentlich Hand in Hand gehen. Man sieht, daß mit aller Gewalt darauf hingesteuert werden soll, die Ärzte zum Beamten zu machen, was auch von seiten gewisser anderer Kreise klar und deutlich ausgesprochen worden ist.

Ich muß noch einmal auf die Zulassung eingehen; dabei will ich mich etwas kürzer fassen, als ich ursprünglich gedacht hatte. Es bildet sich ein paritätischer Ausschuß aus Vertretern der Krankenkassen und der Ärzte, um die Zulassung festzulegen. Unparteiische, wie sie sonst genannt werden, waren bisher nur dann nötig, wenn die beiden Parteien zu keinem Beschluß kamen. Nach der

(Dr. Bühner [CSU])

Rechtsauffassung vor der Notverordnung von 1931 und auch nach den Notverordnungen bis zum Jahre 1933 konnte der Minister im Verordnungswege nur dann einschreiten, wenn ein offensichtlicher Notstand vorlag, sei es, daß in freier Vereinbarung ein neues Vertragswerk überhaupt nicht zustande kam, sei es, daß durch das Fehlen eines solchen die ärztliche Betreuung der Kassenmitglieder gefährdet wurde. Beide Fälle sind für Bayern seit 15 Jahren bisher nicht zugefallen. Trotz Verordnung Nr. 66 geht bis heute die kassenärztliche Versorgung auf Grund der alten Verträge völlig ungestört weiter und bedurfte bis jetzt keinerlei Sicherung! Die bayerischen Ärzte haben sich im Jahre 1946 freiwillig verpflichtet, nach wie vor zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Von keiner Seite kann also behauptet werden, daß die ärztliche Versorgung der Sozialversicherten irgendwie gefährdet gewesen sei.

Ich möchte mich nicht, wie ich es eigentlich gewollt hatte, auf das einlassen, was während der Nazizeit geschehen ist. Aber ich möchte doch auch auf die Stellungnahme der Militärregierung zu dieser Frage verweisen. Der Vertreter der Militärregierung im Länderrat hat am 18. April 1947 ausdrücklich folgendes betont:

Die Zusammenarbeit mit den Ärzten sei eine Minimalforderung. Er trete für paritätische Ausschüsse ein, die ihre Arbeit bald aufzunehmen hätten. Erst wenn diese Ausschüsse verlagert werden sollten, sei eine Verordnung am Platze. Demokratie sei eine Erziehungsfrage und könne nicht durch Verordnungen geschaffen werden. Schon die 1931 erlassene Notverordnung mit ihrem § 10 sei nicht demokratisch, weil darin dem Minister allein die Entscheidung vorbehalten werde. Dies lehne er ab, denn Demokratie sei anders.

So die Stellungnahme der amerikanischen Militärbehörde am 18. April 1947.

Die von gewisser Seite gemachten Behauptungen, daß die Ärzte Verhandlungen überhaupt abgelehnt hätten, daß chaotische Zustände herrschten, daß die Versicherten die Leidtragenden seien, ja sogar, daß die Ärzte zu streiken versucht hätten, sind tendenziöse Entstellungen.

(Dr. Linnert: Das ist ein Schwindel!)

Abgelehnt wird von uns nicht die Sache, um die es geht, sondern die uns zugemutete Form; das ist die bürokratische Bevormundung, die diktatorische Ordnung.

Die Ärzte sind auch nicht Arbeitnehmer der Sozialversicherung, sondern nur ihre Vertragspartner: das muß ich als Arzt und Abgeordneter einmal klar aussprechen. Auf dieser Grundlage sind die bayerischen Ärzte jederzeit bereit, an einem neuen Vertragswerk mitzuarbeiten, das dem Arbeitsfrieden gerecht wird, der trotz des Ordnungsfimmels einer gewissen Ministerialbürokratie seit 1932 fastlich zwischen Ärzten und Krankenkassen besteht.

Ich habe dazu weiter zu sagen, daß ich nicht verstehe, warum bei uns als Referenzen für diese wichtigen Fragen ausgerechnet Nichtbayern tätig sind, die den bayerischen Belangen absolut nicht gerecht zu werden vermögen. Wie verhält es sich dagegen in Württemberg-Baden und vor allem in Hessen? Dort hat man es verstanden, keine Ärzte aus anderen Zonen einwandern zu lassen. Ich habe schon betont, daß es dort nur 196 Ärzte gibt, die aus fremden Gegenden kamen; zu uns nach Bayern dagegen ist alles hereingeströmt. Wie machen es denn die andern? Ich habe Unterlagen dafür, daß sowohl Rheinland-Westfalen als auch unser Nachbarstaat Hessen die bayerischen Ärzte abweisen.

Sie wissen vielleicht, daß sich eine rheinisch-westfälische Zeitung einmal darüber aufhielt, daß in das Kultusministerium ein Ministerialdirektor aus Süddeutschland kam. Man hat das in großer Aufmachung gebracht und gefragt, ob man in Rheinland-Westfalen schon so verkalft sei, daß man einen Ministerialdirektor für das Kultusministerium aus dem Süden kommen lassen müsse.

(Hört!)

Ich möchte Ihnen hierzu noch einen Erlaß bezüglich der Eintragung in das Arztregister der Nordrheinprovinz Düsseldorf vorlesen. Darin steht:

Eintragung in das Arztregister.  
An Dr. Soundso.

Die Eintragung in das Arztregister konnte noch nicht erfolgen, da die Approbations- und Promotionsurkunde fehlt.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Zulassung zu den Krankenkassen im Bereich der Nordrheinprovinz zur Zeit fast unmöglich erscheint, da Sie in Bayern geboren sind und dort auch geheiratet haben.

(Hört, hört!)

Sie haben aus diesem Grunde Anspruch auf Zulassung zu den Krankenkassen in Bayern und werden bei Bewerbung um Kassenzulassung im Bereich der Nordrheinprovinz gegenüber anderen Bewerbern immer hintertreten, weil Sie hier nicht Heimatrechte haben.

Ich übertreibe nicht; ich könnte Ihnen dasselbe aus Rheinland-Westfalen berichten.

(Staatsminister Seifried: Gefällt Ihnen das?)

— Nein, das gefällt mir absolut nicht. Aber in unserem Nachbarstaat Hessen ist es soweit gekommen, daß einem bayerischen Kollegen, der schon jahrzehntelang in das Nachbarland, auch wenn es heftig war, zur Behandlung fuhr, das jetzt verboten wird. Er darf nicht mehr dorthin fahren, er bekommt von dort keine kassenärztliche Abrechnung mehr, auch wenn der heftige Kollege für die Fahrt zu einer solchen Ortshaft die dreifache Wegstrecke berechnen muß. Ich habe dafür Unterlagen.

Uns Bayern wird immer vorgeworfen, wir seien die Reaktionäre. Sie haben heute früh aus dem Mund des Herrn Landwirtschaftsministers gehört, wie es mit uns gemacht wird. Am schönsten ist, daß wir dann doch immer als die Unverträglichen, die Unbarmherzigen hingestellt werden. Die da droben möchte ich hören, wenn es mit ihnen genau so gemacht würde wie mit uns. Nur deshalb, weil diese Herren von dort droben schneller reden und eine stärkere Ellenbogenkraft haben, sollen wir an die Wand gedrückt werden. Ich habe den Eindruck, als ob wir geborene Bayern in unserem Land bald zu einer bayerischen Kolonie werden würden.

Zur Niederlassungsfrage hat mir ein Landrat in diesem hohen Haus erklärt, in seinem ganzen, 80 000 Einwohner zählenden Landkreis sei ein einziger Arzt, der praktisch Geburtshilfe leistet und auch dieser sei schon 65 Jahre alt. Neulich wurde mir berichtet, daß in der Untermaingegend eine Frau an Blutung bei einer Geburt gestorben ist, weil es keinen Arzt gab, der die nötige Hilfe hätte leisten können. Es wäre noch sehr viel über die Ausbildung der Ärzte zu sagen. Ich verlange, daß alle seit 1. September 1939 erteilten Niederlassungsgenehmigungen überprüft und schleunigst der von uns geforderten Niederlassungsordnung angepaßt werden; denn ich sehe voraus, daß sonst alles drunter und drüber geht.

Ich habe schon einmal betont, daß ich nicht eine dreijährige zusätzliche Ausbildung der Ärzte fordere, sondern daß eine Ausbildung von zwei Jahren voll und ganz genügt. Ein Arzt, der zu behaupten wagen würde, er lerne in der Praxis nichts mehr dazu, wäre ein Dilettant. Ich bin schon weit über 30 Jahre in der ärztlichen Praxis tätig und werde immer wieder vor neue Rätsel gestellt. Damit die Herren Kollegen die nötige Erfahrung bekommen, muß ich aber folgende Ausbildung verlangen: Sechs Monate Geburtshilfe, sechs Monate kleine Chirurgie, sechs Monate innere Medizin, ein Vierteljahr Landarztpraxis und ein Vierteljahr eventuell an einem Gesundheitsamt.

Zwei Jahre genügen doch unbedingt; es sind keine drei Jahre notwendig, wie sie neuerdings verlangt werden. Die Ärzte sind, wenn sie das Staatsexamen gemacht haben, schon alle mehr oder weniger reiferen Alters, denn sie haben ja schon eine ziemlich lange Studienzzeit hinter sich. Ich verlange auch nicht, daß die Studienzzeit von zehn auf zwölf Semester erhöht wird.

Ich muß mich kurz fassen, nachdem das hohe Haus schon eine gewisse Unruhe zeigt. Sie müssen aber verstehen: Gerade wir Ärzte haben ja so wenig Gelegenheit, hier einmal zu sprechen, und wenn man einmal zu Worte kommen will, heißt es immer wieder, dazu wird ein andermal Zeit sein.

(Dr. Bühner [CSU])

Es ist so, wie ich schon anfangs betont habe: es geht um die Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitskraft unseres Volkes, und da muß man bei dieser wichtigen Ernährungsfrage ganz besonders auf der Hut sein.

Wenn ich nun verlange, daß die Ärzteorganisationen die Niederlassung überprüfen sollen, so darf ich zur Begründung darauf hinweisen, daß, wie ich schon gesagt habe, eine ganze Reihe von Schwindlern als Ärzte tätig waren, bis sich durch Schäden herausgestellt hat, daß sie gar keine Ärzte waren. Ich darf nur an den Passauer Fall des „Freiherrn Dr. von Kubitz“ erinnern, der seine Frau umgebracht hat, und an einen anderen Arzt dort, der gar kein Arzt war, wie das auch in Augsburg vorgekommen ist, wo das Arbeitsamt einen Herrn eingestellt hat, der als Krimineller zehn Jahre im Zuchthaus bzw. im Kz war. Ich könnte noch eine ganze Reihe von Fällen aufzählen. Deshalb also verlangen wir strengste Überprüfung der Niederlassung und der Approbation. Es ist kein Geheimnis, daß Leute, die z. B. jahrelang als Sanitäter im Felde standen, sich dies und jenes von der Medizin anzueignen vermochten, und mancher ist nicht so vernagelt, daß er es nicht fertig brächte, schließlich auch ein Rezept zu schreiben, wobei nur ein ganz findiger Apotheker daraufkommt, daß dieses Rezept nicht ganz in Ordnung ist. Ich habe es selbst als Kreisarzt erlebt, daß ein junger Kollege einem Kind eine Medizin verschrieben hat, von der dieses nur einen Löffel hätte zu nehmen brauchen, dann hätte es allerdings keine Schmerzen und Beschwerden mehr gehabt; denn nach zehn Minuten wäre es tot gewesen. Ich male nicht zu schwarz, aber ich verlange das, was getan werden muß, um endlich einmal Sauberkeit zu schaffen. Ich bitte nochmals um Verzeihung, wenn ich Sie etwas länger langweile.

Wenn das Justizministerium sagt, eine Zwangsniederlassung bzw. eine Zwangszuweisung der Ärzte in einzelne Orte ist unzulässig und mit § 109 nicht in Einklang zu bringen, so teile ich diese Auffassung nicht. Die Ärztekammer, die Zentrale, soll sich bei der Niederlassung betätigen, sondern draußen in den Bezirksvereinen; höchstens in den Kreisverbänden müssen Kommissionen gewählt werden, und zwar von den Ärzten selbst, die die Niederlassung betätigen sollen. Das ist demokratisch. Demokratischer kann man es gar nicht machen. Wir verlangen, daß dabei auch ein Arzt mitwirkt, der noch nicht niedergelassen ist.

Ich möchte dann nochmals darauf zurückkommen, daß, wenn vier Fünftel der nichtbayerischen Ärzte, die keine Flüchtlinge sind, dahin zurückkehren würden, woher sie gekommen sind, für die Ärzte hier in Bayern Platz und Lust genug vorhanden ist, so daß wir dann auch die Flüchtlingsärzte samt und sonders unterbringen können und auch die Hunderte von noch kriegsgefangenen Kameraden, die, wenn sie einmal die Unilden der Gefangenschaft hinter sich haben, wieder einen Platz finden wollen, wo sie ihr tägliches Brot für sich und ihre Familie verdienen können. Ich glaube, das sind wir unseren Landsleuten schuldig. Ich weiß z. B., daß im amerikanischen und britischen Sektor Berlins 1000 Ärzte fehlen, aber kein Teufel will da hin, und ich weiß auch, daß in Rheinland-Westfalen Ärzte fehlen und ebenso in Hessen, vor allem in der Gegend des Vogelsberges.

Ich möchte da an einigen Beispielen erläutern, wie diese Ärzte hierher gekommen sind. Ich habe in meiner Nähe einen Kollegen aus dem Rheinland; ich will nicht näher sagen, woher. Der schützte vor, er sei ausgebombt, habe seine Villa und sein ganzes Instrumentarium — er ist Facharzt — verloren, und was stellt sich jetzt heraus, nach fast zwei Jahren? Daß seine Villa im Rheinland vollkommen unversehrt ist und daß er auch noch nicht eine Pinzette, möchte ich sagen, verloren hat. Aber er sitzt jetzt da und hat gar keine Lust, wieder dorthin zurückzuziehen, weil für ihn, wie das ja die Ansicht aller anderen Zonen ist, Bayern das Paradies ist. Dabei hatte er noch die Freiheit, zu erklären: jetzt bin ich schon einmal da und die Bayern sind so dumm, er sagte, so dumm, daß sie mich nicht wieder hinausbringen. Mir ist es neulich passiert, daß einer aus der Berliner Gegend nach München gekommen ist, und zwar zum erstenmal, dann nach Hause kam und dort erklärte: Ach, München ist eine schöne Stadt, aber es sind noch zuviel Bayern da. Es sind noch zuviel Bayern da — hören Sie! Eines möchte ich noch ganz besonders betonen, und das geht den Herrn Minister für

Sonderaufgaben an, der jetzt da ist: Wenn man nämlich die Fragebogen dieser Herren betrachtet, die sind so fleckenlos, wie ein Fragebogen überhaupt nur sein kann.

(Zuruf von der SPD: Bei den Schloßern und Drehern gibt es das nicht!)

— Ich weiß nicht, vielleicht haben Sie keine von da droben, aber die von da droben kommen, haben alle fleckenlose Fragebogen, und ich bin darauf von der amerikanischen Besatzungsbehörde schon mehr als einmal aufmerksam gemacht worden. Die einheimischen Ärzte mußten alle genau angeben, wie es um sie stand; denn sie konnten nichts verheimlichen. Ich kenne eine ganze Reihe von Zugewanderten, bei denen sich dann herausgestellt hat, daß sie nicht nur bei der Partei waren, sondern sogar bei der CS und deren Geheimorganisationen. Wenn diese dann zu 5 oder 10 Jahren Zuchthaus verurteilt werden, wundert es mich nicht. Aber dadurch werden die amerikanischen Besatzungsbehörden und auch die deutschen Behörden irregeführt, und diese Herren werden dann eher zugelassen als jeder Einheimische; denn es ist immer noch so, daß die politisch weniger Belasteten den Vorzug haben vor den politisch stärker Belasteten.

(Zuruf von der SPD.)

— Nur noch einen Augenblick, Genosse Jean Stock, aber ich muß mich einmal ausdrücken. Es ist höchste Zeit dazu.

Es soll ein Untersuchungsausschuß über die Zustände im Innenministerium gebildet werden. Ich habe dazu folgendes zu sagen: Der derzeitige Leiter der Gesundheitsabteilung, Herr Ministerialrat Dr. Hösch, ist kommissarisch ernannt. Er bemüht sich, die Gesundheitsabteilung nach besten Kräften zu führen, steht aber schon in hohem Alter und ist etwas schwach und findet zudem, das möchte ich ausdrücklich betonen, in keiner Weise die notwendige Unterstützung durch seine Referenten. Von den vollwertigen Juristen, die den Verwaltungsapparat in der Gesundheitsabteilung versehen, ist kaum noch jemand vorhanden. Sie sind zurückgetreten oder verstorben. Jetzt führt ein junger, aus Berlin kommender Arzt das Referat 370. Ich habe vorhin schon gesagt, was darüber zu sagen ist. Dieser junge Arzt hat gleichzeitig das preußische Mediziner-Examen gemacht. Er ist aber mit den bayerischen Verhältnissen und Gesetzen in keiner Weise vertraut und besitzt für seine Arbeit nicht die nötigen Erfahrungen und Kenntnisse.

Ich greife nicht gerne an, aber Tatsachen, die mir hundert- und tausendmal vorgetragen werden und die um Abhilfe schreien, müssen dem hohen Hause bekanntgegeben werden, dazu sehe ich mich als Abgeordneter veranlaßt. Das wichtigste Referat in der Gesundheitsverwaltung, der arztl. Dienst, wurde einem Arzt, der aus Breslau kommt, gegen den Willen von Dr. Hösch übergeben. Gegen die Person dieses Arztes müssen ernste Bedenken erhoben werden, die gegen seine Verwendung in einer derart wichtigen Beamtenstellung sprechen. Ich will hier nicht ausführlicher werden, aber ich habe Unterlagen dafür. Ich will aber, nachdem dieser Untersuchungsausschuß gebildet werden soll, gleich sagen, was ich darüber denke. Das ärztliche und nicht-ärztliche, zum Teil nicht sehr geeignete Personal der Gesundheitsabteilung wurde übermäßig stark vermehrt. Hierdurch wurde ein reibungsloses und glattes Arbeiten äußerst erschwert. Diese Vermehrung bedeutet außerdem eine unnötige Belastung des Staatshaushalts. Ich glaube, wir werden auch hier in diesem hohen Hause gezwungen sein, wenn einmal die Währungsreform durchgeführt wird — ich nehme dieses Wort sehr ungern in den Mund —, auch im bayerischen Staatshaushalt um jeden Pfennig zu zeigen. Die Personalbesetzung der Gesundheitsabteilung ist zum Teil gegen den Willen des Leiters erfolgt, das kann man ruhig sagen, und zwar durch den Personalreferenten des Ministeriums, der auch anderweitig auf die Tätigkeit des Gesundheitsamtes eingewirkt hat. Was ich hier sage, habe ich von Herren erfahren, die die Verhältnisse ganz genau kennen, so daß ich mich daran absolut halten kann. Durch diese personellen Mängel, wurde mir gesagt, leidet die Arbeit in der Gesundheitsabteilung außerordentlich. Es wird über Gegenarbeit und unsachgemäße und widersprechende Entschlüsse geklagt, die Arbeit sei planlos und lasse die nötige Führung vermissen, insolge dessen werden die laufenden Arbeiten zum Teil mangelhaft erledigt, die für den Aufbau unter den heutigen Verhältnissen besonders nötigen neuen Maßnahmen werden nicht durchgeführt.

(Dr. Bühner [CSU])

So ist beispielsweise die bei der starken Zunahme der Tuberkulose dringend nötige systematische Tuberkulosebekämpfung steckengeblieben oder kaum eingeleitet, eine systematische Gesundheitsfürsorge für die Flüchtlinge fehlt usw.

Ich hätte noch eine ganze Menge zu sagen. So beabsichtigte ich, vorzuschlagen, vor allem die einzelnen Referate, die in gesundheitlicher Beziehung in den verschiedenen Ministerien vorhanden sind, zum Anheimsfall zu bringen: im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Beurteilung der Ernährung, Krankenzulagen usw., im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft die Begutachtung und Ordnung der Heilmittel, im bayerischen Staatsministerium der Justiz die Bereitstellung und Ausbildung von Gerichts- und Gefängnisärzten, im bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben all die Untersuchungen für die Körperverfehrten — der Herr Staatsminister weiß ja selbst, wie hoch der Prozentsatz ist — und so überall etwas in fast sämtlichen Ministerien. Die Amerikaner haben verlangt ein eigenes Referat für Hygiene, ein eigenes Referat für Geschlechtskrankheiten, ein eigenes Referat für Ernährungsfragen, und deshalb habe ich auch nach Rücksprache mit dem Herrn Ernährungsminister und dem Herrn Ministerpräsidenten erklärt: es muß eine straffe Zusammenfassung der ganzen Gesundheitsabteilung — von mir aus mag sie dann Landesgesundheitsamt oder sonstwie heißen — erfolgen. Dahin gehört dann ein Mann — von mir aus auch nur auf einige Zeit —, der in der Lage ist, den Augiasstall in Ordnung zu bringen, unter Umständen ein Jurist, wenn auch alle anderen Länder Ärzte an der Spitze haben, dem dann die Humanmedizin, die Veterinärmedizin und die Pharmazie als gleichrangig unterstellt werden. Ich bin nicht der Ansicht, wie manche es schon gewesen sind, daß man diese Dinge dem Herrn Ministerpräsidenten oder einem Staatssekretär unterstellen sollte. Die Medizin ist nichts Politisches und soll auch nicht politisch behandelt werden, sondern sie soll sachgemäß von Sachleuten betreut werden. Das ist es, was wir fordern müssen und auch fordern.

Ich hätte noch gerne etwas gesagt über all diese Dinge, sehe aber Ihre Unruhe. Ich wundere mich eigentlich: Bin ich schon so ins Fachjargon hineingeraten oder so in meinem Beruf aufgegangen, dem ich nun schon 35 Jahre angehöre, daß ich das als das Wichtigste betrachte, wovon hier in diesem Hause noch nie gesprochen wurde? Ich mußte daher das einmal sagen als einziger Arzt dieses Hauses, der allerdings unterstützt wird von dem Zahnarztführer Dr. Rinnert. Ich hielt es für meine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, einmal klipp und klar hier zu reden. Ich hoffe, daß mir das hohe Haus bald wieder Gelegenheit gibt, einmal über die Frage der Ausbildung der Jungärzte und über ihre Unterbringung zu sprechen. Da stinkt es ganz besonders.

Ich habe meine Redezeit, die angeblich auf eine Stunde bemessen ist, wovon mir eigentlich nichts bekannt ist, schon um eine halbe Stunde überschritten und mache deshalb Schluß. Ich möchte aber doch nochmals besonders betonen: ich greife die Arbeit des Ministeriums nicht an, weil es sich um das Arbeitsministerium handelt und dieses uns nicht ganz den Willen tut, und greife auch das Innenministerium nicht an, weil es die Zulassung oder Niederlassung verlangt. Ich habe nur auseinandergelegt, wer die Niederlassung und die Zulassung zu betätigen hat in einem neuen demokratischen Staat. Das aber ist nicht einmal etwas Neues, sondern etwas Altes, was wir vor 1933 längst hatten.

Darum möchte ich das hohe Haus nochmals bitten, die Niederlassungs- und die Zulassungsordnung so zu fassen, wie ich das geschildert habe. Die Niederlassungsordnung ist ausgearbeitet, und ich habe vorher schon einmal gefragt, ob sie dem Innenministerium schon zur Genehmigung zugeleitet ist. Sie steht in Einklang mit der Niederlassungsordnung in Hessen und in Württemberg-Baden. Ich bitte Sie, meine Herrn, so zu entscheiden, wie ich es verlangt habe. Es dient das nur zum Wohl und zur Förderung der Gesundheit und zur Erhaltung der Arbeitskraft unseres Volkes, die wir so notwendig brauchen.

(Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag des parlamenta-

rischen Ausschusses zur Untersuchung der Mißstände im Wirtschaftsministerium bekanntgeben. Es haben mit Ja gestimmt 117 Abgeordnete, mit Ja enthalte mich 15 Abgeordnete. Ich stelle damit die Annahme dieses Antrags fest.

Mit Ja stimmten die Abgeordneten: Albert, Ammann, Dr. Anfermüller, Bachmann, Bauer, Baumeister, Dr. Baumgartner, Baur Anton, Baur Valentin, Dr. Beck, Behrich, Berger Ludwig, Berger Rupert, Bezold Georg, Bickler, Bitom, Bodesheim, Braun, Dr. Bühner, Dietlein, Donsberger, Drechsel, Eichelbröner, Emmert, Faltermeier, Fischer Friedrich, Fischer Josef, Dr. Franke, Freundl, Gräßler, Gröber, Dr. Gromer, Haas, Hagen Georg, Hagen Lorenz, Hagn Hans, Hauck, Held, Herrmann, Hirschenauer, Höllerer, Hofer, Hofmann, Dr. Horlacher, Dr. Huber Franz, Dr. Hundhammer, Huber Sebastian, Kaiser, Kerner, Kiene, Kleffinger, v. Kneringen, Kraus, Krempf, Kumath, Kurz, Dr. Lacherbauer, Lang, Lau, Leypoldt, Loritz, Lugmair, Maag, Maderer, Marx, Mayer, Meißner, Meurer, Michel, Nagengast, Nirschl, Nöske, Op den Orth, Ortloff, Pöschel, Dr. Pfeiffer, Pöhler, Pittroff, Precht, Redmiller, Dr. Riel, Riß, Röhlig, Röll, Roiger, Schäfer, Schefbeck, Scherber, Dr. Schlögl, Schmid Andreas, Schmid Karl, Schmidt Gottlieb, Schöpf, Schraml, Schwingenstein, Seifried, Dr. Stang, Stinglwagner, Stock, Stöhr, Dr. Strathmann, Stücklen, Thaler, Vidal, Vogl, Weiglein, Weinzierl Georg, Wilhelm, Wimmer, Wihlinger, Wolf, Dr. Wukhofer, Zehner, Zeiblein, Zietich, Zillibiller, Zihler.

Mit Nein stimmte kein Abgeordneter.

Mit Ich enthalte mich stimmten die Abgeordneten: Brunner, Dr. Dehler, Dr. Ehard, Cuerl, Gaugg, Haukleiter, Dr. Kroll, Dr. Rinnert, Pabstmann, Dr. Probst, Prückenthal, Schneider, Dr. Schwalber, Weidner, Dr. Zwicknagl.

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Pöschel.

Pöschel (SPD): Meine sehr verehrten Kolleginnen, wertere Kollegen! Ich nehme es Ihnen nicht übel, wenn Sie mich mit Sorge betrachten, daß ich vielleicht ein zweites Unglück über Sie bringe. Ich habe aber — nehmen Sie mir bitte dieses Wort nicht übel — keinen beruflichen Stuhlgang wie soeben der Herr Abgeordnete Dr. Bühner.

(Heiterkeit.)

Es ist ganz erfreulich, wenn unsere Rachmuskeln auch einmal etwas angestrengt werden. Die Beschwerde, daß die Behandlung des Ärztegesetzes so lange verschoben wurde, trifft letzten Endes unseren sehr verehrten Landtagspräsidenten, der aber auch wieder gerechtfertigt ist insofern, als sich nach der Arbeitsweise des Landtags eine andere Erledigung nicht ermöglichen ließ. Zum zweiten ist es doch so — Herr Kollege Dr. Rinnert, jetzt denke ich an Sie —, daß es uns oder Ihnen mit dem Ärztegesetz genau so geht wie dem Patienten, der zum Zahnarzt kommt.

(Dr. Rinnert: Der arme Teufel!)

Ja, richtig! Das erstemal macht der Zahnarzt ein Mordloch in den Zahn und das zweitemal stoßert er ein bißchen herum und dann heißt es, kommen Sie morgen wieder, und so geht das 8 oder 14 Tage. Immer wieder stoßert er herum und sagt dann, kommen Sie wieder; denn solange es meh tut, kann er nichts machen. So war auch die Notwendigkeit gegeben, das Ärztegesetz erst reif zu machen zu dem, was jetzt gekommen ist.

Ich stelle jetzt die Preisfrage: Wer kennt sich überhaupt noch aus: Approbation, Niederlassung, Zulassung? Weniger wäre mehr gewesen, Herr Kollege Bühner; dann hätte man sich ein klareres Bild machen können. Gestatten Sie also, daß ich die Dinge wieder auf den Stand zurückführe, auf den sie eigentlich gehören.

Um was handelt es sich letzten Endes? Wir danken der Freien Demokratischen Partei und in erster Linie ihrem hochverehrten Herrn Fraktionsführer, den Bayerischen Landtag darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß hier noch ein Gesetz besteht, das verfassungswidrig ist; denn der Antrag, der von der Freien Demokratischen Partei ausging, deutet mit dem Finger darauf: Der § 1 des Ärztegesetzes ist verfassungswidrig. Das ist doch das Entscheidende, und darüber bestand gar kein Zweifel. Nun haben wir außer den Freien Demokraten als Sozialdemokraten gefunden — genau so wie beim Zahnarzt, Herr Dr. Rinnert, da geht es meist auch

(Pfeifel [SPD])

so, wenn man zum Zahnarzt kommt und sagt, da tut es weh, dann frohert er ein bisschen umeinander und sagt, der kann es sein, aber da fehlt es noch mehr und da auch —, daß bei dem Gesetz nicht nur der § 1 verfassungswidrig ist,

(Dr. Rinnert: Nur bei den Sozialdemokraten stimmt alles ganz genau!)

sondern auch noch andere Paragraphen, und aus dem Grund waren wir im Ausschuß sofort einer Meinung, wie das die Sozialdemokraten vortragen: Wir müssen das Gesetz an die Staatsregierung hinübergewen, die soll es reparieren, soll es mit der Verfassung in Einklang bringen. So lautet auch der Antrag, der im Ausschuß beschlossen wurde, ganz einfach und kurz: Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vorzulegen und dabei das ganze Ärztegesetz einer Umarbeitung zu unterziehen. Diese Formulierung, das ganze Ärztegesetz einer Umarbeitung zu unterziehen, war notwendig, weil, wie ich schon betont habe, noch andere Bestimmungen im Ärztegesetz enthalten sind, die ebenfalls verfassungswidrig sind, und zwar der Art. 9, der lautet:

„Mitglieder der ärztlichen Bezirksvereine sind alle im Deutschen Reich approbierten Ärzte, die im Vereinsbezirk ihren Wohnsitz haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.“

Das ist die Form der Zwangsmitgliedschaft, die Art. 179 der Bayerischen Verfassung verbietet, und es wäre daher ganz unvorstellbar, daß das bisherige Gesetz in Kraft bleiben kann. Das ist der Grund, warum man im Ausschuß dazu kam, nicht nur den § 1 zu ändern, sondern darüber hinaus das gesamte Gesetz einer Durcharbeitung zu unterziehen. Das ist der ganz einfache und verhältnismäßig klare Tatbestand, mit dem sich die Staatsregierung zweifellos befassen wird.

Nun ist die Entwicklung eingetreten, daß durch die lange Dauer des Hinausziehens der Behandlung Anträge über Anträge gekommen sind. Und da geht es so, wie es manchmal beim Kochen passiert: Viele Köche verderben den Brei. Wenn recht viele Anträge gestellt werden, dann kommt zum Schluß nichts Vernünftiges heraus, d. h. das Ganze wird ungenießbar.

Aus diesem Grunde ist der Staatsregierung letzten Endes zu danken, daß sie eine Form gefunden hat, die es möglich macht, den Weg zu beschreiten, daß aus den von der Freien Demokratischen Partei hervorgegangenen Bedenken nunmehr trotz der übrigen Anträge noch etwas Vernünftiges wird, und den Weg möchte ich empfehlen zu beschreiten. Das scheint mir aber nicht das vordringlichste zu sein, weil hierzu doch noch das eine oder andere grundsätzlich zu sagen ist. Ich habe ja schon vor einiger Zeit im Bayerischen Landtag die Mitteilung gemacht, daß 98 Prozent der bayerischen Ärzteschaft dem NS-Ärztebund angehört haben. Das ist heute wieder bestritten worden, allerdings in einer eigenartigen Form. Herr Kollege Dr. Bühner hat zuerst mitgeteilt, daß er heute früh noch eine Statistik bekommen hat, aus der sich ergibt, daß nur 54 Prozent der Ärzte Parteimitglieder gewesen sind. Später hat er erklärt, daß die Landesärztekammer jetzt bestrebt ist, eine neue Statistik nach dem gegenwärtigen Stand aufzustellen, und zur Erklärung fügte er bei, daß er selbst einige SS-Ärzte kennt, die sich noch in irgendwelchen Amtsstellen befinden. Ich weiß nicht, ob diese dem Herrn Kollegen Dr. Bühner selbst bekannten SS-Ärzte bereits in seiner Statistik mit erfasst sind oder ob sie noch dazu kommen. Jedenfalls ist es so, daß die Herren Ärzte nicht so empfindlich sein sollten, wenn sie so fotografiert werden, wie sie nun einmal gewesen sind.

Unser sehr verehrter Herr Kollege Dr. Bühner hat heute mit einem großen Stimmaufwand, mit Stentorstimme dargelegt, wie die Ärzte eigentlich sind und wie man sich den Arztberuf vorstellt. So empfindlich bräuchten die Ärzte nicht zu sein; denn die Ärzte haben einen großen Teil der Wiedergutmachung zu leisten,

(sehr gut!)

der Wiedergutmachung nicht auf dem Wege des Materiellen, sondern des Ideellen. Ich möchte, so verlockend es wäre, auf die Tatsachen, die wir alle aus den Verhandlungsberich-

ten des Arztprozesses in Nürnberg erfahren haben, nicht abheben, weil das Unglück schon groß genug ist. Die Verbrechen sind da zahlenmäßig aufgeführt, so daß es genügt, auf die Dinge hinzuweisen. Ich möchte nur auf ein besonderes Spezialgebiet aufmerksam machen, in dem ich beruflich zu arbeiten habe. Wir Sozialdemokraten treten ein für die Schaffung eines Ärztegesetzes, wir verlangen genau so eine gesetzliche Regelung für den Berufsstand der Ärzte, wie wir für die anderen Berufsstände eine gesetzliche Ordnung verlangen. Die Frage dabei ist das Wie. Das Ärztegesetz sollte nach den Grundsätzen gehen, die vor ungefähr — wann hat der gute Mann gelebt, der von Ihnen immer als der geschichtliche Zeuge ins Feld geführt wird?

(Zuruf: Hippokrates?)

— Ja, der Hippokrates! Ich glaube schon vor 2000 Jahren oder noch länger.

(Zuruf: Ob der nicht wieder kommt?)

— Da herein ist er jedenfalls nicht.

(Weiterkeit.)

Wenn Sie die Grundsätze des Ärztegesetzes nach dem Eid des Hippokrates umarbeiten wollten, dann würde etwas Gutes geschehen sein. Wenn der gute Mann, der vor mehr als 2000 Jahren bereits gelebt und die Mängel und Fehler der Ärzte vor 2000 Jahren schon so gut gekannt hat, dann kann man heute nur feststellen, daß diese Fehler und Mängel immer noch größer geworden sind. Die moralischen Grundlagen, die Hippokrates vor 2000 Jahren gefordert hat, sind bis heute noch nicht erfüllt, aus einem ganz einfachen Grund, den wir tagtäglich noch bestätigt bekommen. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung wird leider immer noch danach gefragt, wenn jemand das Unglück hat, krank zu werden: Zu welcher Klasse gehören Sie? Und wenn der Kranke sagt: Ich bin bei der Klasse soundso, dann heißt es: Ja, der Herr Doktor ist gerade nicht da oder bei einer Sitzung ufm. Wenn aber dann die Frau Geheimrat kommt und hat Migräne, weil sie zuviel gegessen oder zuwenig gearbeitet hat, dann sollen Sie einmal sehen, welcher Wettkampf unter den Ärzten eintritt um solche Patienten.

(Zurufe.)

— Nein, diese Dinge müssen auch ganz kurz gestreift werden.

(Dr. Rinnert: Wir werden sie dann auch streifen!)

— Gut, darüber werden wir uns ohne weiteres verständigen können. Ich habe bloß darauf hingewiesen, daß Hippokrates diese Zustände schon geheielt hat.

(Dr. Rinnert: Der hat sie nicht gekannt!)

Schon vor 2000 Jahren haben die Ärzte —

(Zuruf: Ich kann Ihnen den Eid des Hippokrates vorlesen, wenn Sie es wünschen!)

— Bei den Ärzten wäre das außerordentlich notwendig. Bei Hippokrates können Sie nämlich lesen: Der Arzt soll überhaupt nicht für Geld arbeiten.

(Sehr richtig!)

Das hat Hippokrates seinerzeit vor 2000 Jahren gesagt. Wir verlangen das auch von keinem Menschen, bloß daß ungefähr eine Grundlage da ist.

Es ist also nötig, das bayerische Ärztegesetz nach diesem Eid des Hippokrates umzuarbeiten und das Ethos der Medizin dabei herzustellen. Das ist eine der wichtigsten Aufgaben, denn damit kommen wir doch noch auf ein wichtiges Aufgabengebiet, das nur jetzt beraten werden kann, und ich schicke das voraus: Gibt es überhaupt in Deutschland ein Verbrechen, zu dem sich ein deutscher Arzt nicht bereitgefunden hat?

(Dr. Rinnert: Unerhört!)

Gibt es in Deutschland überhaupt einen Professor —

(Stürmische Zurufe. — Dr. Hundhammer: Unmöglich!)

Präsident: Ich möchte doch bitten, Herr Abgeordneter, in dieser Weise nicht weiterzufahren.

Pfeifel (SPD): Ich will doch nur das eine sagen, in der Bestürzung haben Sie wahrscheinlich die Formulierung nicht richtig aufgefaßt: Gibt es überhaupt ein Verbrechen, zu dem sich ein Arzt nicht bereitgefunden hat? Und das ist die einzige Frage, die ich zu stellen habe.

(Zuruf: Das kann man ja von jedem Stand behaupten!)

(Peschel [SPD])

— Nein, die ganz besonderen Verhältnisse, die mich dazu führen —

(Dr. Sinnert: Gibt es kein Verbrechen, das nicht schon ein Arbeiter begangen hat? Unerhört!)

— Diese Formulierungen können natürlich von den Tatsachen nicht abhalten. Denn ich bin in der Lage, dem Herrn Präsidenten dann Material zu überweisen, in welcher Art und Weise die Ärzteschaft sich hat mißbrauchen lassen, und wo war denn dann bei diesen Zuständen die Empfindlichkeit der Ärzte?

(Zuruf: Wir sind doch nicht in einer Wahlversammlung!)  
Es ist gar keine Verallgemeinerung, wenn ich sage: Es gibt kein Verbrechen, zu dem sich in Deutschland nicht ein Arzt bereitgefunden hat. Das ist die Tatsache, über die kommen Sie nicht hinweg.

(Dr. Dehler: Ste überdemagoge!)

Als Tatsache dafür, sehr verehrte Anwesende, führe ich an: Wir haben in Deutschland einige Tausend von Invalidenrentenempfängern gehabt, die in Heilanstalten untergebracht waren, und eines Tages wurden die Renten nicht mehr in Empfang genommen. Daraufhin wurde angefragt, was eigentlich mit diesen Renten los war. Auf eine Anfrage von der Landesversicherungsanstalt in Bayern bei der Direktion der Heil- und Pflegeanstalt in Galsing vom 8. Februar 1940 wurde mitgeteilt, daß der Landesfürsorgeverband Oberbayern unter anderen Rentenempfängern auch die N. N. in die Reichsanstalt der Arbeitsgemeinschaft der Heil- und Pflegeanstalten überstellt hat.

Präsident: Einen Augenblick, Herr Abgeordneter! Wegen Ihrer vorigen Bemerkung bin ich genötigt, Sie zur Ordnung zu rufen. Den Herrn Abgeordneten Dr. Dehler rufe ich wegen des Ausdrucks „überdemagoge“ ebenfalls zur Ordnung.

Ich bitte, weiterzufahren.

Peschel (SPD): Auf die Bitte um nähere Mitteilung über den Zweck dieser Maßnahme und um Bekanntgabe der Stelle, an die für die dort untergebrachten Rentenempfänger die Renten angewiesen werden sollten, wurde von der gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege in Berlin W 9, Potsdamer Platz 1, die Mitteilung gemacht,

„daß die K. K. im Rahmen einer Verfügung des Reichskommissars für Verteidigung mit mehreren pflegebedürftigen Kranken in eine Reichsanstalt der gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege übergeführt worden und am 4. Februar 1940 verstorben ist. Die Renten sind weiterzuzahlen, und zwar an die gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege, Potsdamer Platz, usw.“

In der weiteren Folge sind solche Zuschriften dann noch massenhaft gekommen, die Anfragen wurden dann nur noch mit dem Totenkreuz zurückgegeben. Ich übergebe das Material dem Herrn Landtagspräsidenten, bei dem es jeder Abgeordnete, der Interesse hat, einsehen kann.

Das sind Zustände, die ganz ungeheuerlich sind und die man zwar im allgemeinen bereits kannte, aber die jetzt hier doch noch vorgewiesen werden konnten. Die andere Frage war die, daß auch der Hinweis darauf mit einer außerordentlich großen Überempfindlichkeit hier vernommen wurde, in welcher Art und Weise die Ärzte auf dem Gebiet der Sozialversicherung, z. B. in der Kriegsbeschädigtenfürsorge und auf allen anderen Gebieten, gearbeitet haben.

Wir wissen im allgemeinen aus der Sozialversicherungspraxis, daß ein Vertrauensarzt täglich als höchste Leistung etwa 25 bis 30 Untersuchungen durchführen kann und in der Zeit, als der Nationalsozialismus eine höhere Leistung verlangte, haben sich die Ärzte bereit erklärt, bis zu 60 Untersuchungen täglich durchzuführen, und zwar deshalb, weil sie für diese Untersuchungen zwei Mark Sonderhonorar bekamen. Diese Sonderhonorare mußten von den Versicherungsträgern bezahlt werden, und wir können namentlich nachweisen, daß Kollegen der Herren Kollegen Dr. Bühner und Dr. Sinnert im Monat 1600 Mark an Sonderhonoraren erhalten haben, bloß für diese Zahl der Untersuchungen, die weit über das mögliche und notwendige Maß hinausgingen. Diese Tatsachen genügen allein schon, um nachzuweisen, in welcher unglaublichen Form die Ärzte auf diesem

Gebiet gearbeitet haben und daß sie durchaus nicht die Rücksicht verdienen, die sie jetzt in Anspruch nehmen, namentlich nicht die Überempfindlichkeit, die hier an den Tag gelegt wird.

Zu diesem Kapitel, und damit möchte ich abschließen, stimme ich mit dem Herrn Kollegen Dr. Bühner durchaus überein. Wir haben heute morgen außerordentlich wichtige politische Themen behandelt, aber das Wichtigste hat der Herr Kollege Dr. Bühner schon hervorgehoben. Das einzige Gut, das uns als Deutschen noch verblieben ist, nämlich die Arbeitskraft des deutschen Menschen, die furchtbaren Schäden gelitten hat, kann nur dadurch wieder gehoben werden, daß man das Arzttum wieder auf den Weg zurückführt, auf dem die Ärzte diese Aufgabe in Zukunft erfüllen sollen. Und um die Ärzte dazu fähig zu machen, ihnen den Weg zu weisen, ist die Sozialdemokratische Partei jederzeit gerne bereit.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Sinnert.

Dr. Sinnert (SPD): Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich die Absicht, nach den wirklich etwas sehr langen Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Bühner einen freundlicheren Ton hereinzubringen. Aber das fällt mir nun nach den Ausführungen des Herrn Kollegen Peschel außerordentlich schwer. Es wäre mir lieber, ich bräunte jetzt nicht zu reden. Denn es hat mich innerlich so tief erregt, daß ich wahrscheinlich wiederum an dem Rand eines Ordnungsrufes vorbeistreiche. Ich muß mich sehr zusammennehmen, um ihn nicht gleich zu erhalten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, selbst bei den verschiedenen Auseinandersetzungen in unserem Hause und soweit ich politische Debatten in anderen Parlamenten kennengelernt habe, war es doch noch nicht da, daß man einen einzelnen Stand in dieser Weise für verbrecherische Elemente haftbar macht, die es in jedem Stande gibt, wie es hier geschehen ist.

(Sehr richtig! — Stof: Nur eine verkehrte Formulierung!)

— Mag sein, daß es eine verkehrte Formulierung war. Aber wenn ein Mensch in der Welt das Vertrauen seiner Mitmenschen braucht, so ist es doch der Arzt. Denn man gibt dem Arzt noch mehr in die Hand als dem gleichstehenden Geistlichen. Auch der Arzt muß sich um das seelische und um das körperliche Wohl des Patienten kümmern, der Geistliche doch mehr nur um das Seelische.

Aber wenn nun ausgerechnet ein Mann, der sich Arbeiterführer nennt, die Atmosphäre so vergiftet! Es kommt ja nicht auf einen verkehrten Wortlaut hinaus, Herr Kollege Stof, sondern es kommt darauf hinaus: Hier steht ein Mann, Direktor der Landesversicherungsanstalt Oberbayern, das sind Sie doch, Herr Peschel, der hat gesagt: Unter den Ärzten sind Leute, die jedes Verbrechen begehen, das es irgendwo einmal gegeben hat. So wird das dann weitergetragen. Ich würde es dankbar begrüßen, wenn Herr Peschel von sich aus eine Erklärung geben würde, in der er feststellt, was er meint. Ich habe schon einmal, und zwar in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses, gerade Herrn Peschel gesagt, man möge doch endlich von den Märgen aufhören, von den zwei Wartezimmern beim Arzt zu sprechen. Wo gibt es denn heute bei dieser Wohnungsnot noch zwei Wartezimmer beim Arzt? Ein Regierungspräsident hat über den Flüchtlingskommissar veranlaßt, daß die Ärzte ihre Wartezimmer als Wohnzimmer benutzen sollen. Der Arzt kann dann am Abend in sein nicht gut belüftetes Zimmer gehen. Wie kann man bezartige Kindererzher noch hier erzählen? Ich weiß nicht, ob Herr Peschel außer der Überzeugung des Hippokrates, die er uns einmal in einer Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses mitgebracht hat, auch noch andere Bücher auf diesem Gebiete gelesen hat. Ich möchte beinahe meinen, er hätte das sehr humorvolle Buch des Herrn Dr. Massauer von München gelesen. Da kommt die Geschichte von der Geheimratsfrau vor, die mit 37½ Grad ins Bad steigen soll. Denken Sie doch alle, die hier sitzen, daran: Wie sind Sie auf die Welt gekommen, wie sind Ihre Kinder auf die Welt gekommen? Da ist der Arzt stundenlang, nicht weil er den Geldbeutel klingen hören, da-gesehen und hat gewartet und die Kreißende betreut und hat die Familie getröstet, wenn einmal etwas eingetreten ist. Lumpen gibt es in jedem Beruf. Ich bin kein Arzt, ich

(Dr. Sinnert [SPD])

vertrete als Zahnarzt nur ein Teilgebiet. Aber was die Ärzte Gutes getan haben an den Menschen, das kann man nicht in Worten schildern.

(Sehr richtig!)

Lesen Sie einmal darüber nach und suchen Sie nicht Heftartikel heraus, wie sie in einer gewissen Presse gestanden sind! Glauben Sie, Herr Kollege Pöschel, der Sie als Führer und Vertreter der Gruppe der Sozialversicherung angehört, daß Sie mit solchen Ausführungen das wiederherstellen, wonach die Ärzte und Zahnärzte krampfhaft suchen, nämlich das Vertrauen der Patienten wieder zu erwerben? Was Sie uns hier vorlegen und was Sie aus dem Nürnberger Ärzteprozeß vorbringen — es sind 13 Ärzte von 52 000 deutschen Ärzten, die dort sitzen —, das kann doch nicht maßgebend sein, sondern maßgebend ist, daß ohne Rücksicht auf Geldentschädigung von jedem Arzt und jedem Zahnarzt die Berufstätigkeit ausgeübt wird. Lesen Sie einmal nach, was in der Standesordnung deutscher Ärzte und in der Standesordnung deutscher Zahnärzte vor 1933 stand und jetzt selbstverständlich wieder aufgenommen werden soll! Darin heißt es:

Der Beruf des Arztes ist Dienst an der Volksgesundheit.

Und wenn Sie sich einmal die Gebührenordnung oder sonst etwas anschauen wollen, die auch von uns mitbearbeitet worden ist, dann werden Sie immer den gleichen Tenor finden, daß wir nicht um Geld arbeiten wollen, sondern daß wir selbstverständlich das Geld als Tauschmittel dazu brauchen, uns das anzuschaffen, was zum Leben und für den Beruf notwendig ist. Der ist kein guter Arzt, der um des Geldes willen allein seinen Beruf ausübt, und weil wir zutiefst davon überzeugt sind, daß das so ist, darum wollen wir endlich wieder haben, was wir uns aus eigener Initiative, nicht durch Sie, nicht durch die Sozialversicherung, sondern im Gegensatz dazu geschaffen haben, nämlich eine deutsche Ärzteordnung, die dem wieder Rechnung trägt, was im hippokratischen Eid ausgeführt wird. Auf dessen Boden steht jeder anständige Arzt in Deutschland. Sie werden mir nicht nehmen wollen, daß ich behaupte, daß es solche anständige Menschen gibt; sollten es heute die wenigeren sein, so helfen Sie uns bitte, daß es die mehreren werden! Dazu dient nämlich das Ärztegesetz, das wir wünschen. Wir wollen hier nicht mit dem leidigen Wort Koalitionszwang arbeiten. Wir sind zutiefst überzeugt: Wenn ein Beruf große Anforderungen an den Menschen stellt, dann ist es der Arztberuf. Ich stehe lang genug darin und arbeite mit Ärzten zusammen. Ich habe mich in meiner 41jährigen Berufstätigkeit nie gefragt, und der Herr Kollege Dr. Bühner wird sich auch nicht einer Minute erinnern, wo es geheißen hat: Wollen wir 40 Stunden arbeiten oder 48 Stunden, wollen wir ein freies Wochenende haben oder nicht? Ich habe Pfingstsonntag gearbeitet. Ich erkenne das als meine Pflicht an. Aber für Sonntagsarbeit bekommt in normalen Fällen der Arzt keinen Pfennig Honorar, sondern er verweist seinen Patienten zurück an den Arzt, der ihn vor dem Sonntag behandelt hat. Wo gibt es das wieder? Wenn man uns nun das Recht nehmen will, daß wir für Ordnung in unserem Stand sorgen, dann erreichen Sie das Gegenteil, Herr Kollege Pöschel. Den guten Glauben will ich Ihnen nicht absprechen. Ich möchte nur endlich, daß das, was Sie wahrscheinlich von Jugend auf hineingefressen haben an Minderwertigkeitskomplexen, einmal aus Ihnen herauskommt, daß Sie endlich einmal lernen, um was es sich dreht auch bei der Sozialversicherung: Die Bedürftigen und Armen zu betreuen. Weil der Arzt ohne das Tauschmittel Geld nicht leben kann, muß ihm auch die Sozialversicherung etwas dafür zahlen. Wenn Sie den Weg weiterbeschreiten, den Sie mit Ihren Ausführungen beschritten haben, dann begreife ich nicht, warum Sie Sozialdemokrat und nicht Kommunist sind, denn dort bekommt der Arzt kein Honorar mehr, aber dort ist die Arbeitszeit für ihn so geregelt, wie sie es für den Arbeiter ist, dort hat er seine Dienststunden, und was danach geschieht, darum möge sich ein anderer kümmern. Das will keiner von uns. Wir legen größten Wert darauf, daß endlich durch ein Gesetz, das bisher im Innenministerium bewußt sabotiert worden ist —

Präsident: Ich weise diese Ausführungen ebenfalls zurück.

Dr. Sinnert (SPD): — Das können Sie nicht, weil Sie den Sachverhalt nicht kennen.

Präsident: — Ich rufe Sie wegen dieser Äußerung jetzt zur Ordnung. Sie dürfen dem Vertreter der Staatsregierung nicht Sabotage vorwerfen.

Dr. Sinnert (SPD): Doch, das tue ich, ich werde jetzt den Beweis dafür antreten. Nicht wir waren es, die nach dem Gesetz gedrängt haben, sondern die Dinge lagen in Bayern so: Wir hatten in Bayern schon längst eine ärztliche Gesetzgebung in der Form — ich will Sie damit nicht langweilen, ich will Ihnen die geschichtliche Entwicklung nicht aufzeigen, sondern ich will mit dem vorläufigen Ende beginnen —: Im Jahre 1927, also in einer Zeit, in der der Nationalsozialismus in Bayern nichts zu sagen hatte, bekamen wir ein ausgezeichnetes Ärztegesetz mit Zustimmung des Bayerischen Landtags. Dieses Gesetz trug all dem Rechnung, was wir verlangen konnten, nämlich, diesen nach unserer Ansicht hochwertigen Beruf, wenn es sein mußte, zwangsweise dazu zu bringen, daß er seinem Ideal nicht untreu werden sollte. Ich glaube als damaliger Vorsitzender der deutschen Zahnärzteschaft, der ich bis zum Jahre 1933 war, sagen zu können, daß es das beste Ärztegesetz war, das wir in Deutschland hatten. Es ist durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 zwar nicht aufgehoben, aber vollständig in die Ecke gestellt worden. Warum denn? Meine Damen und Herren, überlegen Sie sich doch einmal: Wenn die Nazis etwas tun, dann müssen wir doch sehr bedenklich sein, wenn wir das gleiche tun wollen. Das sollten sich doch gerade die Herren auf der linken Seite des Hauses überlegen.

(Zuruf von der SPD: Da hätten Ärzte nicht mitarbeiten dürfen!)

— Ich hatte auch nicht mitgearbeitet, aber ich mußte meine Kranken betreuen, und das mußten die Ärzte auch, und ich habe noch nicht gehört, selbst von dieser Seite des Hauses noch nicht, daß man einem Arzt vorgeworfen hätte, er habe gefragt: Sind Sie Parteimitglied oder nicht? Ich glaube, sie haben die Kranken alle treu und brav betreut. Wenn die Nazis dieses Ärztegesetz ausgeschaltet haben, so hatten sie ihre guten Gründe dafür. Dieses Ärztegesetz, das auf reiner Selbstverwaltungsbasis gegründet war, mußte ja jedem totalitären Staat in die Augen stechen. Darum haben die Nazis dieses Gesetz nicht aufgehoben, sondern sogar einen kommissarischen Präsidenten belassen, dessen Tätigkeit darin bestand, daß er während der zwölf Jahre die Aufwandsentschädigung eingesteckt hat. Es war eigentlich so, daß nach dem Hinausstreifen der Nationalsozialisten das Ärztegesetz noch zu Recht bestand. Ich habe damals schon gesagt: Es wäre besser gewesen, man hätte es gelassen, wie es war, und gar keine Änderungen hineingebracht. Es waren lange Verhandlungen, ich habe sie zum Teil selbst mit der Militärregierung über dieses Gebiet geführt. Denn die Militärregierung hat zur damaligen Zeit den größten Wert darauf gelegt, daß die Ärzteschaft wieder in eine festgefügte Ordnung kommt, die ihr vorher durch die Nazis genommen worden war. Und da sollte das neue Ärztegesetz zur Durchführung kommen, dessen Sinn und Inhalt im wesentlichen vollkommen übereinstimmt mit dem Gesetz, das im Jahre 1927 bestand, das sich in den grundsätzlichen Bestimmungen überhaupt nicht unterscheidet von dem damaligen Ärztegesetz. Es ist im Mai vorigen Jahres erlassen worden. In diesem Gesetz steht, daß die Ärztekammer — die Zahnärzte sind immer auch damit gemeint, weil es ein Gesetz ist —, eine Berufsgerichtsordnung, eine Niederlassungsordnung und eine Standesordnung eingeführt werden sollen. Und nun frage ich Sie: Wenn in einem doch verhältnismäßig kleinen Sektor, wie es die Ärzte- und Zahnärzteschaft zahlenmäßig ist, ein Jahr vergeht, ohne daß überhaupt etwas geschieht zur Durchführung eines Gesetzes, das mit Zustimmung der Militärregierung von der Staatsregierung und dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Hegner erlassen wurde, wenn einfach alles liegen bleibt, was soll das bedeuten? Nachdem der eine Präsident abgeschossen war, ist man im Innenministerium sogar so weit gegangen, daß man einen Mann hinstellte, dem jede fachliche Voraussetzung für dieses Amt abgeht. Wenn man in einem demokratischen Staat lebt, muß man doch erwarten, daß der Mann, der einen Beruf vertritt, auch von diesem Beruf anerkannt wird. Können Sie mir vielleicht einen Vertreter des Bauernverbandes nennen, den die ganze Bauernschaft ablehnt? Das

(Dr. Sinnert [SPD])

halte ich für unmöglich. Hier ist dagegen ein Affront gegen die bayerische Ärzteschaft erfolgt. Das Ansehen dieses Mannes bei der bayerischen Ärzteschaft ist außerordentlich gering.

(Zuruf: Warum?)

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte nicht gerne mit Details kommen, weil der Mann sich hier nicht verteidigen kann, man sollte in einem solchen Fall von einer Namensnennung Abstand nehmen.

Ich kann nur das Faktum feststellen, daß die bayerische Ärzteschaft diesen Mann ablehnt und, wenn es nützt, dies auch begründen will. Wir sprechen hier oft von bayerischer Eigenstaatlichkeit, und es ist doch kein Geheimnis, daß gerade wir von der Freien Demokratischen Partei nicht allzusehr unter dem Odium des Bajuwarismus leiden. Aber wir legen schon in gewissen Dingen auch Wert auf unsere Eigenstaatlichkeit; dazu gehört dieses Gebiet. Wir können doch verlangen, daß der Präsident, auch der kommissarische Präsident einer bayerischen Ärztekammer, wenigstens ein Bayer ist. Oder will mir vielleicht der Herr Peschel weismachen, daß es in Bayern unter den damals 6500 bayerischen Ärzten nicht einen einzigen Mann gegeben hat, den man an die Spitze stellen konnte? Ich glaube, einen hätte man finden können. Ich will nicht sagen, daß hier die plötzliche Liebe dieses Herrn zur Sozialdemokratischen Partei entscheidend war, das nehme ich nicht an, denn ich bin ein sehr objektiv denkender Mensch. Aber es ist ein sehr merkwürdiger Zufall, daß das so war. Es ist ein weiterer merkwürdiger Zufall, daß der Mann, der vielleicht darüber zu entscheiden hat, der Ministerialreferent, der gleichen Partei angehört; es ist merkwürdig, daß auch die anderen Herren, die teils mit Namen genannt werden, wiederum der gleichen Partei angehören.

(Zurufe von der SPD.)

— Meine Damen und Herren, ich bin objektiv genug, ich suche die Mitarbeiter in meinem Beruf, wo ich sie finde. Ich hätte einen Arzt nicht zu fragen, welcher Partei er angehört. Aber wenn man die Zusammenhänge ansieht, wenn man dann noch Zusammenhänge kennt, die sich im Innenministerium bei der Abhebung des früheren Referenten Professor Dr. Seuffert abgespielt haben, wenn man weiß, wer hier einen Brief an die Militärregierung geschrieben hat — ich würde mich freuen, wenn der Herr Innenminister zuhören würde, ich möchte gerne wissen, Herr Minister: Wer hat den Brief an die Militärregierung geschrieben, der zur Abhebung des damaligen Referenten Dr. Seuffert geführt hat? Das würde uns sehr interessieren. Wie merkwürdig war es, daß ausgerechnet der Ministerialreferent des bayerischen Innenministeriums, Herr Weidner, im Ärztekammerhaus eine Wohnung bekommt? Es wäre noch manches zu sagen. Wie war es möglich, daß der zuständige heutige Referent sich hilfeleidend an andere Menschen wenden muß, obwohl er der gleichen Partei angehört wie der Herr Innenminister?

Die Zustände in der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums schreien zum Himmel. Dies muß klar und deutlich gesagt werden. Ich habe dies auch in meiner Gegenklärung zur Regierungserklärung wiederholt zum Ausdruck gebracht. Man stelle sich vor, was es in einer so gefährdeten Zeit wie heute für das Gesundheitswesen bedeutet, daß von den 142 Gesundheitsämtern, die Bayern hat, 14 überhaupt nicht und von den übrigen 128 nur 78 mit Bayern besetzt sind, während die anderen zum Teil mit sogenannten norddeutschen Ärzten, zum Teil mit Neubürgern besetzt sind, von denen fast gar keiner das Physikat besitzt. Man stelle sich vor, daß man im bayerischen Rundfunk unter der Überschrift „Eigenstaatlichkeit Bayerns“ auffordert, nach Düsseldorf zu gehen, weil dort Kurse für Kreisärzte eingeführt worden seien. Ich entsinne mich, dem Herrn Ministerpräsidenten schon einmal persönlich gesagt zu haben, daß wir hier die Eigenstaatlichkeit Bayerns wahren sollten. Es müßte doch einem Staat, der doppelt so groß wie die Schweiz ist, möglich sein, sein Arztwesen selbst zu ordnen. Wir haben dies früher gut gekonnt und werden es auch heute wieder können. Wie ist es zu erklären, daß die fünf Medizinalreferenten aller fünf Kreisregierungen Einspruch gegen die Personalpolitik der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums erhoben haben? Kennen Sie einen zweiten solchen Vorgang? Wie ist es möglich, daß

der zuständige Referent der Gesundheitsabteilung im Innenministerium sich hilfeleidend an den Ministerpräsidenten wenden muß, um zu erfahren, welche Rechte er als Referent überhaupt besitzt? Dort gehen nämlich die ihm zugeteilten Referenten auf Reisen, ohne dies ihrem Vorgesetzten mitzuteilen und ohne ihm Bericht zu erstatten. Sie sind zum Teil auch jetzt wieder verschwunden. Wie ist ein solcher Zustand möglich? Sehen Sie, Herr Peschel, da müssen Sie hineinfitzen! Da würden Sie dem deutschen und bayerischen Volk einen Dienst tun.

Ich könnte diese Angriffe noch fortsetzen, wenn ich wollte. Ich erinnere daran, daß da drinnen bis zum heutigen Tag ein Mann herumläuft, der keinerlei Amt hat und den der Innenminister als eine Art Erlöserfigur betrachtet. In den Ministerien haben Leute, die kein Amt haben, nichts zu sagen. Solche Leute, die lediglich auf Grund von Krücken gewerkschaftlicher oder politischer Natur herangezogen werden, haben nichts darin verloren. Warum sitzt im Innenministerium wiederum ein Mann, der ausgerechnet auch wieder aus Berlin kommt? Ich habe nichts gegen die Berliner als solche, aber wir sprechen hier immer von der bayerischen Eigenstaatlichkeit. Der Mann hat das große Glück, ein juristisches und ein medizinisches Examen zu haben. Dies ist ein kolossaler Vorzug. Es erinnert mich aber allzusehr an die Geschichte von einem Leipziger Chirurgen, der sehr gut Cello spielte. Von ihm sagten alle Cellisten, er ist ein ausgezeichnete Chirurgen, und alle Chirurgen, er ist ein ausgezeichnete Cellist.

(Weiterkeit.)

So kommt mir auch dieser Fall vor. Wie macht man es heutzutage, daß man Referenten ins Innenministerium bekommt, die nicht dem Personalamt beim Ministerpräsidenten unterstehen? Alle Beamten im Ministerialrang müssen bekanntlich über diese Personalabteilung gehen. Das ist sehr einfach. Man macht sie zum Oberregierungsrat, dann sind sie keine Ministerialräte. So kann man es auch machen. Es ist dann aber kein Wunder, wenn die befähigten Menschen, die wir noch haben, sich zurückziehen. Wie ist es dem hochverdienten Präsidenten Dr. Wirsching ergangen, der der Mitschöpfer des bayerischen Ärztegesetzes ist? Die Nazis haben ihn als Regierungspräsidenten in Regensburg abgesetzt. Trotz seines hohen Alters von über 70 Jahren hat er sich dem Innenministerium noch zur Verfügung gestellt, und der Herr Minister hat selbst erklärt, daß er ihm dankbar dafür sei. Er ist verärgert herausgegangen, weil er die dort herrschenden Zustände nicht mehr mit ansehen konnte. In der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums herrscht keine Ordnung. Deshalb haben wir auch von uns aus verlangt, daß auch hier einmal ein Untersuchungsausschuß nachprüfen möge, wie die Personalpolitik da drin aussieht. Herr Peschel, da haben gerade Sie das größte Interesse daran, mit uns an einem Strang zu ziehen. Das können Sie doch unmöglich dulden, wenn Sie hier immer so die negativen Seiten hervorheben, während wir es in positivem Sinne versuchen. In meiner Gegenklärung zur Regierungserklärung habe ich schon ausgeführt, daß wir in Bayern auf dem Gebiet des Gesundheitswesens eine vorzügliche Tradition hatten. Wir hatten in einem Mann wie Dieudonné als Leiter der Gesundheitsabteilung im Innenministerium einen Mann von Welt Ruf. Ich habe selbst noch die Ehre gehabt, mit ihm zu verhandeln. Soll das in Bayern nicht wieder möglich sein? Sehen Sie, so steht mein Herz aus: Ich bin in erster Linie Deutscher, aber ich will auch dafür sorgen, daß der engere Staat, dem ich angehöre, wo es möglich ist, an der Spitze steht. Und hier ist es möglich. Ich glaube, das ist ein Gedanke, an dem wir alle mitarbeiten sollten.

Ich habe mein Herz nun ein bißchen erleichtern können und möchte nun auf den eigentlichen Sachverhalt eingehen. Heute ist, glaube ich, das Wort Chaos in den verschiedenen Aussprachen schon zwanzigmal gefallen. Hier herrschen wirklich chaotische Zustände, aber nicht so, wie Herr Ministerialrat Schieffel vom Arbeitsministerium es darstellt. Hier herrschen nämlich keine chaotischen Zustände, aber sie herrschen dort, wo es sich um die Verteilung der Ärzte handelt. Wenn man hier von Koalitionsfreiheit und von Gewerbefreiheit spricht, ist es nichts weiter als ein übles Schlagwort. Wir wissen, daß es schon längst in Deutschland keine Gewerbefreiheit mehr gibt und daß ganze Berufe mit sehr ein-

(Dr. Sinnert [S D P])

engenden Bestimmungen davon ausgenommen sind, wie Apotheker, Kammerlehrer, Hebammen usw. Ich erinnere an die Gesetze, die wir schon im Landtag hatten, wo sogar an der Gewerbepolizei nachgeprüft wird, ob jemand sein Metzger- oder Bäckergerwerb ausüben darf, oder ob diese Zweige nicht überfüllt sind. Den Einengungen der Gewerbefreiheit liegen ganz bestimmte Erfahrungen zugrunde. Sie treffen genau so auf den ärztlichen Beruf zu. Man will nämlich dadurch verhüten, daß jemand in wilder Niederlassung Geld raffen kann, wo er es findet, weil er ein schwacher Charakter ist. Es ist ähnlich, wie wir es heute bei den Wirtschaftsgelesen besprochen haben.

Nun komme ich auf einen Kernpunkt der Auseinandersetzung zu sprechen. Dem Abgeordneten Peschel, der kein Neuling ist, müßte bekannt sein, daß die bayerische Ärzteschaft aus eigener Kraft dafür gesorgt hat, daß in den Waldhöfchern des Bayerischen Waldes und in der Rhön Ärzte eingesetzt werden konnten, denen die Ärztekammer als Berufsorganisation ein Mindesteinkommen garantiert hat. Warum ist dies möglich gewesen? Weil die Ärzteschaft in ihrer Berufsvertretung vor 1933 den Ehrgeiz hatte, nicht nur als Einzelne, sondern in der Gesamtheit dem hippokratischen Eid nachzueifern und dafür Opfer zu bringen. Dies sollte auch entsprechend anerkannt werden! Ich glaube, man darf hier ruhig hervorheben, wie viele Beratungskstellen die Ärzte von sich aus eingerichtet haben und wie viele Arbeit sie in wissenschaftlichen Zeitschriften usw. geleistet haben. Natürlich gibt es auch hier schlechte und schwache Elemente. Die schlechten Elemente werden wohl eines Tages dem Strafgericht anheimfallen. Die schwachen Elemente bedürfen der Stützung. Aus diesem Grunde verlangen wir, daß die ärztliche Organisation eine gewisse — ich scheue mich nicht, dieses Wort zu gebrauchen — Disziplinargewalt über ihre Angehörigen hat. Es ist dies eine absolute Notwendigkeit.

(Sehr richtig!)

Man kann nicht alles, was der Arzt zu tun und zu lassen hat, durch den Strafrichter erfassen. Das Innenministerium, gegen das sich hier wiederum mein Vorwurf wendet, muß aus jahrzehntelangen Erfahrungen wissen, daß wir deshalb eine Berufsgerichtsordnung brauchen, wie wir sie von 1927 bis — staunen Sie! — 1945 gehabt haben. Jetzt, wo wir die Demokratie haben und eine Selbstverwaltung wünschen, haben wir sie nicht mehr! Glauben Sie, daß das ein Fortschritt in der Demokratie ist? Ich glaube das nicht.

Was wir sonst noch fordern, ist die Standesordnung. Hierüber zu reden, würde zu weit führen. Man kann unmöglich die Einzelheiten eines Berufsstandes vor dem Landtag ausbreiten. Wir sind aber durchaus bereit, diese Frage in dem zuständigen Ausschuss zu beraten, in dem alle Parteien vertreten sind und jeder seine Meinung äußern kann. Ich glaube, Sie werden an der Standesordnung der deutschen Ärzte kein Komma ändern. Ich sehe dies voraus, obwohl ich mich nicht gerne zum Propheten mache. Sie werden anerkennen müssen, daß gerade diese Standesordnung das verhindern soll, was Herr Peschel hier anzuprangern versucht, nämlich jede Art von Reklame. Jede Reklame, nicht nur die in Lichtspielhäusern, muß verhindert werden; denn für den Arzt ist allein das Vertrauen seines Patienten entscheidend. Dieses kann nicht mit unläuterer Mitteln und durch Reklame erworben werden, sondern nur durch die gewissenhafte Berufsausübung. Dies muß in der deutschen Standesordnung wiederum festgesetzt werden. Sie ist durch die Nazis verkauft worden, weil sie auch da ihre bekannten Bestimmungen hineingebracht haben, die wieder heraus müssen. Obwohl das Gesetz über ein Jahr alt ist, ist es bis heute nicht erlassen worden. Man hätte auch die alte Standesordnung wieder auspacken können.

Das letzte ist die Niederlassungsordnung. Ich habe schon angedeutet, um was es sich hier dreht. Wir Freien Demokraten legen den allergrößten Wert darauf, daß die Freiheit der Persönlichkeit wirtschaftlich und menschlich so weit gewahrt wird, als dies überhaupt möglich ist. Aber sie findet mit Recht ihre Grenzen in der Verfassung. Wir wollen diese Grenzen in einer Ordnung niedergelegt haben. Diese Ordnung soll nicht zuletzt dazu

dienen, die Tausende von Neuzürgern aus ärztlichen und zahnärztlichen Kreisen zu einer geordneten Zulassung zu bringen.

Was geschieht aber heute im Innenministerium? Hier wird nicht nach einem Bedürfnis gefragt, sondern es wird einfach niedergelassen. Was geschieht im Arbeitsministerium, dem die Zulassungsbestimmungen unterstehen? Hier wird bewußt unwahr behauptet, daß ein Chaos in Bayern herrsche. Ich wiederhole das Wort: bewußt unwahr; denn es herrscht kein Chaos, weder bei den Ärzten noch bei den Zahnärzten und den Dentisten. Wir haben alle Voraussetzungen für eine geordnete Zulassung. Aber die Zulassung ist etwas anderes wie die Niederlassung. Die Zulassung besteht sich ausschließlich auf die Krankenkassen. Die Niederlassung ist etwas anderes. Ob man sie verquiden soll oder nicht, ist eine Frage, die die zuständigen Instanzen unter sich ausmachen müssen. Hier handelt es sich um die Niederlassung. Wenn man heute nachprüft, ob sich an einem bestimmten Ort 10 Metzger, 10 Bäcker und 5 Schuhmacher niederlassen dürfen oder verteilt werden können, so ist dies bei einem so wichtigen Beruf wie dem Arztstand noch viel notwendiger. Wir würden sonst erleben, was wir heute dank der Unordnung in der Gesundheitsabteilung des Innenministeriums erleben müssen, daß von den 11 000 bayerischen Ärzten ein volles Viertel in München sitzt. Wir wollen kein Geheimnis daraus machen, warum das so ist. Draußen wird genauer geprüft, was der einzelne leistet, als in der Großstadt. Vielleicht sind auch die Erwerbsmöglichkeiten in der Stadt günstiger. Ich scheue mich nicht, bei meinen Verhandlungen mit den Krankenkassen zu sagen: Wir wollen auch verdienen, weil wir davon leben. Aber es darf kein Übermaß sein. Viele wählen deshalb die Großstadt, weil sie glauben, hier könne man mehr verdienen. Wir brauchen also eine Niederlassungsordnung. Hier müßte Herr Peschel mitrücken und froh sein, daß wir so etwas wollen. Es ist dies besonders erforderlich, wo die Zahl der Ärzte so groß geworden ist. Sie hat sich praktisch fast verdoppelt, obwohl die Bevölkerung nur um 25 Prozent zugenommen hat. Es handelt sich hier um ganz schwere Probleme. Diese Probleme sind uns seit Jahr und Tag bekannt. Wir haben gemerkt, was uns bevorsteht im Jahre 1945. Wir haben darauf aufmerksam gemacht. Wir wollten diese Ordnung haben. Wir haben sie gehabt. Sie ist uns gestört worden durch das Arbeitsministerium. Dieses Ministerium hat die chaotischen Zustände geschaffen. Gott sei Dank konnte das Schlimmste bis jetzt noch vermieden werden. Es nützt nichts, wenn Herr Ministerialrat Schieckel ein etwas höhnisches Lächeln aufsetzt. Wenn ich hier als Vertreter des Volkes rede, verlange ich, daß der Referent eines Ministeriums mir die Achtung entgegenbringt, die er auch von mir verlangen darf.

(Zuruf: Der Sitz der Ministerialreferenten ist dort oben!)

— Ich glaube, er sieht sich nicht gerne im großen Licht der Öffentlichkeit.

Die Parteifreunde des Herrn Peschel bitte ich, noch ein Kapitel zu beachten. Woher rührt der unterirdische Kampf gegen die Ärzte- und Zahnärztekammer? Das muß schließlich seinen Grund haben. Dieser Grund muß in Personen verkörpert sein, die mit der Ausführung zu tun haben. Es gibt bayerische Ministerialbeamte, die auf eigene Faust nach Berlin fahren und dort erklären, die Ärztekammern gehören verboten.

(Zuruf: Oh!)

Ich habe in der Sitzung des Sozial- und Unterausschusses im Länderrat in Stuttgart mit eigenen Ohren angehört, daß der unserm bayerischen Referenten kongeniale Ministerialdirektor Ernst, früher Vorsitzender der Ortskrankenkasse Frankfurt am Main, erklärt hat, diese Kammern gehörten verboten. Es war dies, als ich sagte, daß wir in Bayern kraft Gesetzes Ärztekammern hätten. Sie bestehen übrigens nicht nur in Bayern, sondern auch in Baden und in Nordrhein. Wir haben überall solche Ärztekammern. In Württemberg und Hessen gibt es kommunalistische Ärztekammern. Seit dieser Zeit müßt man nun gegen die Kammern. Wer steckt eigentlich dahinter? Man vermutet dahinter eine gewisse gewerkschaftliche Richtung. Ich habe mich noch nicht davon überzeugen können und bedauere, daß Herr Hagen nicht hier ist. Es ist dies ein sehr objektiv denkender Mann, mit dem man über diese Dinge gut reden kann. Ich

(Dr. Sinnert [SPD])

müßte einmal feststellen, ob es wahr ist, daß diese Herren als Vertreter des Bayerischen, hessischen oder württembergischen Volkes in Berlin erscheinen und sagen, es wäre dies der Wunsch der Regierungen oder des Volkes. Mit eigenen Ohren habe ich dies wiederum in Stuttgart gehört.

Ein kleiner Scherz nebenbei! In den Unterausschüssen sitzen nur Regierungsbeamte und ähnliche Leute. Sie tagen im allgemeinen hinter verschlossenen Türen. Es gibt nunmehr einen Parlamentarischen Beirat, dem mein Parteifreund Dehler als Vertreter der Fraktion und ich als Stellvertreter angehöre. Nach der Geschäftsordnung haben die Beiräte das Recht, den Ausschusssitzungen beizuwohnen. Eines schönen Tages erscheine ich, und was mußte ich dort hören? Es ist uns bewußt unwahr in Bayern gesagt worden, die Militärregierung wünsche, daß die Sozialversicherung auf ihre Anordnung in einem ganz bestimmten Sinne geändert wird. Ich kam zu Ihnen das Originalprotokoll dieser Sitzung vorlegen. Darauf hat der Vertreter des OMGUS, Dr. Bloch, erklärt, die amerikanische Militärregierung sei der Ansicht, die Sozialversicherung sei eine deutsche Angelegenheit. Sie müßte sich in das Zulassungsrecht der Ärzte nicht einmischen. Wenn man trotzdem glaube, an die Militärregierung appellieren zu müssen, würde es, bis General Clay zu dieser Frage Stellung nehmen könnte, wahrscheinlich so lange dauern, daß bis dahin doch die Möglichkeit besteht müßte, daß Ärzte und Krankenkassen sich wieder vertragen, wie sie das früher auch getan haben. Wenn Dr. Bühner hier erklärt hat, die Ärzteschaft ist willens, so erkläre ich das gleiche für die bayerische Zahnärzteschaft und füge, allerdings ohne Auftrag, hinzu, daß auch die bayerische Dentistenchaft dazu bereit ist. Bei dieser Tagung ist bewußt unwahr erzählt worden, die Ärzteschaft weigere sich, zu verhandeln. Ich will Ihnen einmal von dieser Körperschaft erzählen, wie es dort zugeht.

(Zuruf: Der Herr Minister muß darauf antworten!)

Es hat keinen Zweck, wenn wir die Probleme, die auf den Fingern brennen, aufschieben. Der Herr Minister ist von Amts wegen hier und kann das nächste Mal dazu Stellung nehmen. Im Übrigen richtet sich das, was ich sage, in dieser Art und Weise nicht gegen den Innenminister. Ich erkläre nochmals, wir sind, wie früher, bereit zu verhandeln. Wir haben keine Forderungen gestellt. Die Nazigesetze mit ihren Rassenbestimmungen müssen natürlich heraus. Sonst haben wir keine Forderungen zu stellen. Ich glaube, wir werden genau so friedlich und schiedlich mit unseren bayerischen Krankenkassen zusammenarbeiten wie wir das vor 1933 getan haben, wo ich die Verhandlungen auch für meinen Berufsstand geleitet habe. Warum hört man uns? Warum versucht man, diese Verordnung 66 durch Hintertürchen zur Durchführung zu bringen? Es wäre loyal gewesen, wenn man gesagt hätte, die Verordnung 66 ist zwar formell nicht aufgehoben, aber es liegt im Sinne des Hauses, sie außer Kraft zu setzen. Bitte widersprechen Sie, wenn es nicht so ist!

(Zurufe: Jawohl, es ist so!)

Ein Ministerialvertreter muß dann für den Willen der Volksvertretung so viel Verständnis haben, daß er ihn dem Sinne nach durchführt, auch wenn er mit dem Wortlaut nicht übereinstimmt. Auch dies ist nicht geschehen.

Nun komme ich zu den Anträgen selbst. An sich hat der Abgeordnete Weidner von unserer Fraktion den Antrag zu Art. 1 des Ärztegesetzes eingebracht. Wenige Tage darauf wurde das Mischlingsgesetz erlassen. Damit war der Antrag Weidner hinfällig geworden. Es erhob sich für uns die Frage, ob wir den Antrag aufrechterhalten sollen. Wir haben gesagt, jetzt haben wir endlich einmal eine Gelegenheit, uns das Herunterzureden, was uns drückt. Wir betrachten uns als einen wichtigen Faktor im Dienste der Volksgesundheit und nehmen es mit unserem hippokratischen Eid genau. Es wäre ein leichtes gewesen, den Antrag zurückzugeben, und damit wären alle anderen Anträge gefallen. Wir wollten aber einmal die Gelegenheit beim Schopf packen. Dr. Bühner hat einen Antrag gestellt, der sich nur auf die Niederlassung bezieht. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß bei dieser bewußten Außerlassung des bayerischen Ärztegesetzes nicht nur die Niederlassungsfrage zu behandeln ist, sondern auch die Berufsgerichtsfrage und die Standesordnung. Diese drei Kapitel bedürfen dringend der Erledigung. Sie liegen fertig vor. Ich glaube nicht, daß das nötige Ver-

ständnis vorhanden ist, weil, wie ich schon ausgeführt habe, in diesem Ministerium nicht die richtigen Sachbearbeiter vorhanden sind. Sie wollen vielmehr das Gegenteil von dem, was wir wollen. Mein Antrag und der meiner Fraktion geht weiter als der Antrag Dr. Bühner.

Nun ist heute morgen hierzu ein Antrag der Staatsregierung eingelaufen. Ich kann nicht umhin, der Staatsregierung zu danken, daß sie sich um diese Frage bemüht hat. Leider bin ich nicht in der Lage, dem Antrag der Staatsregierung voll und ganz zuzustimmen, denn er unterscheidet sich in einem Punkt von unseren Vorschlägen, nämlich die Kammern, nämlich die Landesärzte- und Landes-zahnärztekammer, über die Niederlassung selbständig entscheiden und sie nur dem Ministerium als der Dienstaufsichtsbehörde, wie es sich gehört, zur Überprüfung vorlegen sollen. Nach dem Antrag der Staatsregierung soll aber das Innenministerium die Entwürfe vorlegen und die Kammern sollen nur dazu gehört werden. Ich brauche nicht viel Worte zu machen, um zu sagen, daß ich diese Anhörung nach mehr als einjähriger Erfahrung mit dem allgerühmten Mißtrauen betrachte; wenn man jetzt ein Jahr gebraucht hat, um sich mit dieser Frage überhaupt zu befassen, muß ich sagen, ist mir die Anhörung zu wenig. Ich glaube, wir sollten das Prinzip der Selbstverwaltung, des Aufbaus der Demokratie von unten nach oben, wie es in unserer Verfassung, wenn auch nicht gerade für diese Berufe, ausgedrückt ist, vor allem da anwenden, wo es von den betreffenden Berufsangehörigen gewünscht wird. Wir wünschen einhellig, daß wir endlich diese Ordnung bekommen. Wer es nicht wünscht, hat Dreck am Stecken.

Zum Schluß darf ich Sie noch darauf aufmerksam machen: Wenn vielleicht Einwendungen kommen, daß diese zwangsgebundenen Körperschaften des öffentlichen Rechts irgendwelchen Anordnungen der Militärregierung entgegenstehen, so haben wir früher ein Gutachten des Justizministeriums eingeholt, das diese Bedenken zerstreut. Es ist neuerdings ein Gutachten des Justizministeriums eingelaufen, das ich allerdings noch nicht zugestellt bekommen habe. Ich kann also keine Stellung dazu nehmen. Es gründet sich auf Art. 179 der bayerischen Verfassung, wie mir gesagt wurde. Was wir hier wollen, ist doch die Befestigung eines, wenn es so weitergeht, immer stärker werdenden Notstandes. Es kann nicht so bleiben, daß in München 2600 Ärzte sitzen und im bayerischen Wald fehlen sie, daß sich in Bad Tölz 160 Ärzte niederlassen wollen usw. Hier muß für Ordnung gesorgt werden. Ich erinnere auch an die Frage der Spezialärzte. Wir müssen dafür sorgen, daß sie, wenn schon ein Überangebot vorhanden ist, richtig verteilt werden. Es ist höchste Zeit, daß das geschieht; denn allmählich fassen die Leute Fuß, kriegen endlich die Zugangs Erlaubnis, bekommen einen Raum, und jetzt müssen sie dann wieder heraus. Das wollen wir nicht. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir aber mit Beschleunigung danach trachten, daß wir eine Ordnung bekommen. Ich bitte Sie daher, lassen Sie unseren Antrag, der sich mit dem Antrag Dr. Bühner seinem wesentlichen Inhalt nach deckt, zur Geltung kommen und lassen Sie es nicht so, daß die Kammern nur das Recht der Anhörung haben! Ich glaube, daß wir da nichts weiter erleben würden, als daß wir eines schönen Tages wiederum an den Bayerischen Landtag mit der Frage herantreten und Sie wiederum mit Dingen befassen müssen, von denen wir gerne einsehen, daß sie viele von Ihnen nicht allzusehr interessieren. Aber die Ärzte gehören auch einmal zum Volksgang, und das Volksgange muß auch einen kleinen Berufsstand zu Worte kommen lassen, der, wenn er auch zahlenmäßig nicht groß ist, in seiner Bedeutung jedoch kaum von einem anderen Stand übertroffen wird.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abgeordneter Meixner.

Meixner (CSU): Nach Beilage 191 wurde am 10. April 1947 ein Antrag Bezold Otto folgenden Wortlauts eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung wird ersucht, einen parlamentarischen Unterausschuß einzusetzen, der die Personalverhältnisse in der Gesundheitsabteilung des Staatsministeriums des Innern prüft und Vorschläge zur Sicherung der Gesundheitsfürsorge für die bayerische Bevölkerung unterbreitet.

(Meizner [CEU])

Ich darf mir die Anfrage erlauben, was aus diesem Antrag geworden ist. Nachdem wir nichts weiter davon gehört haben, wollen wir unsererseits folgenden Antrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen: Nach Art. 25 der bayerischen Verfassung wird ein siebenköpfiger Unterausschuß zur Untersuchung der Mißstände im bayerischen Innenministerium, Gesundheitsabteilung, eingesetzt.

**Präsident:** Der Antrag braucht nach der Geschäftsordnung die nötige Unterstützung des Hauses. Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Der Antrag hat die genügende Unterstützung des Hauses gefunden, er ist angenommen.

Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, daß es Übung des Hauses ist, daß der Geschäftsverkehr nur zwischen den Abgeordneten und den Beauftragten des Landtagsamtes stattfindet.

Weitere Wortmeldungen liegen nun nicht mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung.

(Zurufel)

Der Herr Staatsminister müßte sich zum Worte melden.

**Staatsminister Seifried:** Ich bitte ums Wort.

**Präsident:** Ich mache Sie auf folgendes aufmerksam: Ich weiß nicht, wie lange Sie reden.

**Staatsminister Seifried:** Mindestens zwei Stunden. Hohes Haus, ich bitte um Gerechtigkeit. Ich bin als Innenminister in einer Art und Weise angegriffen, wie es bisher in diesem Haus überhaupt nicht vorgekommen ist. Jetzt soll ich keine Möglichkeit haben, auf alle diese Dinge zu erwidern. Dann weiß ich nicht mehr, was ich sagen soll. Dann verzichte ich.

**Präsident:** Sie verstehen mich falsch, es handelt sich nicht darum, daß ich Sie in der Redezeit beschränken wollte. Ich bin durch die lange Debatte in eine Zwangslage gekommen, weil um 8 Uhr hier in diesem Saale ein Konzert angelegt ist und daher der Saal um 7 Uhr geräumt werden soll. Selbstverständlich gebe ich Ihnen das Wort. Ich mache nur auf diese Sachlage aufmerksam. Ich habe es mir so gedacht, daß Sie jetzt in Kürze bis 7 Uhr zu den wichtigsten Dingen Stellung nehmen, und daß Sie dann in der neuen Sitzung, in der diese Tagesordnung zu Ende gebracht werden muß, neuerdings Stellung nehmen. Sie sollen in keiner Weise beschränkt werden.

**Staatsminister Seifried:** Darf ich den unmaßgeblichen Vorschlag machen, daß ich meine Ausführungen in der nächsten Sitzung als ersten Tagesordnungspunkt bringen darf? Denn, wenn ich jetzt zu sprechen beginne und dann abbrechen muß, um das nächste Mal fortzufahren, würde das eine derartige Benachteiligung meiner Erwidrerung darstellen, daß sie von niemandem in diesem Hause gewünscht werden kann. Soviel Gerechtigkeitsfönn werden Sie haben, um das einzusehen. Ich bitte also zuzustimmen, daß ich das nächste Mal als erster daran komme.

**Präsident:** Ich möchte als Präsident nicht den Eindruck hervorrufen, daß ich Sie behindern will.

**Staatsminister Seifried:** Ich habe nicht den Eindruck, daß das Haus mich behindern will.

**Präsident:** — Das kommt nicht in Frage. Ich möchte folgenden Vorschlag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung machen. Die Fortsetzung dieser Beratung kommt als erster Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung mit der Erklärung des Herrn Staatsministers. Natürlich kann diese Erklärung noch eine Debatte auslösen, wobei ich annehme, daß in der vorhergehenden Debatte bereits das Wesentliche gesagt worden ist. Inzwischen können die Anträge der Herren Abgeordneten Dr. Bühner und Dr. Kinnert sowie der Gesekentwurf der Staatsregierung dem Verfassungsausschuß zur Beratung überwiesen werden, so daß der Herr Staatsminister auch dort Gelegenheit hat, Stellung zu nehmen.

**Staatsminister Seifried:** Darf ich dazu kurz Stellung nehmen? Dieser Antrag der Staatsregierung wird deshalb bekämpft bzw. wird eine Korrektur für wünschenswert erachtet, weil eine gewisse Differenzierung in dem Sinne be-

steht, daß in dem Antrag der Staatsregierung vorgesehen ist, daß die Niederlassungsordnung, über deren Notwendigkeit alle Beteiligten einer Meinung sind, vom Staatsministerium des Innern nach Anhörung der zuständigen Kammern erlassen wird. Ich habe mir diese Anhörung niemals so vorgestellt, wie es von Herrn Abgeordneten Dr. Kinnert dargestellt worden ist. Ich war vielmehr der Auffassung, daß die Anhörung der Ärztekammer praktisch eine Mitarbeit bedeuten soll. Ich habe als Minister das größte Interesse daran, die Meinung und die Erfahrungen der hierfür zuständigen Berufsgruppen in diese Niederlassungsordnung hineinzuarbeiten. Infolgedessen würde die Handhabung nicht so werden, wie es nach dem schalen Wortlaut den Anschein haben könnte. Es soll sich praktisch also um eine Mitarbeit der Kammern handeln, um diese Niederlassungsordnung in eine Form zu bringen, daß endlich einmal der hier immer wieder auftauchende Streit beseitigt wird.

**Präsident:** Nach meiner Kenntnis der Dinge ist gemäß den Richtlinien der Militärregierung kein Berufsverband, mag er aussehen wie er will, ermächtigt, staatliche Befugnisse auszuüben. Das ist wiederholt schon in den Ausschüssen behandelt worden. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Fassung des Notgesetzes der Regierung zu verstehen. Ich kann mich weiter nicht in die Debatte einmischen. Ich würde es im Interesse der Ordnung der Ärzteangelegenheit für notwendig erachten, daß dieses Notgesetz sobald wie möglich verabschiedet wird. Es soll inzwischen im Ausschuß erledigt werden. Deshalb würde ich dem hohen Hause vorschlagen, jetzt die Abstimmung vorzunehmen unbeachtet des Umstandes, daß die Sache wiederum als erster Punkt auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird und der Herr Staatsminister als erster seine Erklärung abgibt.

(Scheffbeck: Soll die Sache an den Ausschuß überwiesen oder soll abgestimmt werden?)

— Der Präsident weiß schon, was er will.

(Dr. Schwalber: Wir wissen nicht immer, was der Präsident will.)

Ich komme darauf zu sprechen. Es wird naturgemäß über den Ausschußantrag abgestimmt — das ist Übung des Hauses —, der lautet:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag ein Gesetz zur Wänderung des § 1 des bayerischen Ärztegesetzes vom 25. Mai 1946 vorzulegen und dabei das ganze Ärztegesetz einer Umarbeitung zu unterziehen.

Diesen Ausschußbeschuß bringen wir zur Abstimmung. Dazu liegen die Ergänzungsanträge der Abgeordneten Dr. Bühner und Dr. Kinnert vor sowie der Antrag der Staatsregierung auf Erlass eines Notgesetzes.

Ich möchte nun über den Ausschußantrag abstimmen lassen. Die Zusatzanträge hierzu sind erst im Plenum eingebracht worden und waren dem Ausschuß nicht vorgelegen.

Herr Abgeordneter Scheffbeck!

**Scheffbeck (CEU):** Wenn zu einem Hauptantrag Zusatzanträge gestellt und diese Zusatzanträge an den Ausschuß verwiesen werden, muß eo ipso der Hauptantrag ebenfalls an den Ausschuß zurückverwiesen werden. Ich stelle daher den Antrag, auch den Hauptantrag des Ausschusses und die Zusatzanträge wiederum an den Ausschuß zurückzuverweisen.

**Präsident:** Diese Auffassung des Herrn Abgeordneten Scheffbeck ist an sich richtig. Aber die allgemeine Forderung nach Umarbeitung des Ärztegesetzes hat mit der speziellen Angelegenheit der Niederlassungsordnung nichts zu tun. Denn daß das Ärztegesetz einer Umarbeitung unterzogen werden muß, hat dem Wunsch des Ausschusses entsprochen.

Ich möchte nun aber bitten, daß die gesamten Anträge an den Ausschuß zurückverwiesen werden. — Das Haus ist damit einverstanden. Dann werde ich also die Angelegenheit dem Verfassungsausschuß zuleiten, der bis zur nächsten Sitzung mit dieser Frage fertig werden muß.

(Zuruf: Was soll der alles machen?)

— Das muß erledigt werden, die Ärzteangelegenheit möchte ich im Plenum einmal zum Abschluß bringen. Sie hat doch Anspruch darauf, einmal erledigt zu werden.

(Präsident)

Dann schlage ich Ihnen vor, die Sitzung nunmehr abzubrechen und zu vertagen sowie die nächste Vollsitzung auf Dienstag, den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, anzuberaumen, wobei Sie damit rechnen müssen, daß Sie sich zum mindesten am Mittwoch und Donnerstag vor- und nachmittags für die Vollsitzung freihalten müssen und daß unter Umständen auch der Freitag hinzukommen kann, weil unterdessen die verschiedenen Ausschüsse weiterarbeiten.

Das Haus ist also damit einverstanden, daß die nächste Sitzung am 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, die Erledigung der heute unerledigt gebliebenen Tagesordnung und der aus den Ausschüssen noch dazukommenden Gegenstände vornimmt. Der Präsident wird grundsätzlich ermächtigt, den Zeitpunkt und die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung endgültig festzusetzen.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 23 Minuten.)